

## epd Dokumentation online

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,  
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.

Geschäftsführer: Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Frank Hinte

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Dr. Thomas Schiller.

epd Dokumentation: Peter Bosse-Brekenfeld (verantw.)

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich, online freitags.

Bezugspreis:

- **Online-Abonnement** „epd Dokumentation“ per E-Mail: monatl. 23,50 Euro, jährlich 282 Euro, 4 Wochen zum Ende des Bezugsjahres kündbar. Der Preis für das Online-Abonnement schließt den Zugang zum digitalen Archiv von epd-Dokumentation (ab Jahrgang 2001) ein.

Verlag/Bestellservice (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-191,

Fax: 069/58098-226, E-Mail: aboservice@gep.de

Redaktion (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-209

Fax: 069/58098-294, E-Mail: doku@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für „epd Dokumentation“ gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. „epd Dokumentation“, bzw. Teile daraus, darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel: 069/58098-259, Fax: 069/ 58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de.

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

# Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 25. Januar 2011

www.epd.de

Nr. 4

## Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit Freiwilligendienste in Europa – Zwischen Staat und Zivilgesellschaft

Beiträge einer Tagung in der Evangelischen Akademie zu Berlin vom 30. November bis 1. Dezember 2010 in Kooperation mit: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Evangelische Freiwilligendienste für junge Menschen, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Servicestelle für internationale Freiwilligendienste, Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung und die Konferenz evangelischer Freiwilligendienste.

### Impressum

Herausgeber und Verlag:  
Gemeinschaftswerk der  
Evangelischen Publizistik (GEP)  
gGmbH  
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,  
60439 Frankfurt am Main.  
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,  
60394 Frankfurt

Direktor:  
Jörg Bollmann  
Verlagsleiter:  
Frank Hinte  
epd-Zentralredaktion:  
Chefredakteur: Dr. Thomas Schiller

epd-Dokumentation:  
Verantwortlicher Redakteur  
Peter Bosse-Brekenfeld  
Tel.: (069) 58 098 –135  
Fax: (069) 58 098 –294  
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst  
epd-Dokumentation dient der  
persönlichen Unterrichtung.  
Nachdruck nur mit Erlaubnis und  
unter Quellenangabe.

Druck: druckhaus köthen

## ■ Freiwilligendienste in Europa

»2011 ist das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit. In der Einsicht, dass Freiwilligendienste zivilgesellschaftliches Engagement nachhaltig stärken und einzigartige Bildungsverfahren ermöglichen, haben sie in den letzten Jahren einen enormen Anerkennungsschub durch Politik und Gesellschaft erfahren. Unter großem Einsatz der Verantwortlichen und Freiwilligen und trotz zahlreicher Widerstände entstand in den letzten Jahrzehnten ein differenziertes Angebot von Freiwilligendiensten im In- und Ausland mit spezifischen Profilen und verlässlichen Strukturen. An diesem Erfolg wollen zunehmend staatliche Akteure teilhaben.

So hat die EU ein Freiwilligenprogramm mit Hilfe von Nichtregierungsorganisationen entwickelt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und das Auswärtige Amt haben die Programme ‚weltwärts‘ und ‚kulturwelt‘ aufgelegt. Zugleich übernehmen diese nationalen und europäischen Strukturen mehr und mehr die Steuerung, geben pädagogische Inhalte vor oder verpflichten die Freiwilligen zur Teilnahme an trägerunabhängigen Seminaren.

Natürlich bestimmt der Geldgeber mit über die Rahmenbedingungen eines Programms. Aber wie weit darf angesichts der Subsidiaritätsprinzips und der unverzichtbaren Vielfalt der inhaltlichen Trägerprofile eine solche

Steuerung gehen? Wie kann man einerseits die Stärkung der Zivilgesellschaft wünschen und andererseits ihre Entfaltungsmöglichkeiten einschränken? Welchen Einfluss wird die Aussetzung der Wehrpflicht auf die Freiwilligenlandschaft in Zukunft haben? Und schließlich, wie kann langfristig dieser Prozess zu einer Stärkung der sozialen und interkulturellen Kompetenz in der Gesellschaft und einer wachsenden Freude am Engagement führen?

Gemeinsam mit europäischen Partnern laden wir zivilgesellschaftliche Akteure, Verbände, Politiker/innen, Praktiker/innen und Interessierte zum Austausch ein.«

*(aus dem Programm der Tagung in der Ev. Akademie zu Berlin)*

---

### Quellen:

#### Freiwilligendienste in Europa – Zwischen Staat und Zivilgesellschaft

Überarbeitete und ergänzte Beiträge einer Tagung in der Evangelischen Akademie zu Berlin, 30.11.-1.12.2010. Tagung in Kooperation mit: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Evangelische Freiwilligendienste für junge Menschen, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Servicestelle für internationale Freiwilligendienste, Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung und die Konferenz evangelischer Freiwilligendienste.

**Die Veranstaltung wurde gefördert mit Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend aus den Mitteln des Kinder- und Jugendplans (KJP) des Bundes und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)**

## Aus dem Inhalt:

### **Freiwilligendienst in Europa – Zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Evangelische Akademie zu Berlin, 30.11.-1.12.2010**

---

- ▶ Ulrike Kind:  
»Freiwilligendienst in Europa« / Begrüßung 4
- ▶ Ute Giesecke-Tapp:  
»Begrüßung« 5

### **Hauptreferate**

---

- ▶ Annemarie Franke:  
»Anfänge der Freiwilligendienste in Europa –  
eine schlesisch-deutsch-polnische Spur« 7
- ▶ Rupert Graf Strachwitz:  
»Freiwilligendienst zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement  
und staatlicher Instrumentalisierung« 16

### **Beiträge zu den Arbeitsforen (Auswahl)**

---

- ▶ Anne Marie Boile Nielsen:  
»Freiwilligendienst in Dänemark« 27
- ▶ Grzegorz Grzonka:  
»Zivilgesellschaft und Freiwilligentätigkeit in Polen« 28
- ▶ Susanne Rindt:  
»Kompetenzerwerb und Kompetenzbilanzierung. Erfahrungen  
aus dem Programm ‚Freiwilligendienste machen kompetent‘« 29
- ▶ Dr. Eberhard Martin Pausch:  
»Sieben Thesen zum Thema Christliche Profile im Freiwilligendienst« 35
- ▶ Patrick Roger Schnabel:  
»Freiwilligendienste in europäischer Perspektive« 37
- ▶ Jan Gildemeister:  
»Paradigmenwechsel: Neue Interessen an und mit Freiwilligendiensten« 39
- ▶ Alexander Pollhans:  
Paradigmenwechsel: Neue Interessen an und mit Freiwilligendiensten 40

### **Thesen zum Freiwilligendienst**

---

- ▶ »Thesen zu Freiwilligendienst und staatlichem Handeln« 42
- ▶ Jan-Thilo Klimisch und Patrick Roger Schnabel:  
»Kommentierende Anmerkungen zu den Thesen« 43

### **Podiumsdiskussion**

---

- ▶ Anke Plättner, Präses Nikolaus Schneider, Pascal Lejeune,  
Staatssekretär Josef Hecken, Ute Giesecke-Tapp:  
»Frei-willig? Perspektiven der Freiwilligendienste in Europa« 44

### **Anhang**

---

- ▶ »Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011« / Selbstdarstellung 57
- ▶ »Das EU-Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011« (epd-Basisdienst) 58

## »Freiwilligendienste in Europa ...» / Begrüßung

Von Ulrike Kind, Evangelische Akademie zu Berlin

### »Freiwilligendienste in Europa – Zwischen Staat und Zivilgesellschaft«, Evangelische Akademie zu Berlin, 30.11.-1.12.2010

Ich heiße Sie herzlich willkommen zu der Tagung »Freiwilligendienste in Europa. Zwischen Staat und Zivilgesellschaft«. Ich bin Studienleiterin für Europäische Dialoge und Jugendbildung an der Evangelischen Akademie zu Berlin und begrüße Sie heute hier, auch im Namen aller Kooperationspartner, in der Französischen Friedrichstadtkirche.

Als wir vor gut einem Jahr die Planungen zu dieser Tagung begannen, wussten wir nicht, dass in der Zwischenzeit die Wehrpflicht ausgesetzt und ein Bundesfreiwilligendienst eingeführt werden würde. Dass wir mit dem Thema unserer heutigen Tagung genau ins aktuelle politische Geschehen kommen, freut uns natürlich.

Als Akademie haben wir immer wieder in den letzten Jahren Freiwilligendienste und Zivilgesellschaft zum Thema gemacht. Der Aufhänger für diese Tagung war ursprünglich, dass die Europäische Union das »Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit« für 2011 ausgerufen hat. Dies möchten wir zum Anlass nehmen über die ganz besondere Rolle von zivilgesellschaftlichen Trägern im Feld der Freiwilligendienste nachzudenken. Geht man in die Geschichte der Freiwilligendienste so waren es zuerst kleine Initiativen und einzelne Personen, die den Gedanken des freiwilligen Engagements vorangebracht haben. Im Feld der internationalen Freiwilligendienste – seien es Kurz- oder Langzeitdienste – haben sie Kontakte zu Personen hergestellt, Schritte gegen die Sprachlosigkeit hin zur Versöhnung gemacht und Türen in Länder geöffnet, zu denen es oft noch keine offiziellen politischen Kontakte gab.

Die ersten nationalen Freiwilligendienste, das sogenannte Diakonische Jahr verstand sich zunächst als Zeit des »Dienens und Opfern« und als Reaktion auf den Mitarbeitermangel im sozialen Feld. Zunehmend wurden aber auch hier die Aspekte der beruflichen Orientierung und Weiterqualifizierung und der persönlichen Selbstfindung immer wichtiger. Beide Formen, die nationalen und internationalen Freiwilligendienste haben die deutsche Gesellschaft mit ihrem Innovationspotential, ihrem Versöhnungsgedanken, ihrem Auf-

greifen gesellschaftlicher Randthemen, oft auch mit ihrer Kontroversität und zugleich ihren neuen Ansätzen zu Ehrenamt und Partizipation geprägt.

Einen entscheidenden Beitrag leisteten und leisten hier die nichtstaatlichen Träger und Freiwilligenorganisationen. Sie verstanden und verstehen ihre Aufgabe schon immer zum einem im Ermöglichen des Freiwilligendienstes an sich, dieser ganz spezifischen Erfahrung des individuellen Handelns in Feldern, die einem persönlich am Herzen liegen, wo man zugleich gesellschaftlich etwas gestalten, sich selbst in einem ganz neuen Kontext erleben und sehr viel für sich mitnehmen kann. Als Repräsentanten einer lebendigen Zivilgesellschaft eröffnen die Organisationen dem Freiwilligen während seines Dienstes aber auch im Anschluss Räume für persönliche Verantwortung und Kreativität und stehen als Beispiel einer aktiven zivilgesellschaftlichen Institution, bei der sich der Freiwillige langfristig und nachhaltig engagieren kann. Zugleich fördern sie als Teil der Zivilgesellschaft die soziale und interkulturelle Kompetenz der Gesellschaft und ermöglichen demokratische Teilhabe.

Gerade durch die Vielfalt der Träger werden ganz unterschiedliche Zielgruppen für den Freiwilligendienst erreicht und gewonnen. Hier liegt auch die spezifische Chance für Freiwilligendienste in evangelischer Trägerschaft, die sich bewusst als lebendiges und gestaltendes Element der Kirche verstehen und Freiwilligen einen Dienst in ihren Engagementfeldern ermöglichen. Im Evangelischen Freiwilligendienst gewinnt das Gebot der Nächstenliebe Gestalt, wenn Menschen füreinander eintreten und das Miteinander der Gesellschaft solidarisch gestalten.


Diese Tagung möchte eine Lanze für starke zivilgesellschaftliche Akteure im Freiwilligenbereich brechen. Die zunehmende Entdeckung und Aneignung der Freiwilligendienste durch staatliche und europäische Institutionen, was natürlich auch ein Ergebnis ihres Erfolges ist, birgt die Gefahr der Schwächung wichtiger zivilgesellschaftlicher Strukturen. Uns geht es im Kern um eine Erinnerung an das Subsidiaritätsprinzip, das auch eine lange protestantische Tradition hat – schon auf der Synode in Emden von 1571 heißt es, man solle den »Provinzial- und Generalsynoden keine Fragen vorlegen, die schon früher behandelt und gemeinsam entschieden worden sind«. – auf so

etwas beruft man sich natürlich sehr gerne hier in der Evangelischen Akademie! Nimmt man dieses Prinzip ernst, dann kann man nicht einerseits die Stärkung der Zivilgesellschaft wünschen und andererseits ihren Akteuren die Handlungsspielräume beschränken. Gemeinsam mit Partnern aus Europa und Deutschland wollen wir auf dieser Tagung das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft im Feld Freiwilligendienste gründlich ausleuchten.

Wir und die Kooperationspartner – das sind in diesem Fall Vertreterinnen und Vertreter von sieben Organisationen, die in verschiedenen Formen Freiwilligendienste anbieten oder sich mit Jugendbildung und Ehrenamt im weiteren Sinne beschäftigen. Gerne möchte ich die Organisationen hier namentlich nennen: neben der Evangelischen Akademie zu Berlin sind dies *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*, *Evangelische Freiwilligendienste für junge Menschen*, *Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden*, *die Servicestelle für internationale Freiwilligendienste*, *Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung* und *die Konferenz evangelischer Freiwilligendienste*, zu der eine Reihe der genannten Organisationen zusammengeschlossen ist. Für die

Konferenz wird Ute Giesecke-Trapp gleich netterweise noch einige Worte zur Begrüßung sagen, da Martin Schulze leider kurzfristig erkrankt ist.

Neben dem Dank an die Kooperationspartner möchte ich auch ausdrücklich erwähnen, dass diese Tagung durch die Evangelische Kirche in Deutschland und das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend aus den Mitteln des Kinder- und Jugendplans (KJP) des Bundes gefördert wird. Und wenn wir schon beim Danken sind, möchte ich einen besonderen Dank an Rosalita Huschke aussprechen, die die Tagung organisatorisch vorbereitet und geplant haben. Außerdem werden uns Joachim Hodeige und Verena Düntsch als Tagungsbegleitung heute und morgen unterstützen.

Wir freuen uns sehr über die schöne Resonanz auf unsere Tagung. Vor allem ist es uns sehr wichtig, dass Vertreter aus ganz unterschiedlichen Feldern hier den Weg in die FFK gefunden haben – aus Ministerien, nichtstaatlichen Organisationen, Verbänden, Stiftungen, Universitäten und dem kirchlichen Bereich. Nun wünsche ich uns intensive Gespräche in den nächsten zwei Tagen und übergebe an Ute Giesecke-Trapp. 

## Begrüßung

*Von Ute Giesecke-Trapp, Konferenz evangelischer Freiwilligendienste*

Auch ich möchte Sie im Namen der Konferenz evangelischer Freiwilligendienste recht herzlich zu unserer Tagung Freiwilligendienste in Europa – Zwischen Staat und Zivilgesellschaft begrüßen.

Ich stehe hier als Vertretung für Martin Schulze, Geschäftsführer der Evangelischen Freiwilligendienste, der leider erkrankt ist und von dem ich herzlich grüßen soll.

Die Konferenz evangelischer Freiwilligendienste ist der Zusammenschluss zentraler Akteure, die im Bereich der evangelischen Kirche Freiwilligendienste im In- und Ausland durchführen bzw. mit diesen zu tun haben.

Im Rahmen der Konferenz evangelischer Freiwilligendienste haben wir uns immer wieder mit den Fragestellungen befasst, die uns hier während der Tagung beschäftigen sollen im Plenum und in den Workshops.

Für uns sind Freiwilligendienste immer Bildungs- und Orientierungszeiten für die Freiwilligen, dies gilt insbesondere für Freiwilligendienste für junge Menschen. Aber auch die Angebote für ältere Freiwillige sollten sich im Sinne des lebenslangen Lernens an dieser Grundausrichtung orientieren.

Wir haben uns auch die Frage gestellt, was ist das spezifische eines kirchlichen oder gar eines evangelischen Angebots. Was ist unser Profil mit Blick auf das Gesamtangebot der Trägerlandschaft. Auch hieran wollen wir im Rahmen eines Workshops weiter diskutieren.

Ausgehend vom Gedanken der Subsidiarität ist es uns wichtig, in allen Formaten der Freiwilligendienste das Trägerprinzip zu erhalten und zu stärken. Nicht als Selbstzweck, sondern

- weil sich dadurch ein vielfältiges Angebot an Programmprofilen ergibt, dass den unterschiedlichen Interessen der Jugendlichen gerecht wird.

- weil somit eher einem Verwertungsinteresse der Einsatzstellen an den Freiwilligen entgegen gewirkt werden kann
- weil es für den Freiwilligen ein klares gesamtverantwortliches Gegenüber ergibt
- und weil sich aus meiner Sicht durch die kontinuierliche Begleitung durch den Träger in Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des Dienstes am ehesten ein für alle Seiten erfolgreicher Dienst gestalten lässt.

Ein Dienst, den die Freiwilligen insgesamt als positiv und bereichernd erleben, trägt mit dazu bei, dass Freiwillige Lust haben, sich auch in ihrem späteren Leben weiter gesellschaftlich zu engagieren.

In den letzten Jahren hat es wiederholt Tendenzen gegeben, durch die das Trägerprinzip ausgehebelt oder geschwächt wurde.

- Der europäische Freiwilligendienst sieht seit 2007 die Möglichkeit trägereigene Begleitseminare durchzuführen nicht mehr vor. Alle Freiwilligen müssen aber die zentralen EVS-Seminare besuchen. Die Möglichkeit ein eigenes Trägerprofil in den Dienst zu bringen wird somit erheblich geschwächt.
- Das Programm Weltwärts wird als Freiwilligendienst des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung dargestellt. Die Entsendeorganisationen werden nur noch zur Entsendung der Freiwilligen benötigt. Mit dem DED wurde aber zugleich eine staatliche Entsendeorganisation aufgebaut.
- Kulturweit, der Freiwilligendienst des Auswärtigen Amtes, kommt – wenn man genau hinschaut – ganz ohne freie Träger aus.

Es ist natürlich positiv zu sehen, dass in den letzten Jahren immer mehr – auch staatliche und

europäische Akteure – das Feld Freiwilligendienste als Möglichkeit der gesellschaftlichen Aktivierung und Partizipation, als Bildungserfahrung und Qualifizierung entdecken und für die eigenen Arbeitsfelder nutzen wollen.

Dies ist ja auch eine bedeutende Anerkennung für die Leistungen, die die zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Etablierung der Freiwilligendienste erbracht haben. Zugleich darf Anerkennung aber nicht bedeuten, dass diese nationalen und europäischen Strukturen mehr und mehr die Steuerung übernehmen, pädagogische Inhalte vorgeben und Freiwillige zur Teilnahme an trägerunabhängigen Seminaren verpflichten. Genau dann kann die Wertschätzung des Freiwilligendienstes an sich eine Schwächung wichtiger zivilgesellschaftlicher Akteure bedeuten.

Mit dem Bundesfreiwilligendienst ergibt sich ein neuer staatlicher Dienst, bei dem das Trägerprinzip in der in allen Freiwilligendiensten bewährten Form bisher nicht explizit vorgesehen ist. Aus unserer Sicht bedarf es hier noch grundlegender Veränderungen bzw. Klarstellungen im Gesetzgebungsverfahren, damit der Bundesfreiwilligendienst passfähig zu den Jugendfreiwilligendiensten wird.

In dem Spannungsfeld zwischen staatlicher Rahmumgebung und subsidiärer Ausgestaltung der Dienste durch die Träger bewegen wir uns ständig in unserer Arbeit in den Freiwilligendiensten. Deshalb wollen wir dieses Spannungsfeld auch bei dieser Tagung diskutieren, Probleme benennen aber auch beschreiben, wie ein gutes Miteinander zwischen Staat und Zivilgesellschaft gelingen kann.

Ich wünsche uns allen eine gute Tagung.



# Anfänge der Freiwilligendienste in Europa – eine schlesisch-deutsch-polnische Spur

Von Annemarie Franke, Vorstand der Stiftung Kreisau

»Freiwilligendienste in Europa – Zwischen Staat und Zivilgesellschaft«, Evangelische Akademie zu Berlin, 30.11.-1.12.2010

## Vorbemerkung

Die Veranstalter der Tagung »Freiwilligendienste in Europa. Zwischen Staat und Zivilgesellschaft« haben mir die schwierige Aufgabe anvertraut, eine historische Annäherung zum Thema »Freiwilligendienste in Europa« zu Beginn der Tagung vorzustellen. Ich will eingangs kurz erklären, vor welchem Hintergrund ich das tue und warum ich die Einladung der Veranstalter angenommen habe.

Die *Internationale Begegnungs- und Gedenkstätte Kreisau-Krzyowa*, 50 km süd-westlich von Breslau und 350 km von Berlin gelegen, ist selbst Träger von Freiwilligenprogrammen. Seit Beginn der 90er Jahren unterstützen Freiwillige aus Deutschland die Arbeit der Begegnungsstätte. Inzwischen gibt es mehrere Programme, die Freiwillige aus anderen europäischen Ländern einbeziehen:

- traditionell das Freiwillige Soziale Jahr im Ausland und den Ersatzdienst bzw. Friedensdienst in Zusammenarbeit mit Pax Christi im Bistum Aachen
- EVS – europäischer Freiwilligendienst als Entsende- und Aufnahmeorganisation: polnische Freiwillige in der Ukraine und in Deutschland, Aufnahme von Freiwilligen bisher aus Spanien, Niederlanden, Ukraine und Deutschland
- Kooperation mit den ijgd Brandenburg bei dem Programm »Freiwillige in der Gedenkmalpflege«
- 3 Jahre lang Koordinierung des Programms »memoria – Freiwillige für Europas Kulturerbe« der *Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft* in Niederschlesien mit 15 Freiwilligen aus Polen, Deutschland, der Tschechischen Republik bzw. der Ukraine an verschiedenen Einsatzstellen in Niederschlesien

Abgesehen von der praktischen Erfahrung mit Freiwilligendiensten sind wichtige Persönlichkeiten und Vorreiter der Idee freiwilliger Dienste für junge Menschen eng mit der Kreisauer Geschichte verbunden. Bestimmte historische Wurzeln der Freiwilligendienste gehören also nach Kreisau bzw. Schlesien und insofern ist es verständlich, dass diese Form der internationalen Jugendbildungsarbeit zu den Säulen der inhaltlichen Arbeit unserer Begegnungsstätte gehört.

Schließlich habe ich selbst ein Freiwilliges Soziales Jahr – L'année diaconale in einem Altersheim bei Paris absolviert und weiß aus persönlicher Erfahrung die Bedeutung der Freiwilligendienste zu schätzen.

Ich möchte also im folgenden Vortrag einige Aspekte der historischen Entwicklung von Freiwilligendiensten in Erinnerung rufen, und bitte um Verständnis, das ich mich dabei überwiegend auf meine Kreisauer Perspektive stützen werde.

Diese historische Annäherung kann uns vergegenwärtigen, wie sich gesellschaftliche und politische Veränderungsprozesse in den Debatten um Sinn und Form von Freiwilligendiensten spiegeln, welche Themen und Zielsetzungen sich unter verschiedenen Vorzeichen wiederholen, welche Interessen jeweils leitend sind und je nach historischem Kontext unterschiedliche Ausprägungen erfahren haben:

- Dienst für den Frieden – Anti-Wehrpflicht und Anti-Kriegsbewegung
- Gemeinschaftsdienste als Antwort auf soziale, gesellschaftliche oder internationale Herausforderungen
- Dienst am Nächsten und für die Gemeinschaft - sozialer und christlicher Bildungsauftrag als Fokus
- Freiwilligendienst als Orientierung für junge Menschen und ihre Persönlichkeitsentwicklung – jugend- und europapolitischer Auftrag



## Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik

Die Stimmungen in der Bevölkerung des wilhelminischen Deutschlands zu Beginn des Ersten Weltkrieges sind uns heute völlig fremd: euphorische Menschenmassen, die den ausfahrenden Soldaten zujubeln, junge Menschen, die lieber die Schule abbrechen, um Soldat zu werden, Losungen auf den Waggons der Züge wie »Jeder Schuß ein Russ, jeder Stoss ein Franzos...«

Vom Ersten Weltkrieg sprechen wir als der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts (George F. Kennan). Die Millionen Opfer sind für uns symbolisch festgehalten in den endlosen Feldern mit Soldatengräbern im Norden Frankreichs, Zeichnungen von George Grosz mit Kriegsinvaliden und Bettlern in der Großstadt Berlin, Büchern bzw. Verfilmungen wie »Im Westen nichts Neues« von Erich Maria Remarque.

Die Erfahrung dieser Kriegsgeneration ist ausschlaggebend für die Anfänge von Gemeinschafts- und Freiwilligendiensten in der Weimarer Republik, die in dieser Zeit vor allem pazifistisch und humanitär begründet sind. Vordenker in Blick auf eine Alternative zum Militärdienst oder Wehrpflicht hat es allerdings schon vor dem Ersten Weltkrieg gegeben: ein Beispiel ist der amerikanische Philosoph und Psychologe William James, der sich als Pazifist verstand. Er war der Meinung, dass bestimmte Verhaltensweisen (»Uner-schrockenheit, Verachtung von Weichheit, Aufgabe privater Interessen, Gehorsam gegen den Befehl«), die über das Militär erfolgreich vermittelt wurden, durch ein »Moralisches Äquivalent des Krieges« aufrecht erhalten werden.

Er stellte sich einen Arbeits- und Friedensdienst vor, der den Kampf zwischen den Völkern durch den Kampf gegen die Natur und ihre Unbilden ersetzen würde und zwar in Einsätzen bei Kultivierungsarbeiten oder Katastropheneinsätzen.<sup>1</sup> Aus diesem Vorschlag von 1910 folgte in den USA keine Gründung von Organisationen, aber später sollte das Denken von William James für den »New Deal« der 30er Jahre wieder Bedeutung gewinnen. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hat ebenfalls einer der späteren Protagonisten der »Arbeitslager-Bewegung«, Eugen Rosenstock-Huessy, sich für einen Zivildienst eingesetzt, damals gedacht als Arbeitsdienst für Wehrpflichtige, die aus gesundheitlichen Gründen nicht eingezogen wurden. Er verfolgte damit aber weitaus tiefer gehende Ziele als nur die Heranziehung der »Untauglichen« zum Dienst: Der Einsatz sollte

junge Menschen aus allen Schichten bei der Arbeit zusammenbringen und durch die gemeinsame Arbeit verbinden. Später schreibt er zu seinen Zielen von damals: »Die Arbeitsdienste, die seit 1910 empfohlen, begonnen, versucht worden sind, gingen auf die Vorbereitung des menschlichen Gesprächs, denn man hat sich nur etwas zu sagen, wenn man zueinander gehört oder miteinander geschuftet hat.«<sup>2</sup> Eugen Rosenstock-Huessy selbst hat am Ersten Weltkrieg als Reserveoffizier teilgenommen, aus dieser Zeit stammt sein 21 Korrespondenzen umfassender »Schützengrabenbriefwechsel« mit Franz Rosenzweig über Judentum und Christentum aus dem Jahr 1916. Genau dieser Eugen Rosenstock-Huessy, auf den ich noch weiter eingehen werde, ist eng mit Kreisau und dem späteren Widerstand Helmuth James von Moltkes gegen den Nationalsozialismus verbunden.<sup>3</sup>

Das erste friedenspolitische »Arbeitslager« oder modern gesprochen Workcamp im Geiste von Jugendgemeinschaftsdiensten findet im Jahr 1920 im zerstörten Dorf Esne bei Verdun statt. Die Initiative ging zurück auf den Schweizer Offizierssohn Pierre Ceresole (1879-1945), der unter dem Einfluss der Gedanken von William James und der Erfahrung des Ersten Weltkrieges handelte. »Die gemeinsame Hilfe für Menschen in Not sollte die internationale Verständigung fördern und gegenseitige nationale Vorurteile unter den Mitgliedern des Arbeitslagers abbauen.« - so die Vorstellung von Ceresole.<sup>4</sup> Er gründete gleichzeitig die Organisation *Service Civil International* (SCI), die im Jahr 2010 ihren 90. Geburtstag gefeiert hat. Zu diesem Jahrestag fand ein Treffen in Verdun statt. Ein Teilnehmer, selbst Zivildienstleistender des SCI, nahm diesen Aufenthalt zum Anlass, um auf Spurensuche zu gehen. Hier lade ich zu einem kurzen Exkurs aus der Geschichte der Anfänge in die Gegenwart ein, da diese Erzählung mich sehr berührt hat. Thedy von Fellenberg erinnert sich, wie er in das Dorf Esnes kommt und sich auf die Suche nach Menschen begibt, die sich an den Einsatz oder seine Folgen vor 90 Jahren erinnern würden. Er stößt zunächst auf Ablehnung und Schweigen, aber dann lädt ihn eine ergraute Frau in ihr Haus ein. »Ja, ihre Eltern pflegten von den »suisses« zu sprechen, eröffnet sie mir beim Kaffee und zeigt mir alte Archivbilder von Esnes aus dem Ersten Weltkrieg. Sie führt mich auch zu einer der letzten Baracken, die nach der Total-Zerstörung des Dorfes als Wohnunterkunft gebaut worden waren.

Ob da noch Pierre Ceresole und seine Arbeitskameraden daran gehämmert hatten? Die einfache Holzbaracke gehört einer privaten Besitzerin, die viele Jahre mit einer Unmenge Katzen hier gelebt habe. Ich komme mir vor wie ein Forscher auf der Suche nach Mayaruinen im Dschungel. Denn außer der Alten lebt wohl niemand mehr, der das Freiwilligenteam gekannt hatte.<sup>5</sup>

Seine Gastgeberin, Frau Boucher, meint, die Versöhnungsaktion sei wohl etwas zu früh gewesen, der Hass auf die Deutschen noch zu groß. Sie erzählt ihm von einer viele Jahre danach im Dorf lebenden Deutschen, die diese Ablehnung zeitlebens gespürt habe, akzeptiert worden sei sie erst, als sie die Freilassung französischer Gefangener von den deutschen Besatzungsoffizieren im Zweiten Weltkrieg erwirken konnte.

Diese Geschichte zeigt, dass Freiwilligendienste häufig ihrer Zeit voraus sind, Signale setzen, die noch keiner hören will. Vielleicht haben sie aber dennoch ihre Wirkung erreicht und den Boden geebnet für die Annäherung der nächsten Generation von Franzosen und Deutschen? Ganz abgesehen von der Erfahrung für die Teilnehmer/innen jenes ersten Workcamps des *Service Civil International* in Esnes im Jahr 1920.

In Deutschland gründeten sich auf dieser Welle keine vergleichbaren Organisationen. Da die Wehrpflicht generell abgelehnt wurde in pazifistischen Kreisen, wurden auch Ersatzdienste oder Zivildienste skeptisch gesehen. In den 30er Jahren kommt es zu einer Annäherung zwischen dem Bund der Kriegsdienstgegner und den Aktionen von Ceresole. Die Gründung eines deutschen Zweiges des SCI im November 1932 kommt zu spät – bevor Aktivitäten entwickelt werden können, stoppt die Machtübernahme Hitlers jede pazifistische Initiative.

Im Geist des Pazifismus entsteht nach dem Ersten Weltkrieg 1919 der *Internationale Versöhnungsbund* mit einer deutschen Sektion unter dem Vorsitz von Friedrich Siegmund-Schultze, eines Berliner Pfarrers. Der Bund betrieb christliche Siedlungsgemeinschaften und setzte sich für die internationale Verständigung ein. Gegenüber einem zivilen Alternativdienst war diese Bewegung aber auch zurückhaltend eingestellt, da ein ziviler Alternativdienst den Kriegsdienst nicht grundsätzlich in Zweifel stellt.

Zu bedenken ist, dass es im Deutschland der Zwischenkriegszeit aufgrund des Friedensvertrages von Versailles ein Verbot der Wehrpflicht

gab, insofern war der Militärdienst in seiner Bedeutung und Präsenz zurück gedrängt.

Gerade deshalb beschäftigte die Öffentlichkeit in der Zeit der Weimarer Republik die Frage eines freiwilligen Arbeitsdienstes – hier taucht ein Motiv auf, das die Diskussionen um »Freiwilligendienst«, »Wehrpflicht« oder »Ersatzdienst« bis heute begleitet. Verschiedene pädagogische Konzepte und sozialpolitische Ziele werden aufgebracht, wobei ganz unterschiedliche Akteure das Modell »freiwilliger Arbeitsdienst« für sich politisch beanspruchen.

### **Das Beispiel der »Löwenberger Arbeitsgemeinschaft« in Schlesien**

Die »Bündische Jugend« gehörte zu den demokratischen Akteuren, die Mitte der 20er Jahre im Geiste der Reformbewegung Arbeitsdienste forderten. Hier spielte die Schlesische Bündische Jugend eine Vorreiterrolle, organisiert als »Schlesische Jungmannschaft«. Diese Organisation mit ihrem Sitz im »Boberhaus« in Löwenberg/Schlesien am Bober (seit 1945 Lwówek Slaski) erinnert in ihrem Aufgaben- und Tätigkeitsprofil an eine Mischung aus kommunaler Jugend- und Erwachsenenbildungseinrichtung und Träger von internationalen Workcamps. Faktisch wurde das Boberhaus seit 1926 als »freie Heimvolkshochschule« von dem Pädagogen Hans Dehmel geführt. Die Organisation wirkte sowohl in die Region hinein, betroffen von der Armut der Bergbauarbeiter und kleiner Landwirte, als auch international, vor allem in Südosteuropa. Zur näheren Ergründung von Formen des Arbeitsdienstes unternahm eine Gruppe von Studierenden 1928 eine Fahrt nach Bulgarien. Die Teilnehmer/innen arbeiteten bei Einsätzen mit und sammelten Material für Berichte, die sie nach ihrer Rückkehr veröffentlichten, um der Bürokratisierung und Militarisierung des Arbeitsdienst-Gedanken in Deutschland entgegen zu wirken.<sup>6</sup>

Ihr Anliegen war eine alle sozialen Schichten übergreifende Gemeinschaft; um diese zu entwickeln, organisierten sie die Arbeitslager als eine Mischung aus körperlicher Arbeit mit Nutzen für die Region und Fortbildungskursen für junge Männer im Alter von 18-25 Jahren. Dabei arbeiteten sie in den 20er Jahren mit besagtem Eugen Rosenstock-Huussy zusammen, der zu dieser Zeit Professor an der Breslauer Universität und im Auftrag des preußischen Unterrichtsministeriums zuständig für Volkshochschulen war. Einer seiner Studenten war Helmuth James von Moltke, der

ihn auch bei der Vorbereitung und Durchführung des ersten Arbeitslagers für Studenten, Arbeiter und Bauern 1927 unterstützte. Die Konferenz, die zur Gründung der »Löwenberger Arbeitsgemeinschaft« führte, fand auf Gut Creisau statt.<sup>7</sup> Ein Vetter Moltkes, Carl Dietrich von Trotha, gehörte zur Akademischen Freischar. An der Vorbereitungskonferenz nahmen bereits Vertreter verschiedener Berufe und Erfahrungen teil. Damals war der Ausgangspunkt die wirtschaftliche und soziale Lage im Bergbauggebiet Landshut - Waldenburg - Neuroda (Kamienna Góra-Wabrzych-Nowa Ruda). Was veranlasste den jungen Moltke, Gutsbesitzer-Sohn und angehender Jurist mit Interesse für Völkerrecht, Minderheitenschutz und dem Traumberuf Richter, sich für diese Bewegung zu engagieren? Er war gerade 20 Jahre jung. Er erlebte und beobachtete als Erstgeborener auf dem landwirtschaftlichen Betrieb seiner Eltern die Krise der Landwirtschaft in Folge der wirtschaftlichen Krise des Deutschen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg. Ihm waren die Lebensbedingungen in den Arbeitervierteln der Kohlebergbaustädten Schlesiens, z.B. Waldenburg (Walbrzych) durch eigene Anschauung vertraut und er erlebte durch seine Zusammenarbeit mit internationalen Journalisten die Minderheitenproblematik in Oberschlesien, ausgelöst durch die Grenzverschiebungen in Folge des Versailler Vertrags. Er war ein rundum politischer Mensch.

Er verfolgte keine pädagogischen Ziele, sondern gesellschaftspolitische. Er wollte ganz konkret einen sozialpolitischen Notstand lösen durch die Mobilisierung von interessierten Freiwilligen unterschiedlicher Provenienz, die bereit sind, voneinander zu lernen und auf der Grundlage ihrer unterschiedlichen Erfahrungen die Chance haben, Lösungsansätze zu finden. Dabei ging es um Menschen, die in Brot und Lohn standen und dafür gewonnen wurden, drei Wochen an einem Arbeitslager für Arbeiter, Bauern und Studenten mitzuwirken.<sup>8</sup> Die Überwindung parteipolitischer, konfessioneller und schichtenspezifischer Unterschiede galt als Schlüssel zur gemeinsamen Problemlösung.

Moltkes Mutter - Dorothy von Moltke - besuchte ihren Sohn während des Arbeitslagers in Löwenberg und vermittelte in einem Brief an ihren Vater die Stimmung:

»... Unser Löwenberger Ausflug war ein großer Erfolg. Meinungen aller Schattierungen waren vertreten, vom Großgrundbesitzer bis zum Kommunisten. Und alle mussten ihre Meinung frei

äußern, was sie auch taten; so kam sozusagen eine freundliche Opposition zustande. Helmuth [der Vater Helmuth James] saß beim Essen neben einem Arbeiter, einem enthusiastischen sozialistischen Gewerkschaftler von den Zeisswerken in Jena, und sie vertrugen sich so gut, dass der Arbeiter ihm schließlich ein Buch über den Gründer der Zeisswerke mit einer netten kleinen Widmung schenkte. Alle waren dort gleich (keine Titel wie Herr Professor oder Herr Bischof usw., die die Deutschen doch so lieben). Alle Meinungen sollten zum Ausdruck kommen, alle gleich stark. Ihr hättet Euren Enkel sehen sollen, wie er für das Abendessen Mohrrüben schabte. Einhundertachtzig Menschen waren da, alte, junge und von mittlerem Alter. Wir bezahlten drei Mark pro Tag und bekamen fünf Mahlzeiten, natürlich einfache, aber gesund und lecker. Ihr hättet es beide höchst interessant gefunden.«<sup>9</sup>

Leider konnten nur drei der Arbeitslager in der von Eugen Rosenstock-Huessy gemeinsam mit der Akademischen Freischar und Helmuth James von Moltke entwickelten Gestalt durchgeführt werden. Interessant ist, dass zum dritten Arbeitslager 1930 auch Frauen zugelassen waren und 28 davon Gebrauch machten. Leider blieb es das letzte Treffen dieser Art.

Für Rosenstock-Huessy realisierten sich in diesen Arbeitslagern gleich mehrere Ziele:

»Der Sinn des Lagers ist seine Selbstverwaltung. Jedes Kommando durch einen bürokratischen Stab vernichtete daher eine Anzahl Keime zu eigener Initiative der Teilnehmer. Der Arbeitsdienst muss das Entgegengesetzte leisten als das Vorkriegsheer. Im Arbeitslager gibt es keinen Feldwebel und keinen Hauptmann, d.h. keinen Vater und keine Mutter der Kompanie. Die Lagerteilnehmer können nicht mit »Kinder« angeredet werden, selbst wenn sie es sind. Das Lager ist autonom, erwachsen. Denn diese Lagerteilnehmer kommen in das Lager, um aus Arbeitskräften, aus Akademikern oder Bauern Menschen, Mitarbeiter, Volksglieder zu werden. Sie brauchen also Verantwortung, Selbstverantwortung.«<sup>10</sup>

Hier war also weder der Arbeitsdienst als Pflichtjahr im Visier, um als Gegenmittel für die Arbeitslosigkeit zu wirken, noch das jugendpolitische Ziel der paramilitärischen Erziehung in Zeiten ohne Wehrdienst - es ging um Reformen, Veränderungen in der Gesellschaft, Einübung von Demokratie.

## Missbrauch der Idee des Dienstes im Nationalsozialismus – Weiterdenken im Widerstand

Die Nationalsozialisten forderten in ihrem Programm die Einführung eines allgemeinen Arbeitsdienstes. Das übte Druck auf die demokratische Koalitionsregierung unter Reichskanzler Brüning aus. Schließlich wurde 1931 ein »freiwilliger Arbeitsdienst« (FAD) »zur Milderung der Folgen der Arbeitslosigkeit«<sup>11</sup> eingeführt. Die Reichsanstalt für Arbeit erhielt den Auftrag, diesen FAD zu fördern, was durch den neu eingeführten Paragraphen 139 im Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung begründet war. Anfangs war dieser Dienst tatsächlich als 20 Wochenstunden-Dienst freiwillig, bezahlt aus Arbeitslosengeld und an alle Altersgruppen gerichtet. Dieser Arbeitsdienst wurde 1932 ausgeweitet, jetzt schon unter einem weiter gefassten Motto »zum Nutzen der Gesamtheit in gemeinsamem Dienste freiwillig ernste Arbeit zu leisten und zugleich sich körperlich und geistig zu ertüchtigen.«<sup>12</sup> Der Dienst wurde ergänzt um die Komponente der politischen Bildung – damals »staatsbürgerliche Erziehung« genannt – und gekoppelt an den Status des Arbeitslosen, nur für Jugendliche bis 25 Jahre: der Empfang des Arbeitslosengeldes war in vielen Kommunen abhängig davon, sich »freiwillig« zum Arbeitsdienst zu melden. Die Zahlen der erfassten Jugendlichen stiegen verständlicherweise dadurch stark an (Mai 1932: 15 000 junge Männer, August: 138 000, November: 285 000).<sup>13</sup> Es nimmt kein Wunder, dass dieser sogenannte Freiwillige Arbeitsdienst in seiner Organisationsform dann von den Nationalsozialisten ohne Schwierigkeiten in Reichsarbeitsdienst als Pflichtdienst umgewandelt wurde.

Der Soziologe Helmut Schelsky hat Anfang der 50er Jahre, als das Thema eines möglicherweise einzuführenden Arbeitsdienstes in der Bundesrepublik politisch diskutiert wurde, an den Einschnitt 1931 erinnert und verdeutlicht, warum die Einführung des FAD scheitern musste: die Idee der Arbeitslager ging aus den Händen der Jugendlichen selbst, der Selbstorganisation, über in staatliche Veranstaltung unter arbeitsmarktpolitischen und sozialdisziplinierenden Vorzeichen.<sup>14</sup>

Wie bekannt galt in der Nazizeit der Pflichtdienst ebenso für Frauen. Vor der Verstaatlichung drehten sich die Diskussionen allerdings ausschließlich um Männer. Die Forderung nach einer Dienstpflicht für Frauen hat allerdings eine lange Tradition – im Sinne der Gleichberechtigung, parallel zum Wehrdienst für Männer. Erste Vorschläge kommen in Frankreich in der Zeit der

Revolution auf; als Aufgaben für Frauen werden die Armen- und Krankenpflege vorgesehen. Im 19. Jahrhundert gibt es auch in deutschen Ländern dieses Postulat – allerdings nicht alters- oder jugendspezifisch und einem traditionellen Frauenbild – Arbeit in Haus und Wohlfahrtspflege – angepasst.

Das Reichsarbeitsdienstgesetz regelte 1935 den Reichsarbeitsdienst als Pflichtdienst zunächst für junge Männer, die sechs Monate vor Ablauf des 25. Lebensjahres absolvieren mussten. Die ideologischen Vorzeichen dieser Entscheidung zielten bekanntlich nicht auf selbst organisierte Arbeitslager von freien Trägern, sondern auf eine zentralisierte Organisation und die Erziehung der Jugendlichen gemäß der nationalsozialistischen Staatsauffassung der »Volksgemeinschaft«. 1938 wurde auch für Mädchen das sog. »Pflichtjahr« eingeführt – in sozialen Diensten, der Landwirtschaft oder Familien. Mit steigendem Arbeitsmangel bei Kriegsbeginn wurden Frauen auch in den »Reichsarbeitsdienst« aufgenommen – organisiert in Arbeitslagern, im Verlauf der Kriegsentwicklung später auch in der Rüstungsindustrie und der Wehrmacht.

Die Arbeitslager nach dem Muster der Löwenberger Arbeitsgemeinschaft wurden verboten. Rosenstock selbst emigrierte 1934 in die USA – als Protestant jüdischer Herkunft war er früh im Visier der nationalsozialistischen Ausgrenzungspolitik an der Breslauer Hochschule. Er wird aber sowohl in den USA wie nach dem Krieg in Deutschland wieder den Gedanken der Freiwilligen- bzw. Gemeinschaftsdienste aufnehmen und fortführen.

Helmuth James von Moltke blieb in Deutschland, obwohl er genau so wie sein Professor früh erkannte, worauf die NS-Politik in Deutschland hinaus laufen würde. Moltke hatte Verwandtschaft in Südafrika, darüber gute Beziehungen zu englischen Regierungskreisen, dennoch entschied er sich 1934 nach einer Reise nach Südafrika zu den Großeltern mit seiner Frau Freya, in Deutschland zu bleiben. Er absolvierte eine Zusatzausbildung in England, um die britische Anwaltszulassung – den Barrister – zu erwerben. Moltke entschied sich gegen Emigration und für den Widerstand. Gemeinsam mit Peter Yorck von Wartenburg baute er eine Gruppe auf, die Vertreter aus verschiedenen gesellschaftlichen, beruflichen und politischen Milieus vereinte. Peter Yorck hatte

auch an einem der »Schlesischen Arbeitslager« teilgenommen, auch er war Student der juristischen Fakultät der Breslauer Universität gewesen, viele andere Freunde aus der später »Kreisauer Kreis« genannten Widerstandsgruppe hatten sich über die »Arbeitslager« kennen gelernt, als Teilnehmer oder Referenten: Adolf Reichwein als Professor, Carl Dietrich von Trotha, Horst von Einsiedel, Hans Peters als Mitglieder der Initiativgruppe – um die Bekannteren zu nennen.

Der »Kreisauer Kreis« entwickelte ein alternatives politisches Konzept zum totalitären Staat des Nationalsozialismus, aber auch zur »Demokratie ohne Demokraten« der Weimarer Zeit. Zentrales Motiv dieser Pläne für eine Neuordnung Deutschlands und Europas nach dem Krieg war das Prinzip der Selbstverwaltung, der Dezentralisierung und des Aufbaus der Demokratie und Gesellschaft von unten. In einem berühmten Text aus der Zeit vor dem Krieg »Die kleinen Gemeinschaften« entwickelte Moltke ein Konzept, wie die Politik und Verwaltung des Staatswesens an die gesellschaftliche Wirklichkeit und die Bürger/innen rückgekoppelt werden kann und vice versa. Moltke stellte in diesem Text angesichts der Verfälschung und Delegitimierung politischer Begriffe durch die Nationalsozialisten ein Konzept der persönlichen Verantwortung getragen von einem Denken für das Ganze vor. Er setzte die Selbstständigkeit des Denkens und Sensibilität eines politischen Gewissens gegen Autoritätshörigkeit und blinde Pflichterfüllung. Dieser Text gilt als Schlüssel zum Verständnis der Kreisauer Pläne im Widerstand. Mit der »Löwenberger Arbeitsge-

meinschaft« hatte Moltke versucht, die Beziehung zwischen Gesellschaft und Verwaltung bzw. Politik zu gestalten, eine Form für den Dialog zu finden.

Helmuth James von Moltke wurde im Januar 1944 verhaftet, viele seiner Freunde wurden in Folge des gescheiterten Attentats vom 20. Juli 1944 verhaftet, verurteilt und ermordet. Es war ihnen nicht gegeben, ihre Pläne für eine demokratische Ordnung in der Nachkriegszeit an der Praxis zu überprüfen.

Im Abschiedsbrief vom 11. Januar 1945, zwei Wochen vor seinem Tod und einen Tag nach seinem Prozess, sprach Moltke in einem bewegenden Brief von sich in der dritten Person davon, wie er in seinem Leben geführt worden sei:

»...all die viele Arbeit, die der Herrgott mit ihm gehabt hat, die unendlichen Umwege, die verschobenen Zickzackkurven, die finden plötzlich in einer Stunde am 10. Januar 1945 ihre Erklärung. Alles bekommt nachträglich einen Sinn, der verborgen war.«<sup>15</sup> Er nennt die Eltern und Geschwister, die Söhne, und dann »...Kreisau und seine Nöte, die Arbeitslager und das Nichtflaggen und nicht der Partei oder ihren Gliederungen angehören, Curtis und die englischen Reisen, Adam [von Trott] und Peter [York von Wartenburg] und Carlo [Mierendorf], das alles ist endlich verständlich geworden durch eine einzige Stunde. Für diese eine Stunde hat der Herr sich alle diese Mühe gegeben.«<sup>16</sup>

### Neubeginn und Aufbrüche in der Nachkriegszeit – starke Visionen

Ein Mann des evangelischen Widerstandes gegen das nationalsozialistische Regime war es, der eine der großen Freiwilligenorganisationen initiiert und über viele Jahre begleitet hat – er hat eine ganz andere Form des Widerstands gewählt als Helmuth James von Moltke oder die Männer des 20. Juli, war aber nicht weniger konsequent in seiner Haltung: Lothar Kreyszig, Jahrgang 1898. Er hatte, nachdem er sein Amt als Richter aus politischen Gründen verloren hatte, sich eine Lebensgrundlage geschaffen und zugleich einen Traum auf einem Hof erfüllt, den er in Brandenburg erwerben konnte. Das hielt ihn nicht davon ab, für Recht und Gerechtigkeit unter Gefährdung seines eigenen Lebens einzutreten.<sup>17</sup>

In verschiedenen Funktionen in der Evangelischen Kirche hat er in der direkten Nachkriegszeit an den schwierigen Weichenstellungen in Synode

und auf Kirchentagen mitgewirkt. Lothar Kreyszig rief mit seinem Gründungsaufruf von 1958 die Aktion Sühnezeichen – später Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste ins Leben. Seine Motivation war seine Einsicht in die Notwendigkeit der Auseinandersetzung der deutschen Gesellschaft mit ihrer Geschichte, die Versöhnung der Deutschen mit ihrer eigenen Vergangenheit und Schuld durch einen Dienst an den Völkern Europas, die durch den Krieg Opfer der deutschen Verbrechen geworden waren.

Im Gründungsaufruf heißt es: »Wir bitten um Frieden. Wir Deutschen haben den Zweiten Weltkrieg begonnen und schon damit mehr als andere unmessbares Leiden der Menschheit verschuldet; Deutsche haben in frevlerischem Aufstand gegen Gott Millionen von Juden umgebracht. Wer von uns Überlebenden das nicht gewollt hat, der hat

nicht genug getan, es zu verhindern.« Noch sei es nicht zu spät, um Vergebung zu bitten. »Des zum Zeichen bitten wir die Völker, die Gewalt von uns erlitten haben, das sie uns erlauben, mit unseren Händen und mit unseren Mitteln in ihrem Land etwas Gutes zu tun, ein Dorf, eine Siedlung, eine Kirche, ein Krankenhaus oder was sie sonst Gemeinnütziges wollen, als Versöhnungszeichen zu errichten. Lasst uns mit Polen, Russland und Israel beginnen, denen wir wohl am meisten wehgetan haben.«<sup>18</sup>

Kreyssig dachte an einen Dienst von Männern wie Frauen, die für 1 Jahr in die genannten Länder gehen. Beeindruckend ist in diesem Aufruf, dass er auf ganz konkrete, organisatorische Fragen eingeht – z.B. »Der Meldung ist ein ärztliches Zeugnis über Gesundheit und Arbeitsfähigkeit beizufügen. Minderjährige bedürfen zur Meldung der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters.« - obwohl es zu diesem Zeitpunkt noch keinerlei organisatorische Strukturen oder Vorbereitungen gab.

Explizit heißt es: »Der Dienst soll Deutsche aus der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik vereinen.«<sup>19</sup>

Diese starke Motivation aus der Situation der eigenen Biografie heraus und der Erfahrung der deutschen Nachkriegsgesellschaft können wir uns heute schlecht vorstellen. Die Sprache des Aufrufs und vieler Schriften Kreyssigs zeugt von einer Intensität der eigenen geistigen Erfahrung und theologischen Reflexion, die nicht in die Muster heutiger Freiwilligendienste zu passen scheint. Der Anspruch scheint uns völlig zu überfordern. Wahrscheinlich hat der Aufruf seine Kraft auch daher, dass Kreyssig bereits seit mehreren Jahren diese Notwendigkeit spürte – bereits vier Jahre früher hatte er beim Kirchentag in Leipzig den Aufruf in der Tasche gehabt, danach sein Vorhaben immer wieder diskutiert und durchdacht.

Eugen Rosenstock-Huessy gilt als einer der Paten des Aufrufs von Lothar Kreyssig. Er hatte seine Vorstellung von Gemeinschafts- und Freiwilligendiensten in den USA weiter entwickelt, aus den von ihm mit Studenten eingerichteten »Camp William James« entstanden später im Auftrag von John F. Kennedy die »Civilian Conservation Corps«. In den 50er Jahren war Rosenstock in Deutschland mit Vorträgen und Büchern präsent.

In dieselbe Zeit fällt eine andere Initiative für Freiwilligendienste, die ihren Anfang ebenfalls

mit einem »Aufruf« nimmt. Hermann Dietzfelbinger, Leiter der Diakonissenanstalt Neudettelsau und späterer Landesbischof von Bayern, rief 1954 zum freiwilligen Diakonischen Jahr auf. Damit war der Grundstein des späteren Freiwilligen Sozialen Jahres gelegt. Dieser Aufruf richtete sich angesichts von fehlenden Händen für die Arbeit in der Diakonissenanstalt Neudettelsau, die gerade ihr hundertjähriges Bestehen feierte, an junge Frauen, die freiwillig einen Dienst an den Kranken und Pflegebedürftigen leisten würden, ohne Diakonissen zu werden.

»Ihr jungen, gesunden Menschen von 18 Jahren ab, gebt ein Jahr Eures Lebens zum Dienst für sie! Ich sehe Euch in Euren Berufen, in den Fabriken, in Büros und Geschäften; ich sehe die Abiturientinnen und Studentinnen. Ihr Mädchen alle, die solche Berufe haben, Ihr Arbeiterinnen und Studentinnen, Verkäuferinnen und Sekretärinnen oder wo Ihr seid: wer es kann und wer gerufen ist, der löse sich ein Jahr heraus und gebe dieses Jahr für solchen Dienst! (...)

Ihr werdet in diesem Diakonischen Jahr nicht so viel verdienen wie heute in der Fabrik oder sonst wo im Wirtschaftsleben. Aber man lebt nicht bloß vom Verdienen. Ihr werdet Euer Auskommen haben und ein Taschengeld, von dem man gut leben kann. Auch warten Menschen auf Euch, die Euch in eine Gemeinschaft des Lebens aus dem Wort, des Dankes und Lobes aufnehmen möchten.«<sup>20</sup>

Interessant ist, dass dieser Aufruf zwei Ebenen verbindet: die Not in den Krankenhäusern oder Behinderteneinrichtungen einerseits – andererseits die Situation der Frauen, denen neue Perspektiven eröffnet werden sollen. Schon der Gründer der Anstalt in Neudettelsau hatte im 19. Jahrhundert einen Ausweg gesucht, um durch die Behebung der einen Not Abhilfe für die andere Not zu schaffen. Die Feststellung der Not der Frauen in den 50er Jahren ist zugegeben aus einem konservativen Geist heraus begründet - es befremdet aus heutiger Perspektive ein Frauenbild, das eindeutig davon ausgeht, dass die Frau zu Hausarbeit, Berufen in der Pflege und Fürsorge berufen sei: Betreuen, Pflegen, für andere da sein – so seien die eigentlichen Aufgaben der Frau. Neu war allerdings die Vorstellung, dass Mitarbeit in einer Diakonissenanstalt auch von Frauen geleistet werden könne, die sich nicht für die Schwesternschaft entscheiden, sondern für eine begrenzte Zeit mit arbeiten.

Bemerkenswert ist, dass der Aufruf nicht im Trend lag, das Klima der 50er Jahre in der Bundesrepublik war geprägt durch Stichworte wie Arbeitskräftemangel, Jugendarbeitslosigkeit, Arbeitsdienst und Haushaltsjahr - und hier kommt ein Aufruf zum freiwilligen Dienst gerichtet an berufstätige Frauen.

Tatsächlich wurde der Aufruf gehört und es meldeten sich Freiwillige, die dafür ihr Berufsleben unterbrachen. Interessant ist die Zusammenstellung der Freiwilligen der ersten drei Jahrgänge und ihrer Herkunft: 73 Landwirtschaft, 56 aus dem Haushalt, 41 aus kaufmännischen Berufen, 37 aus höheren Schulen, 26 aus Fabriken, 9 waren Schneiderinnen, 4 hatten das Haushaltsjahr in England gemacht, 2 Kindergärtnerinnen, 2 Studentinnen, eine Jugendleiterin, eine Gemeindeförderin, eine Fotografin, eine Erzieherin, eine Sprechstundenhilfe, eine Apothekenhelferin.<sup>21</sup>

Nach diesen ersten drei Jahren kommt die Idee des Diakonischen Jahres zum Durchbruch – die Evangelischen Landeskirchen des Rheinlandes, Württembergs, Schleswig-Holsteins, Baden und die Lippische Landeskirche, schließlich Westfalen übernehmen das Diakonische Jahr. Die Katholische Kirche folgt dem Beispiel, sowie andere Träger der sozialen Arbeit in Westdeutschland. Das Diakonische Jahr in kirchlicher Trägerschaft entwickelt sich ebenfalls in der DDR. Den rechtlichen Rahmen schafft in der Bundesrepublik schließlich das Gesetz zur Förderung eines Freiwilligen Sozialen Jahres vom 17.8.1964. Der Ursprung des Freiwilligen Sozialen Jahres ist also ein Programm, das selbstbestimmtes »Helfen-Wollen« voraussetzt.<sup>22</sup> Anfangs war es kein FSJ nach Abschluss der Schulausbildung, sondern geschenkte Zeit, für den Nächsten und sich selbst, als Chance zu Neuorientierung, der Besinnung, ein soziales Bildungsjahr.

Heute nehmen jährlich rund 20 000 junge Menschen das Angebot eines Freiwilligen Sozialen Jahres wahr (Zahlen für 2003/4). Das sind 2,6% Prozent des jeweiligen Jahrgangs der 19jährigen.<sup>23</sup> Hinzu kommt das Freiwillige Ökologische Jahr mit rund 1900 Teilnehmer/innen. Im Jahr 1993 startete das Pilotprojekt des Europäischen Freiwilligendienstes, der heute fester Bestandteil des EU-Jugendprogrammes ist. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat vor einigen Jahren das Programm »weltwärts« mit Einsatzstellen in Asien, Afrika, Lateinamerika und Osteuropa aufgelegt, seit 2009 organisiert das Auswärtige Amt das Programm »kulturweit« Die Vielfalt der Angebote spiegelt einer-

seits die hohe Popularität eines Freiwilligendienstes für junge Menschen, andererseits aber auch den vielfältigen Bedarf in der Gesellschaft für freiwilligen Einsatz sowie die Relevanz unter jugend-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten. Wichtig scheint mir aus der historischen Erfahrung heraus, bestimmte Errungenschaften der Freiwilligendienste zu bewahren, die vor allem das Gleichgewicht zwischen zivilgesellschaftlicher Initiative und Selbstorganisation auf der einen Seite und staatlichen Interessen, Gesetzgebung und Förderung auf der anderen Seite betreffen. Freiwilligendienste in ihrer Tradition der Jugendgemeinschaftsdienste haben wichtige friedens- und gesellschaftspolitische Prozesse eingeleitet bzw. aufgenommen und entwickelt. Es geht meiner Meinung nach bei Freiwilligendiensten nicht nur darum, junge Menschen im Übergang von Schul- zu Berufsausbildung für persönliches und soziales Lernen und einen Dienst am Nächsten und der Gesellschaft zu gewinnen, sondern es geht auch darum, im Zusammenspiel der Träger von Freiwilligen- und Jugendgemeinschaftsdiensten, der Teilnehmer/innen oder Freiwilligen und staatlichem Handeln Demokratie zu gestalten.

Zum Abschluss möchte ich noch einen Bogen zurück nach Kreisau ziehen. Nicht ohne Grund habe ich meinen Beitrag eine schlesisch-deutsch-polnische Spur genannt: Eugen Rosenstock-Huussy und Helmuth James von Moltke verbindet in den 20er Jahren in Schlesien die Gründung der »Löwenberger Arbeitsgemeinschaft«, zugleich die Idee einer gesellschaftlichen Reform, der Ermächtigung der Bürger zur Beteiligung an Verantwortung. Aus der »Löwenberger Arbeitsgemeinschaft« heraus bildet sich der Kern der Freundesgruppe um Moltke, der Widerstandsgruppe »Kreisauer Kreis«. Rosenstock-Huussy wird nach dem Krieg zum »Paten« der Aktion Sühnezeichen und anderer Freiwilligen- und Jugendgemeinschaftsdienste. Aus der Begegnung von Freya von Moltke, Witwe Helmuth James von Moltkes, mit Eugen Rosenstock-Huussy Anfang der 50er Jahre entwickelt sich eine tiefe Freundschaft und später – nach dem Tod seiner Frau - ein gemeinsames Leben in Norwich/Vermont.

Lothar Kreyssig rief in seinem Aufruf zur Gründung der »Aktion Sühnezeichen« dazu auf, sich zuallererst in Polen, Russland und Israel zu engagieren. Gegeben durch die politische Situation des Kalten Krieges war die Kontaktaufnahme erschwert, so dass die ersten Arbeitseinsätze in Holland und Norwegen stattfanden. 1965 gelang der Aktion Sühnezeichen (Ost) auf Initiative von

Günter Särchen, dem engen Mitarbeiter Kreysigs aus der Katholischen Kirche im Bistum Magdeburg, die erste Pilgerfahrt zu den Stätten der nationalsozialistischen Verbrechen in Auschwitz und Majdanek.<sup>24</sup> Trotz aller Widerstände entwickelten Kreysig und Särchen die Sühnzeichen-Arbeit in und mit Polen. Parallel baute Aktion Sühnzeichen/ Friedensdienste von West-Berlin aus seine Kontakte nach Polen auf. Dank dieser Vorarbeiten und der dadurch entwickelten persönlichen Beziehungen<sup>25</sup> konnte Ende der 80er Jahre in Breslau/Wroclaw eine Bürgerinitiative für die Gründung einer internationalen Begegnungsstätte auf dem verfallenen Gut der von Moltkes in Krzyowa-Kreisau entstehen. Eugen Rosenstock-Huessy war auch hier einer der Paten, denn angeregt durch sein philosophisches und politisches Denken trafen sich aus Anlass seines 100. Geburtstages 1988 Menschen, die darauf aufbauend in Kreisau-Krzyowa einen Ort des europäischen Dialogs schaffen wollten. Das ist eine andere Geschichte, aber zu ihr führt die schlesisch-deutsch-polnische Spur hin, die mit den Anfängen der Freiwilligendienste in den 20er Jahren verbunden ist.

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Zum historischen Überblick über die Entwicklung der Jugendgemeinschaftsdienste vgl.: Gestrinch, Andreas: *Geschichte der Jugendgemeinschaftsdienste. Eine Bewegung zwischen »Arbeitswehr« und »werktätigem Pazifismus«*, in: Guggenberger, Bernd (Hrsg.): *Jugend erneuert Gemeinschaft. Freiwilligendienste in Deutschland und Europa. Eine Synopse*, Baden-Baden 2000, S. 84-104.

<sup>2</sup> Zitiert nach Gestrinch, siehe Anm. 1, Quelle: Rosenstock-Huessy, Eugen: *Industrievolk*, Frankfurt 1934, S. 39f.

<sup>3</sup> Eugen Rosenstock-Huessy: jüdischer Bankierssohn, zum Protestantismus konvertierter Rechtshistoriker, Sprachwissenschaftler, Kulturphilosoph und Soziologe. Geb. 6.7.1888 in Berlin-Steglitz, gestorben 23.2.1973 auf seinem Anwesen Four Wells, Norwich, Vermont USA.

<sup>4</sup> Vgl. Internetseite von Service Civil International mit sehr interessanten Quellen im online-Archiv des Vereins, <http://www.service-civil-international.org/main/sci/history.html>.

<sup>5</sup> Fellenberg, Thedy von: *Ein Besuch in Esnes – Verdun*, 1990, <http://www.service-civil-international.org/main/sci/history.html>.

<sup>6</sup> Greiff, Walter: *Das Boberhaus in Löwenberg/Schlesien 1933-37. Selbstbehauptung einer nonkonformen Gruppe*, Sigmaringen 1985 (*Quellen und Darstellungen zur schlesischen Geschichte*; Bd. 24).

<sup>7</sup> Siehe zum Hergang und zur Bedeutung: Möckel, Andreas: *Kreisau und die Tradition der Freiwilligendienste. Unveröffentlichtes Manuskript eines Vortrags, gehalten in Kreisau am 25. Mai 2006.*

<sup>8</sup> *Das erste Arbeitslager fiel in eine wirtschaftlich prosperierende Zeit der Weimarer Republik. Den Industriearbeitern musste der Lohnausfall ersetzt werden. Dafür gewann Moltke den Zentrumsabgeordneten Brüning und der erwirkte für das Lager einen hohen finanziellen Zuschuss aus der Schatulle des Reichspräsidenten. Siehe Möckel Anm. 7, S. 8.*

<sup>9</sup> Moltke, Dorothy von: *Ein Leben in Deutschland. Briefe aus Kreisau und Berlin 1907-34*, eingeleitet, übersetzt u. hg. von Beate Ruhm von Oppen, München 1999, Brief vom 30.3.1928, S.140.

<sup>10</sup> Zitiert nach: Rosenstock, Eugen/ Trotha, Carl Dietrich von (Hrsg.): *Das Arbeitslager. Berichte aus Schlesien von Arbeitern, Bauern und Studenten*, Jena 1931, S. 154.

<sup>11</sup> Vgl. Gestrinch siehe Anm. 1, S. 96f.

<sup>12</sup> Siehe Wortlaut des Gesetzblattes von 1932, zitiert nach Gestrinch siehe Anm.1, S. 97.

<sup>13</sup> Gestrinch siehe Anm.1, S. 98.

<sup>14</sup> Schelsky, Helmut: *Für und Wider den Arbeitsdienst*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte 1 (1950)*, zitiert nach Gestrinch siehe Anm.1, S. 98.

<sup>15</sup> Moltke, Helmut James von: *Briefe an Freya 1939-1945*, hg. von Beate Ruhm von Oppen, München 1988, S. 610.

<sup>16</sup> Siehe Anm. 15, S. 610.

<sup>17</sup> Vgl. zur Biografie Lothar Kreysigs: Weiß, Konrad: *Lothar Kreysig. Prophet der Versöhnung*, Gerlingen 1998.

<sup>18</sup> Zitiert nach Kammerer, Gabriele: *Aktion Sühnzeichen Friedensdienste. Aber man kann es einfach tun*, Berlin 2008, S. 12-13.

<sup>19</sup> Siehe Anm. 18, S. 13.

<sup>20</sup> Gerwig, Wilhelm/ Sticht, Friedrich (Hrsg.), *Das Diakonische Jahr. Ein Programm kirchlicher Jugendarbeit*, Stuttgart 1986, S. 17-18.

<sup>21</sup> Siehe Anm. 20, S. 24.

<sup>22</sup> Salzmann, Helga: *Entwicklung des Diakonischen Jahres*, in: *Das Diakonische Jahr*, siehe Anm. 20, S. 27-51, S. 30.

<sup>23</sup> Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik: *Evaluation der FSJ/FÖJ-Fördergesetze*, S. 65-66, [http://www.isg-](http://www.isg-institut.de/index.php?b=single&id_B=8&id_UB=31&id_Nummer=76)

[institut.de/index.php?b=single&id\\_B=8&id\\_UB=31&id\\_Nummer=76](http://www.isg-institut.de/index.php?b=single&id_B=8&id_UB=31&id_Nummer=76).

<sup>24</sup> Diese erste Pilgerfahrt ist auf eindrucksvolle Weise dokumentiert in dem Film »Leise gegen den Strom« von Thomas Kycia und Robert Zurek, <http://leisegegenstrom.eu/>. vgl. zu Vorgeschichte und Hergang: Kammerer siehe Anm. 19, S.95ff.

<sup>25</sup> Zu nennen wären viele Personen, die sich über Aktion Sühnzeichen kennengelernt haben, für Kreisau besonders wichtig: Franz von Hammerstein, Günter Särchen, Ludwig Mehlhorn, Eva Unger, Kazimierz und Wanda Czaplinski, Anna Morawska. D



# Freiwilligendienste zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und staatlicher Instrumentalisierung

Von Rupert Graf Strachwitz,  
Direktor, Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin

»Freiwilligendienste in Europa – Zwischen Staat und Zivilgesellschaft«, Evangelische Akademie zu Berlin, 30.11.-1.12.2010

## I. Einführung

Im Kontext einer Tagung zu Freiwilligendiensten in Europa werden diese naturgemäß in ihren einzelnen Aspekten und Bedingungen in den Blick genommen. In Deutschland ist dies in der Debatte um das Ende des Wehr- und Zivildienstes hochaktuell. In diesem Zusammenhang lohnt es, über den Rahmen des Dienstes hinauszublicken und diesen gesellschaftspolitisch zu kontextualisieren. Dies will ich im Folgenden versuchen und daher auf die Darlegung von Einzelheiten unserer alten und neuen Regelungen verzichten. Diese werden gewiss an anderer Stelle hinreichend thematisiert. Mir geht es um die Einordnung in die Begrifflichkeiten von Zivilgesellschaft, Engagement und Instrumentalisierung.

Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement sind ja zu Modebegriffen geworden, die in politischen Äußerungen immer häufiger vorkommen. Was damit gemeint ist, bleibt vielfach unklar. In der Wissenschaft findet dazu ein kontroverser Diskurs statt, der bisher nicht zu eindeutigen Begrifflichkeiten und festen Positionen geführt hat. Das macht diesen Diskurs ungemein spannend. Es ist kein Defizit, daß Begriffe und Thema stark in Bewegung sind, sondern bildet eine spezielle Herausforderung und Chance. Wir

bauen dabei auf vielen kulturellen Traditionen auf, betreten aber doch Neuland. Eines wissen wir: Wir schaffen den sozialen Wandel nur, wenn wir dieses Neuland bewusst betreten, Pfadabhängigkeit hinter uns lassen, uns auf die neuen Lebensbedingungen der Menschen einlassen und eine strategische Neugestaltung unserer gesamten politischen Ordnung in den Blick nehmen. Dazu gehört eine Konzentration auf den Menschen als Ursprung und Ziel der Gesellschaft.

Der gesellschaftlich erwünschte Nutzen, die Freisetzung von Qualitäten wie Ideenreichtum und Ideenwettbewerb, besonders aber Identifikation der Bürger mit ihrem Umfeld, Verhinderung von innerer Emigration, Integration und die Einübung einer Zivilität des Umgangs, sind ohne diese neue Sicht nicht zu erarbeiten und fruchtbar zu machen. Dieser Prozess muss eingeübt werden. Die Einübung ist das primäre Ziel von Jugendfreiwilligendiensten. »Die Jugendlichen sollen ... mit ihrer Zeit im Jugendfreiwilligendienst auch für ein Engagement im Erwachsenenalter motiviert werden.« So steht es in der Entschließung des Bundesrates zur Stärkung der Jugendfreiwilligendienste vom 5. November 2010 (Bundesrat 2010).

Ich will daher der Frage nachgehen, unter welchen Bedingungen dieses Ziel erreichbar erscheint. Dazu sollen einige Bemerkungen zur Ordnung der modernen Gesellschaft, zur Zivilgesellschaft und zum bürgerschaftlichen Engagement dienen.

## II. Die Ordnung der modernen Gesellschaft

Dass die in Westdeutschland nach 1945 begründete Gesellschaftsordnung zwar in ihren Grundsätzen – Vorrang für Menschen- und Bürgerrechte, Demokratie, Rechtsstaatsprinzip und Aufbau auf kulturellen Traditionen<sup>2</sup> – langfristig wünschenswert erschien und ihre normative Rahmensetzung fast universell akzeptiert wurde, war in den folgenden Jahrzehnten deutlich und konstant. Ebenso wurde die ostdeutsche Gesellschaftsordnung in dieser Grundsätzlichkeit sowohl von den Mehrheit der ihr unterworfenen Bürger als auch in der Betrachtung von außen als grundlegend defizitär gesehen. Aber spätestens in

den 1960er Jahren kam in Westdeutschland der übergreifende Konsens über alle Ausformungen dieser Ordnung abhanden, während er von Ostdeutschland aus in vielen Einzelheiten kritisch beurteilt wurde. Das Festhalten an Aspekten, die nur vermeintlich intrinsische Bestandteile der regelmäßig beschworenen freiheitlich-demokratischen Grundordnung darstellten, in Wirklichkeit aber sei es Relikte früherer Ordnungen, sei es durch andere Entwicklungen überholt waren, führte zu erheblichen Konflikten, die nur teilweise zum Anlass für grundsätzliche Neuordnungen genommen wurden, insbesondere dort

nicht, wo das Verwaltungshandeln gegenüber dem Bürger betroffen war. Otto Mayers Diktum »Verfassungsrecht vergeht, Verwaltungsrecht besteht«, von Ralf Dahrendorf schon 1968 als »nicht nur zynisch, sondern auch unheimlich richtig« bezeichnet, scheint weithin und weiterhin auszustrahlen. (Dahrendorf 1968, S. 234). Der Obrigkeitsstaat, der, durchaus nicht immer in schlechter Absicht, die alleinige Definitions-, Planungs- und Vollzugskompetenz in allen Angelegenheiten des öffentlichen Wohls für sich in Anspruch nahm, erwies sich als hartnäckiger, als es die politische Theorie und die Entwicklung der Lebenswelt der Bürger hätten vermuten lassen. Max Webers Warnung vor der ‚totalitären Demokratie‘ blieb aktuell. Versuchen, daran etwas zu ändern, war regelmäßig kein hinreichender Erfolg beschieden. Neue soziale Bewegungen, neue Lebensentwürfe, neue Parteien konnten daran partiell, aber nicht durchgängig etwas ändern.

Die Warnung vor Staats- oder Politikverdrossenheit kommt insofern nicht von ungefähr. Schon seit einigen Jahrzehnten ist der Wohlfahrtsstaat, der ganz ohne Zweifel den Bürgerinnen und Bürgern zahlreiche positive Errungenschaften beschert hat, angreifbar geworden. Nicht nur sah und sieht er sich immer weniger in der Lage, die zugesagten oder gar in Aussicht gestellten Leistungen zu erbringen, weil die Kosten die selbst mit hoheitlichem Zwang erwirtschafteten Mittel immer weiter übersteigen. Zudem erscheinen die sehr hohen Transaktionskosten immer weniger plausibel, zumal die Qualität der Leistungen mit den Ansprüchen, aber auch den Möglichkeiten und dem Wettbewerb immer weniger Schritt halten konnte. In den letzten Jahren ist die Frage, was »der Staat« leisten kann, zu einem Nachdenken darüber erweitert worden, was er leisten soll. Das heißt, Bürger und Bürgerinnen stellen in zunehmendem Maße nicht nur die Leistung selbst, sondern auch den Anspruch des Wohlfahrtsstaates, sie zu erbringen, in Frage. Sie argumentieren vielfach mit dem Hinweis auf das größere Innovationspotential kleinerer Organisationen, auf das schon vor Jahrzehnten Ernst Fritz Schumacher hingewiesen hat (1980). Eine neue Aufgabenverteilung ist angesagt.

Diese Argumentation wird durch zahlreiche Negativerfahrungen mit öffentlichen Verwaltungen ebenso wie mit großen Industriekonzernen angereichert. Selbst mittlere Gemeinden, von den Ländern, dem Bund oder der Europäischen Kommission ganz zu schweigen, werden heute von vielen Bürgern als fremde, ihnen regulierend, kontrollierend, einengend gegenüberstehende,

ihren Herrschaftsanspruch mit allen Mitteln durchsetzende Mächte empfunden. Ob diese Einschätzung der unvoreingenommenen Analyse standhält, ist dabei von nachgeordneter Bedeutung. Im Vordergrund steht das weitverbreitete Gefühl, schon die Stadt sei kein »Wir«, sondern ein »Die da«. Die Tatsache, dass schon seit rund vier Jahrzehnten in Westdeutschland Bürgerinitiativen, Aktionsgruppen, sich selbstermächtig bildende und selbstorganisiert handelnde Vereinigungen in politische Prozesse eingreifen und besonders in Phasen der Entscheidungsvorbereitung und Vollzugskontrolle Aufgaben übernehmen, die vordem in den gewählten Volksvertretungen angesiedelt waren, spricht eine beredte Sprache. Dass auch gegen ein totalitäres System eine politische Zivilgesellschaft unter bestimmten Bedingungen erfolgreich sein kann, beweisen die Ereignisse des Jahres 1989 in Ostdeutschland (vgl. u.a. Neubert 2008 / Muschter und Strachwitz 2009).

Dass ein politisches System, das für sich in Anspruch nimmt, vom Bürger her bestimmt zu sein (vgl. Grundgesetz Art. 20 Abs. 2), nicht repressiv, sondern kommunikativ reagieren muss, ist evident. Die Analyse zeigt allerdings, dass die seit den 1990er Jahren vielfach propagierte Vorstellung, der Staat ließe sich als Leistungserbringer durch den Markt ersetzen, weder im Ansatz vertretbar noch letztlich erfolgreich gewesen ist. Zwar ist nicht zu bestreiten, dass zahlreiche Dienstleistungen effektiver und effizienter über den Markt angeboten werden können. Jedoch ist zum einen der Versuch, den Staat selbst als Paramarkt zu etablieren, demokratietheoretisch mehr als bedenklich. Der Bürger ist eben nicht »Kunde« des Staates, allenfalls, will man in dieser Terminologie bleiben, dessen Eigentümer. Zum anderen wird eine auf Leistungsaustausch reduzierte Kommunikation und Interaktion menschlichen Grundbedürfnissen nicht gerecht und kann schon deshalb in der den Bürger als Ausgangspunkt nehmenden und in den Mittelpunkt stellenden Gesellschaft keinen Bestand haben. Schließlich besteht bei vielen Bürgern auch der Verdacht einer *Hand-in-glove-Beziehung* zwischen Markt und Staat, eines beide verbindenden »Systems«, das des Störenfrieds Zivilgesellschaft geradezu bedarf.

Als Fazit ist jedenfalls festzuhalten, dass das Zusammenleben in der Gesellschaft ausschließlich in den Kontexten von Staat und Markt fundamental unbefriedigend erscheint. Eine alternative Interaktion ist für den sozialen Frieden, der seinerseits ein politisches Ziel von hoher Priorität

darstellt, unerlässlich. Nicht zuletzt aus dieser Konstellation erwächst die Vorstellung, eine weitere Aktionsarena zu definieren, die anderweitig nicht befriedigte Interaktionsformen aufgreift. Schon im 19. Jahrhundert wurde hierfür eher pragmatisch das für das deutsche Wohlfahrtswesen, allerdings auch nur für dieses prägende Subsidiaritätsprinzip entwickelt, das im 20. Kerngedanke der katholischen Soziallehre wurde und den Boden für Überlegungen bereitete, der Zivilgesellschaft in zu definierenden Bereichen die Priorität des Handelns zuzuweisen. Es ist nicht zufällig, dass dieses, tatsächlich nur auf den Wohlfahrtsbereich, nicht aber auf andere Felder staatlichen Handelns bezogene Prinzip, im Ausland als markantestes Merkmal deutscher Zivilgesellschaftsvorstellungen gesehen wird. Interessant ist, dass Antonio Gramsci als überzeugter Marxist von zwei Überbauten über den Produktionsverhältnissen spricht, von denen er den einen als *società civile* benennt.

Joachim Ernst Böckenförde, ein konservativer Staatsrechtslehrer, vertrat bekanntlich schon 1977 die These, dass der (säkularisierte) Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht schaffen kann. Ihm folgt implizit Robert Putnam mit seiner Theorie des Sozialkapitals, das nur im informellen Bereich gebildet wird, aber für eine

effektive Staatsverwaltung ebenso unerlässlich ist wie für einen erfolgreichen Markt. Schließlich hat auch Anthony Giddens mit seiner besonders im sozialdemokratischen Umfeld vielbeachteten Lehre vom Dritten Weg dem traditionellen Etatismus eine Alternative entgegengestellt, die mit Zivilgesellschaftskonzepten weitgehend im Einklang steht.

Weitere Traditionslinien, die letztlich zu der theoretischen und praktischen Entwicklung einer Zivilgesellschaft als Bereichskonzept geführt haben, seien hier nur angedeutet: Hinzuweisen ist beispielsweise auf die nach 1975 auf der Grundlage der Schlussakte von Helsinki in den Ländern Mittel- und Osteuropas einschließlich der DDR entstehenden Bürgerrechtsbewegungen, aber auch auf das seit den 1970er Jahren zunächst in den USA sprunghafte gestiegene wissenschaftliche Interesse an dem Bereich, der zunächst nur vage als zwischen Markt und Staat liegend umschrieben wurde (vgl. bspw. Etzioni 1973). Zu nennen sind ferner die tatsächlich stark gestiegene ökonomische Bedeutung dieses sog. Dritten Sektors (vgl. Salamon u. a. 1999), als wichtiger Katalysator die explosionsartige Entwicklung barrierefreier globaler Kommunikation und das Entstehen neuen Gemeinschaftsgefühls in urbanen Zusammenhängen.

### III. Zivilgesellschaft heute

Wenn heute die Zivilgesellschaft als der Oberbegriff für die vielfältigen Organisationen in die Diskussion eingeführt wird, die nicht dem Markt zurechenbar sind und neben diesem und neben den vielfältigen staatlichen und kommunalen Instanzen gesellschaftliche Prozesse maßgeblich bestimmen, so ist dies den unterschiedlichen Traditionslinien ebenso geschuldet wie einem gewandelten und sich weiter wandelnden normativen Verständnis der Bürgerinnen und Bürger von der Gesellschaft, in der sie leben möchten. Eine Gesellschaftsordnung, die für sich in Anspruch nimmt, den Bürger in den Mittelpunkt zu stellen, wird dies in konkrete Strukturen und Prozesse umzusetzen haben.

Diese Prozesse sind Gegenstand der aktuellen Zivilgesellschaftsdebatte (vgl. Adloff 2005 b). Zahlreiche Untersuchungen gehen der Frage nach, was die Bürgerinnen und Bürger antreibt. (Vgl. Freiwilligensurvey 2009; s. hierzu auch Sprengel und Strachwitz 2008). Allerdings bleiben diese nicht auf die Analyse der Ergebnisse empirischer Sozialforschung beschränkt, sondern kön-

nen durchaus auf ordnungstheoretische Konzepte verweisen, die in unterschiedlicher Weise die Zweiteilung in Staat<sup>3</sup> und Markt oder Staat und bürgerliche Gesellschaft für defizitär erachtet, die Vorstellung von einem alles überwölbenden Staat zurückgewiesen oder eine Dreiteilung reklamiert haben. So ist Karl Poppers offene Gesellschaft ausdrücklich dem Hegelschen Modell entgegengesetzt. Auch der Strukturwandel der Öffentlichkeit bei Habermas oder die Weltgesellschaft bei Luhmann sind Konzepte, die ein hierarchisches Gesellschaftsmodell nicht akzeptieren. »Gesellschaft ist das umfassende Sozialsystem aller kommunikativ füreinander erreichbaren Handlungen. In der heutigen Zeit ist die Gesellschaft Weltgesellschaft. Es gibt nur noch ein einziges Gesellschaftssystem.« (Luhmann 2008, S. 212) Die Globalisierung der Lebensbedingungen und Kommunikation hat, wenn nichts anderes, die Abgrenzung von Regionen obsolet werden und überdies regionale Bezüge entstehen lassen, die eben nicht mit administrativen Regionaleinheiten kongruent sind.

Zivilgesellschaft ist in diesem Kontext eine von drei Arenen, in denen sich der Mensch jenseits seines unmittelbaren Umfeldes, also der Familie, bewegt, und zwar in aller Regel gleichzeitig. Mit dieser Einteilung versuche ich nicht, im Sinne eines Systems die gesamte Lebenswirklichkeit systematisch zu ordnen oder gar zu erklären, sondern lediglich, und das ist schon viel genug, zu beschreiben, in welche unterschiedlichen Handlungslogiken und organisatorischen Bedingungen der Mensch sich einordnet, wenn er sich in der Gesellschaft bewegt. Dass dieses Modell sich von dem Hegelschen System des alles übergreifenden, überwölbenden Staates grundlegend unterscheidet, liegt auf der Hand. Eine prinzipielle Hierarchisierung der Aktionsfelder muss insoweit als überwunden gelten. Für die politische Debatte und unseren Zusammenhang ist vielmehr die Frage entscheidend, wo und wie das selbstorganisierte Handeln in der Zivilgesellschaft und das demokratisch legitimierte hoheitliche Handeln des Staates ineinandergreifen.

Idealtypisch werden, jeweils auf Grund von Delegation seitens der Bürger, in jeder Arena andere Aufgaben wahrgenommen, im Staat die Gewährleistung von Sicherheit, die Regelung der Angelegenheiten, die zwingend für alle verbindlich zu regeln sind und die Gewährleistung – nicht notwendigerweise die Bereitstellung – der Leistungen, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich sein müssen. Bildung sei als herausragendes Beispiel genannt. Der Markt hingegen produziert Güter und Dienstleistungen und bietet sie denen an, die daran Bedarf haben und sie bezahlen können. Der Konzentration der Produktionsverhältnisse in der Hand des Staates scheint durch die nach 1990 gewonnenen Einblicke in sozialistische Systeme eine stichhaltige Begründung abhanden gekommen zu sein. Aus dieser Aufgabenteilung ergeben sich unterschiedliche Handlungslogiken: Übt der Staat durchaus im guten Sinne Gewalt aus, und ist er dazu durch die Ermächtigung im demokratischen Verfahren legitimiert (*»no taxation without representation«*), arbeitet der Markt mit der Logik des Tauschs.

Die Zivilgesellschaft folgt einer von beidem unterscheidbaren Handlungslogik, die schon vor über 50 Jahren Francois Perroux, der dem *homo oeconomicus*, also dem Bild des Menschen, der bei allem, was er tut, seinen wirtschaftlichen Vorteil bedenkt, eine deutliche Absage erteilte (Perroux 1961, s. hierzu auch Offe 2002, S. 273 ff.) mit dem Attribut des Geschenks zur Abgrenzung von jenen des Tauschs und der Gewalt belegt hat. Die gewählten Attribute Gewalt, Tausch und Ge-

schenk erscheinen zur Differenzierung der Bereiche hilfreich und öffnen zugleich den Blick dafür, dass das Zusammenleben in der Gesellschaft ausschließlich in den Kontexten von Staat und Markt fundamental unbefriedigend wäre, weil es dem Bedürfnis zu schenken nicht hinreichend Rechnung trägt. Eine alternative Interaktion von Bürgern und Bürgerinnen erscheint vielmehr unerlässlich. Zivilgesellschaft kann insoweit als die Summe dieser Interaktionen angesehen werden oder auch als die Summe von formellen und informellen Institutionen und Aktionen, die ein Mindestmaß an Kohärenz aufweisen, wenngleich nicht notwendigerweise juristische Personen darstellen. Weitere Merkmale sind ein Mindestmaß an Nachhaltigkeit, wiederum aber nicht notwendigerweise eine längerfristige Beständigkeit, sowie neben dem subjektiven Gemeinwohlinteresse die primäre Ausrichtung an ideellen und nicht etwa wirtschaftlichen Zielen. Entscheidend ist ferner das uneingeschränkte Verbot der Ausschüttung von eventuellen Gewinnen an Mitglieder oder Eigentümer, nicht allerdings ein Verbot, Überschüsse überhaupt zu erwirtschaften.

Das entscheidende Merkmal der Zivilgesellschaft ist, da für das Geschenk unerlässliche Voraussetzung, das Gebot der Freiwilligkeit der Zugehörigkeit. Nur aus eigenem Antrieb, selbstermächtigt, kann der Bürger in diesen Bereich eintreten. Weder durch Geburt, noch durch Beruf oder Wohnort ist eine Mitgliedschaft vorgegeben. Diese Selbstermächtigung hat weitreichende Konsequenzen für das Selbstverständnis und die Handlungslogik der Zivilgesellschaft, die es zu respektieren gilt, wenn der Dialog mit der Zivilgesellschaft erfolgreich sein soll. Diese Selbstermächtigung ist pädagogisch exogen, im Übrigen aber intrinsisch endogen bestimmt. Aus der Selbstermächtigung folgt im Übrigen die autonome Selbstorganisation bzw. Selbstverwaltung. Ebenso folgt daraus ein plurales Verständnis des Handelns, da ja aus welchen Gründen auch immer andere eine andere Organisation freiwillig bilden können. Diese Pluralität ist wesentliche Vorbedingung für die Kreativität der Zivilgesellschaft. Sie durch ein Verlangen nach klaren Strukturen, wenigen Ansprechpartnern, legitimen Repräsentanten oder leistungsfähigen Organisationen zu verdrängen, heißt die Natur der Zivilgesellschaft zu verkennen, was notwendigerweise zu Beeinträchtigungen des Ergebnisses führen muß. Die Handlungslogik der Zivilgesellschaft führt vielmehr zu einem Wirken außerhalb von Hierarchien, in Netzwerken und informellen Kommunikationszusammenhängen, was keinesfalls als defizitär, sondern im Sinne moderner Wissen-

schaftstheorie als weiterführend zu deuten ist (Dürr 2004, S. 29-37).

Lange Zeit wurde diese Zivilgesellschaft als nette Marginalie behandelt. Das ist vorbei. Soll, wie es dem Wesen einer demokratischen und pluralen Ordnung entspricht, der Mensch und Bürger in seiner Freiheit in den Mittelpunkt gestellt werden, kommt dieser Zivilgesellschaft eine grundlegende Bedeutung zu. Die Reformen der letzten Jahre greifen in diesem Sinne zu kurz und tragen zur Lösung des Problems letztlich fast nichts bei. Sie sind populistisch oder fiskalisch bestimmt und blicken aus der Sicht der hoheitlichen Gewalt auf

die Gesellschaft und nicht aus der Sicht des Menschen und Bürgers. Es ist daher eindringlich daran zu erinnern, daß nach unserem Gesellschaftsverständnis tatsächlich der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht etwa die Gemeinschaft. »Am 30. Januar ist endgültig die Zeit des Individualismus gestorben. Die neue Zeit nennt sich nicht umsonst Völkisches Zeitalter. Das Einzelindividuum wird ersetzt durch die Gemeinschaft des Volkes«, so hatte im März 1933 Joseph Goebbels formuliert. Dass dieses Konzept überwunden ist, muss sich nicht nur in programmatischen Erklärungen und sonntäglichen Reden, sondern täglich neu im Alltagsleben erweisen.

#### IV. Bürgerschaftliches Engagement

Wer bürgerschaftliches Engagement ins Kalkül zieht, muss von einem neuen Ordnungskonzept ausgehen. Menschen übernehmen Loyalitäten, Identifikationen und daraus folgend auch Integration und Partizipation nicht mehr als durch Geburt vorgegebenes Paradigma, sondern arrangieren sich im Lauf ihres Lebens mehrfach, vielleicht sogar vielfach neu. Es liegt daher nahe, die Zivilgesellschaft mit dem bürgerschaftlichen Engagement in Verbindung zu bringen. In der Tat werden über 80% des bürgerschaftlichen Engagements in Organisationen der Zivilgesellschaft geleistet<sup>4</sup>. Schon aus diesem Grund ist bürgerschaftliches Engagement von der Wahrnehmung staatsbürgerlicher Verantwortung oder gar Verpflichtungen zu trennen. Das Ziel von Engagement wird vom Engagierten selbst bestimmt; es kann sich an politisch definierten Zielen orientieren, muss es aber und tut es auch in der Praxis überwiegend nicht. Bürgerschaftliches Engagement war und ist dennoch ein Weg, zu der als unattraktiv empfundenen Partizipation in den demokratischen Strukturen des Staates eine alternative Gestaltungsoption zu entwickeln und damit letztlich unsere Demokratie weiter zu entwickeln.

Der Begriff Bürgerschaftliches Engagement hat die Nachfolge des Begriffs ‚Ehrenamt‘ angetreten, der von vielen »ehrenamtlich« Engagierten zunehmend als anachronistisch empfunden wurde. Er ist offenkundig umfassender als der Begriff der Freiwilligenarbeit und weniger normativ aufgeladen als andere wie Philanthropie, Solidarität usw. Das heißt, wer der Gesellschaft Zeit oder Ideen oder Empathie oder Vermögenswerte oder sein persönliches Ansehen schenkt, ist bürgerschaftlich engagiert. Messen, aggregieren und argumentativ verwerten lässt sich in erster Linie das En-

gagement in Zeit und Geld. Darüber dürfen jedoch die anderen Formen nicht übersehen werden. In der Summe bilden sie die wesentlichen Ressourcen, aus denen sich die Zivilgesellschaft speist.

Der Zusammenhang zwischen Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement ist einem weiteren Umstand geschuldet. Dieser ergibt sich aus dem ursächlich selbstermächtigten und selbstorganisierten Charakter jeden Engagements. Dass eine Organisation, die strukturell auf Freiwilligkeit und Verzicht auf materiellen Gewinn aufbaut, überdurchschnittlich geeignet ist, Engagement anzunehmen und zu organisieren, leuchtet unmittelbar ein. Überdies entspricht dies der längst erfolgten, demgemäß auch nicht mehr steuerbaren Ausdifferenzierung unserer Gesellschaft – wir können auch positiv sagen, dem Bekenntnis zu Toleranz, Respekt und vor allem zu Pluralismus – hohen Werten einer freiheitlichen Gesellschaft. Adloff konstatiert diesbezüglich die Sozialfigur des aktiven, eigenverantwortlichen, gemeinnützigen Bürgers. Niklas Luhmann fragt, indem er Emile Durkheim rezipiert: »Könnte es nicht eine Art laufendes Regenieren von Sozialität in interpersonalen Kontakten geben, das weder auf eine vorkonstituierte Moral, noch auf ein in den Köpfen schon vorhandenes Kollektivbewusstsein zurückgeführt werden kann, aber auch nicht den Individuen als Eigenleistung zurechenbar ist?« (Luhmann 2008, S. 16). Der Staat wird hingegen trotz seiner vier Ebenen und vielen Facetten eben gerade nicht als pluralistisch, sondern als monopolistisch wahrgenommen, der Wirtschaft ergeht es trotz 1 Million Unternehmen ähnlich. Insofern ist Engagement gerade nicht komplementär mit neoliberalen Ideologismen, sondern eher mit solidarischen oder kommunitä-

ren Konzepten. Damit ist aber freilich noch nicht gesagt, ob die Gesellschaft an solchem Engagement überhaupt Interesse hat, noch drastischer gesagt, ob es für diese akzeptabel, vielleicht sogar tolerabel ist.

Bürgerschaftliches Engagement artikuliert sich in Dienstleistungen, Themenanwaltschaft, Selbsthilfe und Mittlerfunktionen. Beispiele sind für die erste Gruppe etwa die Wohlfahrtsverbände aber auch zivilgesellschaftliche Träger von Kultureinrichtungen, für die zweite Organisationen wie Greenpeace, aber auch Bürgerinitiativen, für die dritte gleichermaßen die Anonymen Alkoholiker, Patientenorganisationen oder Sportvereine, für die vierte die fördernden Stiftungen oder Dachverbände. Dass viele Organisationen mehrere Funktionen gleichzeitig ausüben, ist unbestritten. In allen Funktionen führt das Engagement zu einem Output. Ob dieser für die Gesamtheit der Bürger von Interesse oder auch nur akzeptabel ist, ist das entscheidende Kriterium dafür, ob das Engagement selbst und über dieses auch die Zivilgesellschaft Akzeptanz und somit auch Legitimität beanspruchen kann. Dieser Output lässt sich in drei Ebenen bestimmen.

Auf der ersten Ebene produziert bürgerschaftliches Engagement öffentliche Güter. Es stellt kulturelle Angebote bereit, hilft, Not zu lindern, trägt zur Gesundheitsvorsorge bei, pflegt Tiere usw. Auf der zweiten Ebene produziert es meritorische Güter, indem es Möglichkeiten schafft, sich bürgerschaftlich zu engagieren, hilft, ein Bewusstsein für neue Themen herzustellen (etwa in den lokalen Agenda-Prozessen), dazu beiträgt, Werte, auf denen das Gemeinwesen aufbaut, zu schützen (etwa Menschen- und Bürgerrechte), Interessen von Minderheiten vertritt oder Konzepte für Entwicklungsmaßnahmen vorstellt.

Und schließlich erbringt bürgerschaftliches Engagement durch sein Handeln einen Mehrwert, der der Gesellschaft zugute kommt. Während auf der ersten Ebene bürgerschaftliches Engagement in einen Wettbewerb mit bezahlter Arbeit tritt oder

treten kann, ist dies auf der zweiten Ebene weniger, auf der dritten Ebene kaum noch der Fall. Ergänzend spricht Borstel (2010) von der Tätigkeit und den Projekten zivilgesellschaftlicher Akteure als subversiv, stabilisierend oder integrierend. Setzt man den hier vertretenen Ausgangspunkt, den Menschen, zu tatsächlichen Machtstrukturen in Beziehung, wird deutlich, dass alle diese Funktionen ihre Notwendigkeit besitzen, damit heranwächst, was oft mit Zivilgesellschaft verwechselt wird: die Bürgergesellschaft, die Gesellschaft also, die von den Bürgern her bestimmt ist. Hier befindet sich im Übrigen die Scheidewand: Was mit diesem Ziel nicht kompatibel ist, gehört nicht hierher. Organisationen, in denen getauscht und nicht geschenkt wird, gehören danach beurteilt. Sie sind damit nicht notwendigerweise gewinnorientierte Wirtschaftsunternehmen, sondern möglicherweise auch Sozialunternehmen, die in der steuerlichen Gestaltung nochmals anders zu betrachten sind, aber das ist dann eine andere Frage. Und selbstverständlich: Feinden der offenen, der Bürgergesellschaft kann durch diese Trennung das Deckmäntelchen der Gemeinnützigkeit genommen werden.

Bei der Beurteilung von bürgerschaftlichem Engagement aus der Sicht des gesellschaftlichen Bedarfs kommt es nicht oder nur nachrangig darauf an, welche unmittelbare Leistung auf der ersten dargestellten Ebene durch dieses Engagement erbracht wird und ob diese für die Erfüllung der Staatsaufgaben finanziell attraktiv ist. Vielmehr geht es darum, dass Menschen kontinuierlich die kommunikativen Prozesse des Schenkens an die Gemeinschaft erlernen und immer wieder üben – ob im Kirchenchor, im Sportverein, im Katastrophenschutz, in der Menschenrechtsgruppe, bei Greenpeace oder sonstwo. Hier und nur hier befindet sich die Schule der Demokratie, mehr noch, die Schule der Bürgergesellschaft. Allerdings genügt diese Feststellung nicht. Vielmehr ist zu fragen, warum solche Prozesse und deren Einübung diese Bedeutung haben. Worin liegt der zivilgesellschaftliche Mehrwert?

## V. Der zivilgesellschaftliche Mehrwert

Gegen den Ausdruck ‚Zivilgesellschaftlicher Mehrwert‘ ist eingewendet worden, dass er der Begrifflichkeit des Marktes entnommen und daher zur Charakterisierung spezifischer Errungenschaften der Zivilgesellschaft ungeeignet sei. Das Argument ist nicht schlechterdings von der Hand zu weisen, doch ist derzeit kein besserer Ausdruck

erkennbar. Es ist jedoch festzuhalten, dass mit dem zivilgesellschaftlichen Mehrwert gerade die Leistungen der dritten Ebene bezeichnet werden sollen, zu deren Erbringung Organisationen des Staates und Unternehmungen des Marktes nicht oder nur peripher in der Lage erscheinen. Wenn es solche Leistungen tatsächlich gibt, legitimieren

gerade sie in herausragender Weise die Zivilgesellschaft als eigene Sphäre oder Arena gesellschaftlich relevanten Handelns. Mehr noch, sie ermöglichen einen anderen Blick auf die Argumente, die zur Begründung einer Sonderstellung herangezogen werden können.

Dies erscheint zum einen deswegen relevant, weil zahlreiche, normativ durchaus positiv zu bewertende Organisationen der Sozialwirtschaft, z. B. Genossenschaften, als Hybride, in letzter Konsequenz als Marktteilnehmer gesehen und, etwa nach Europäischem Wettbewerbsrecht oder deutschem Steuerrecht als solche beurteilt werden, obwohl ihre Doppelfunktion nicht zu übersehen ist. Sie können durch Ausdrücke wie *low profit* oder ‚Zielorientierte Unternehmungen‘ von ausschließlich gewinnorientierten Unternehmungen unterschieden werden. Zu fragen ist aber im vorliegenden Zusammenhang, ob sie neben dem formalen Verbot der Ausschüttung von Überschüssen an Mitglieder oder Eigentümer möglicherweise auch ihre deutlich geringere »Produktion« von »zivilgesellschaftlichem Mehrwert« von eindeutig zivilgesellschaftlichen Organisationen unterscheidet, andererseits aber auch, ob traditionell der Zivilgesellschaft zugerechnete Unternehmungen (etwa Krankenhäuser) trotz Vorliegen aller übrigen formalen Voraussetzungen eben nicht der Zivilgesellschaft zugerechnet werden können. Die Ausprägung solcher Hybride legt die Folgerung nahe, dass eine scharfe Abgrenzung der Arenen unmöglich ist; der zivilgesellschaftliche Mehrwert mag als Kriterium bei der Grenzziehung heranzuziehen sein.

Ein weiteres kommt hinzu: Das deutsche Steuerrecht verweist Geselligkeitsvereinigungen, Laientheater, Laienchöre und ähnliche Organisationen pauschal in den Bereich der Freizeitgestaltung und verweigert ihnen mit diesem Argument die steuerliche Gleichstellung – d.h. Befreiung von Ertrags- und Vermögensteuern – mit Sportvereinen, Wohlfahrts- und Hilfsorganisationen und anderen. Begründung hierfür ist der mangelnde Gemeinwohl-, anders ausgedrückt der überwiegende Eigennutzen dieser Organisationen. Diese Sichtweise entspringt einer Vorstellung von einem ausschließlich staatlich definierten und organisierten Gemeinwohl. Nur wer hierfür Dienstleistungen erbringt, soll von der Verpflichtung, Steuern zu bezahlen, befreit werden, da dies die Transaktionskosten bei der Erbringung dieser Leistungen mindert.

Nun ist nicht zu bestreiten, dass eine Fülle von Organisationen zu Recht als steuerbefreit einge-

stuft worden sind, die diesen Anspruch prinzipiell nicht einlösen können. Hierzu zählen beispielsweise die sog. Themenanwälte, d.h. Organisationen wie Greenpeace oder Amnesty International, die oft genug gegen staatliches Handeln operieren. Hierzu gehören aber auch die Sportvereine, die ursprünglich (um 1914) wegen ihres Beitrags zur Wehrtüchtigung und vormilitärischen Ausbildung, also der Förderung sehr konkreter Staatsziele, von Steuern befreit wurden und wegen ihrer gesellschaftlichen Popularität und der Millionen von Mitgliedern geblieben sind. Dennoch halten Gesetzgeber und Verwaltung grundsätzlich am Prinzip der Staatsnützigkeit bei der Beurteilung von zielorientierten Unternehmungen fest (vgl. Maecenata Institut 2005). Die gerade für Deutschland typische Fixierung vieler öffentlich relevanter Vorgänge auf ihre steuerliche Relevanz hat damit zur Folge, dass diese Staatsnützigkeit weit über die steuerliche Relevanz hinaus als Maßstab für die Beurteilung des Beitrags der Zivilgesellschaft und ihrer Akteure zum Gemeinwohl herangezogen wird.

Viele Beispiele belegen, dass die Erbringung sozialer und anderer Dienstleistungen durch zivilgesellschaftliche Organisationen heute vielfach gegenüber der durch Marktteilnehmer nicht auf den ersten Blick vorteilhaft erscheint. Dies gilt nicht nur für Krankenhäuser und andere große Einrichtungen, in denen von jeher »Ehrenamtliche« allenfalls marginal Aufgaben wahrnehmen konnten, sondern auch für als klassisch empfundene Tätigkeiten, beispielsweise den Rettungsdienst und Krankentransport. Es verwundert daher nicht, dass die Anwendung des europäischen Gemeinschaftsrechts immer häufiger mit althergebrachten Praktiken der Subventionierung und Steuerbefreiung kollidiert. Diese werden sich daher zukünftig verstärkt an Leistungen zu orientieren haben, die intrinsisch nicht im Markt angeboten werden können, auf die die Gesellschaft aber im Sinne der Bereitstellung von sozialem Kapital angewiesen bleibt. Hierzu zählt schon die Bereitstellung von Angeboten des bürgerschaftlichen Engagements, insoweit dieses als wichtiges Element des sozialen Miteinanders erkannt wird. Ebenso sind aber diesem Bereich die Ergebnisse kollektiven bürgerschaftlichen Engagements zuzurechnen, in denen vor allem ein zivilgesellschaftlicher Mehrwerverbracht wird. Hierzu gehören beispielsweise Inklusion und Integration aller Mitglieder eines lokalen Verbundes, Partizipation an Entscheidungsprozessen sowie Beiträge zum sozialen Wandel und sozialen Frieden. Auch die Einübung eines zivilen Miteinanders, einer Zivilität, kann hierunter gefasst werden, womit eine

Brücke zu einem Handlungskonzept von Zivilgesellschaft geschlagen wird. Wenn Menschen sich durch bürgerschaftliches Engagement in ihrem Wohn-, Arbeits- und sozialen Umfeld angenommen fühlen, wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft sich zusammengehörig fühlen und gemeinsam allseits betreffende Herausforderungen annehmen und meistern können, wird dadurch für die Stabilität der Gesellschaft viel erreicht, auch wenn sich das erreichte schwer messen und schon gar nicht hierarchisch ordnen lässt.

Wenn sich Bürgerinnen und Bürger durch die Erfahrung erfolgreicher Beteiligung an Entscheidungsprozessen und Projekten in selbstorganisierten, überschaubaren Gruppierungen als Bürger bestätigt fühlen, ist dies für das Zusammenleben wertvoll. Wenn sie hierdurch darüber hinaus partizipatorisches Verhalten einüben und dies für die Beteiligung in größeren Zusammenhängen, etwa der Gemeinde nutzen, wird dadurch ein demokratiethoretischer Gewinn erzielt. Dass das Gemeinwesen im übrigen durch seine zunehmende Ausdifferenzierung zunehmend Partizipationsprozesse in selbstermächtigt zustande gekommen Gruppierungen organisieren muss und insoweit das längst brüchige staatliche Monopol der Gemeinwohldefinition überwindet, ist ein aus zivilgesellschaftlicher Perspektive wünschenswerter, aus staatlicher hingegen zu respektierender Effekt. Sozialer Wandel bezieht sich insoweit

nicht nur auf eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse insbesondere für benachteiligte Teile der Gesellschaft, sondern beinhaltet auch einen experimentell angelegten Entwicklungsprozess hin zu neuen Ausformungen einer im weitesten Sinn politischen Ordnung.

Dieser Mehrwert wird unabhängig von den hergestellten Gütern produziert. So können beispielsweise Geselligkeitsvereine ebenso wie Schützen- oder Trachtengruppen, Blaskapellen, Laientheatergruppen usw. einen erheblichen zivilgesellschaftlichen Mehrwert produzieren, obwohl die von ihnen hergestellten Güter möglicherweise von geringem öffentlichem Interesse sind und überwiegend der Freizeitgestaltung ihrer Mitglieder dienen. Ein prägnantes einzelnes Beispiel dafür sind die Passionsspiele in Oberammergau, nach deren Regeln jeder, der in der Gemeinde geboren ist oder 25 Jahre dort gelebt hat, ein Recht auf Mitwirkung hat. Galt das, so stellen diese im Jahr 2000 erstmals die Frage, auch für türkische Zuwanderer? Die Gemeinde war gespalten, aber schließlich wurde die Frage bejaht, und Migranten wirkten an diesem für die Gemeinde zentralen Ereignis gleichberechtigt mit – wie man sich vorstellen kann, mit durchschlagendem Erfolg für die Integration und natürlich auch die aktive Partizipation dieser Mitbürger und damit für den sozialen Frieden in der Gemeinde.

## VI. Staatliche Instrumentalisierung

Es erstaunt sicher nicht, wenn nach diesen Darlegungen staatliche Eingriffe und Einflussnahmen im Bereich der Jugendfreiwilligendienste mit Skepsis betrachtet werden. Wenn das unter anderem vom Bundesrat formulierte Ziel erreicht werden soll, über das Angebot von Jugendfreiwilligendiensten zu lebenslangem Engagement zu motivieren, müssen sich diese in die Handlungslogik der Zivilgesellschaft einfügen.

Die Erfahrungen mit dem Zivildienst, ebenso wie die mit anderen von der Wehrpflicht befreienden Diensten, etwa der zehnjährigen Verpflichtung zum Dienst im Katastrophenschutz, sprechen eine andere Sprache. Steuerungs- und Kontrollmechanismen haben vielfach die Integrität der Organisationen und vor allem deren Befähigung, einen zivilgesellschaftlichen Mehrwert zu erbringen, beeinträchtigt. Mehr noch, gerade in den Wohlfahrtsverbänden ist selbst bei Führungskräften und Funktionsträgern das Selbstverständnis, einer autonomen zivilgesellschaftlichen Organisa-

tion anzugehören und in ihr der Gemeinschaft zu dienen, zugunsten einer para-staatlichen Mentalität in den Hintergrund gedrängt worden.

Freilich bleibt für die Organisationen die Frage, wie es ohne Zivildienstleistende gehen soll. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen im Wohlfahrtswesen, in der Entwicklungszusammenarbeit, im Naturschutz, im Sport usw. haben sich über Jahrzehnte aus guten, nicht zuletzt wirtschaftlichen Gründen auf dieses Potential an jungen Mitarbeitern abgestützt und können den Wegfall so ohne weiteres nicht kompensieren. Es hat sich aber längst ein alternatives ausbaufähiges Instrumentarium herausgebildet. Ursprünglich als Freiwilliges Soziales Jahr konzipiert, bietet es heute unter der allgemeinen Bezeichnung „Jugendfreiwilligendienste“ Einsatzmöglichkeiten in zahlreichen Subsektoren der Zivilgesellschaft im In- und Ausland.



Jugendfreiwilligendienste erscheinen unter mehreren Aspekten attraktiv. Zum einen sind sie ganz und gar auf Freiwilligkeit aufgebaut. Niemand muss sein Gewissen von fremden Menschen prüfen lassen, sondern wer die Lust verspürt, ein Jahr für das allgemeine Wohl zur Verfügung zu stellen, der kann das hier tun. Im Gegensatz zu manchen Unkenrufen ist das in der angesprochenen Zielgruppe nicht unattraktiv. Zum zweiten steht es Frauen und Männern gleichermaßen offen – im Zeitalter der Chancengerechtigkeit ein wesentlicher Fortschritt. Zum dritten gewährleistet die Dauer, dass die Freiwilligen ausgebildet und sinnvoll eingesetzt werden können – eben dort, wo sie das wollen, nicht dort, wohin sie einberufen worden sind.

In einer Gesellschaft, in der freiwilliges Handeln für das allgemeine Wohl der Schlüsselbegriff für demokratiekonforme Entwicklung ist, ist der qualifizierende und soziale Lernprozess, der mit diesem Dienst einhergeht, dem des Zivildienstes, der als »Ersatzdienst« konzipiert war, bei weitem überlegen. Nach Schule oder Berufsausbildung ein Jahr lang etwas ganz anderes machen zu können und dafür, wenn auch nicht gerade »fürstlich«, entlohnt zu werden, stellt eine positive Perspektive für viele dar, die noch nach Orientierung suchen. Sozial abgesichert für eine begrenzte Zeit sich selbst als engagierten Bürger zu erleben und das Engagement einüben zu können, ist eine Chance, die schon jetzt viele Menschen nutzen und die sicher noch mehr nutzen werden, wenn sie nicht zusätzlich durch möglichen Wehr- oder Zivildienst belastet werden. Ein gutes Marketing birgt hohe Erfolgchancen.

Eine Bedingung erscheint allerdings von herausragender Bedeutung. Zivilgesellschaft heißt Arbeit und Engagement in einer weit ausdifferenzierten Pluralität von Organisationen. Hier organisiert und vollzieht sich vor allem das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Loyalität zu und Bindung an eine selbst gewählte Organisation sind unabdingbar. Daher kann der Aufbau nur erfolgreich sein, wenn alle Organisationen, die das wollen, die Durchführung ganz und gar selbst in die Hand nehmen und in die Hand bekommen. Eine übergestülpte staatliche Bürokratie, gar konkurrierende Verwaltungen in verschiedenen Ressorts, oder eine hierarchisierende Abwicklungsmaschinerie über irgendwelche Zentralstellen wären hervorragend geeignet, dem Programm ganz schnell die Attraktivität und Effektivität zu nehmen. Ein gesetzlicher Rahmen, der Entlohnung, soziale Sicherung und wenige andere Eckdaten regelt, etwa die Verpflichtung der Organisa-

tionen, die Teilnehmer sachgerecht auszubilden, reicht völlig aus. Eine Gewähr müssen die Organisationen bieten: Jugendliche im Freiwilligendienst müssen einen fachlichen und sozialen Lernerfolg erzielen können und dürfen nicht als Hilfskräfte ausgebeutet werden. Alles Übrige wird der »Markt« der Angebote regeln, auf dem jede zivilgesellschaftliche Organisation auftreten kann, die das will. Dass junge Menschen Ansprüche ans Leben stellen und dorthin gehen, wo diese eingelöst werden, ist ebenso richtig wie gut. Auch für die Organisationen der Zivilgesellschaft wird es also Lernprozesse geben – sie werden ihnen gut bekommen. Denn sie haben nun die Chance, zentrale Werte der Zivilgesellschaft zu vermitteln und Menschen für sich zu gewinnen, die ihnen, wenn es ihnen gefallen hat, auf lange Zeit treu bleiben. Das heißt, sie werden sich diese Werte auch selbst neu erarbeiten und hierzu ihre Leitbilder und Arbeitsgrundsätze neu bestimmen müssen. Einer heißt: Schenken lernt man beim Schenken!

Schenken ist eine anthropologische Grundkonstante, der *homo oeconomicus* dagegen eine Chimäre. Die Bereitschaft, der Gemeinschaft etwas zu schenken, ist für die Bewältigung der genannten Herausforderung zentral. Wenn, so meine These, die Mitglieder der Gesellschaft dieser im weitesten Sinn nicht permanent etwas schenken, können die eklatant hervorgetretenen Defizite nicht behoben werden. Geschenke sind notwendig - in Kreativität, Empathie, Gemeinsinn und Verantwortlichkeit, letztlich auch in Zeit und Geld.

Ein Sozialdruck zu schenken – von einer sanktionsbewehrten Pflicht ganz zu schweigen – höhlt tendenziell nicht nur den Begriff des Schenkens aus, indem ihm der Freiwilligkeitscharakter genommen wird, sondern impliziert sogar ein Gesellschaftsbild mit totalitärem Anspruch, wenn sich eine hoheitliche Gewalt die Administration des Schenkens zuzieht. Das für die Zivilgesellschaft in Anspruch genommene Attribut der Pluralität wäre in einem solchen System nicht mehr aufrechtzuerhalten; anstatt der durch die Ausweisung eines eigenständigen zivilgesellschaftlichen Bereichs erstrebten größeren Offenheit der Gesellschaft entstünde deren Gegenteil.

Es widerspricht der Handlungslogik des modernen Verfassungs- und Verwaltungsstaates, daß diesem etwas geschenkt wird. Er hebt – durchaus zu Recht – zur Erfüllung seiner Aufgaben zwangsweise Steuern ein. Es ist nicht mehr Sache des Staates, sozialen Druck auszuüben, damit

geschenkt wird. Für beides ist die Arena der Zivilgesellschaft da. Der Staat muss also zeigen, wie ernst er es mit dem Prinzip des ermöglichenden Staates meint, das der Bericht der Enquete Kommission des Bundestags zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements einst so in den Mittelpunkt gestellt hat. Und seine Akteure werden zu prüfen haben, ob ihnen die Entwicklung unserer Gesellschaft und der dafür notwendige zivilgesellschaftliche Mehrwert wichtiger oder weniger wichtig sind als die Gewinnung billiger Arbeitskräfte für Dienstleistungen des Wohlfahrtsstaates. Hier ist Politik gefragt, hier müssen Weichen gestellt werden!

Je mehr versucht wird, junge Menschen für kurzfristige Ziele zu instrumentalisieren, desto sicherer werden diese den Verlust an Vertrauen in Politik und Verwaltung mittragen. Es kann nicht im Interesse des politischen Handelns liegen, vorsätzlich Vertrauensverlust, innere Emigration und Abkehr von der Politik zu produzieren. Von den wenigen Eckdaten abgesehen, ist daher die Gestaltung der Jugendfreiwilligendienste eine originäre und alleinige Aufgabe der Zivilgesellschaft und zwar durchaus im Wettbewerb der Organisationen untereinander. Für behördliche Eingriffe und Verwaltungshandeln ist hier kein Raum. Es gilt, dem Subsidiaritätsprinzip gerade an dieser Stelle zu einem umfassenden Durchbruch zu verhelfen!

Am 26. Oktober 2010 veröffentlichte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine Pressemitteilung, in der es unter anderem heißt: »Der Bundesfreiwilligendienst ... soll das in Länderhoheit fallende Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) stärken und sinnvoll ergänzen und gemeinsam mit diesen (gemeint sind wohl die Länder) vor allem von den bestehenden Trägern durchgeführt und verwaltet werden.« Die Zivilgesellschaft ist letztlich nicht dazu da, gemeinsam durchzuführen und zu verwalten, was Bund und Länder in mühevollen Abstimmungsprozessen entwickeln. Sie braucht die Freiheit, in eigener Verantwortung ihren Beitrag zum allgemeinen Wohl zu leisten und die Jugend hierfür heranzubilden.

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Der Politikwissenschaftler Dr. Rupert Graf Strachwitz leitet das Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt Universität zu Berlin ([www.maecenata.eu](http://www.maecenata.eu) / [www.strachwitz.info](http://www.strachwitz.info)).

<sup>2</sup> so die verschiedenen Erklärungen des Europarats und anderer internationaler Organisationen

<sup>3</sup> Mit Staat sind hier und im Folgenden alle Ebenen der Verfasstheit in öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften, d.h. Gemeinde, Land, Bund und Europäische Union gemeint.

<sup>4</sup> Der Prozentsatz läge noch höher, wenn nicht die Freiwilligen Feuerwehren als Einrichtungen der Kommunen, formal dem Bereich Staat zugeordnet werden müssten (siehe Freiwilligensurvey 2009).

### Literatur

Frank Adloff und Steffen Mau, Hg. (2005 a). *Vom Geben und Nehmen; Zur Soziologie der Reziprozität*. Frankfurt a.M./New York.

Frank Adloff (2005 b). *Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis*. Frankfurt a.M./New York.

Frank Adloff / Eckhard Priller / Rupert Graf Strachwitz (2010). *Prosoziale Motivation – Spenden in interdisziplinärer Perspektive*. Stuttgart: Lucius & Lucius

Jens Becker, Julia Eckert, Martin Kohli, Wolfgang Streck, Hg. (2004). *Transnationale Solidarität; Chancen und Grenzen*. Frankfurt a.M.

Bundesrat, *Entschließung des Bundesrates zur Stärkung der Jugendfreiwilligendienste FSJ und FÖJ in Verbindung mit der Stärkung eines freiwilligen Erwachsenenengagements (2010)*, Drucksache 576/10 (Beschluss), S. 3 f.

Ernst-Wolfgang Böckenförde (1976). *Die Bedeutung der Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft im demokratischen Sozialstaat der Gegenwart*; in: ders. (Hg.): *Staat, Gesellschaft, Freiheit*. Frankfurt a.M.

Dierk Borstel (2010). *Zivilgesellschaft in dörflichen Kontexten*; in: Elke Becker / Enrico Gualini / Carolin Runkel / Rupert Graf Strachwitz, Hg., *Zivilgesellschaft und Stadtentwicklung*. Stuttgart: Lucius & Lucius

Emil Brix/Jürgen Nautz/Rita Trattinig/Werner Wutscher, Eds. (2008), *State and Civil Society*. Wien.

Breuer, Christoph / Wickler, Pamela (2008): *Sportvereine in Deutschland. Sportentwicklungsbericht 2007/2008 – Analyse zur Situation der Sportvereine in Deutschland*. Deutsche Sporthochschule Köln.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2009). *Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland*, erstellt vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin

Ralf Dahrendorf (1968), *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*. München

Hans Peter Dürr (2004), *Vernetzung der Zivilgesellschaft als Chance für Zukunftsfähigkeit*; in *Maecenata Aktuell* Nr. 44, Berlin.

Hans Peter Dürr (2009), *Warum es ums Ganze geht*. München

Enquete-Kommission Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements, Deutscher Bundestag (2002), *Bericht, Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft*. Opladen.

Amitai Ermioni (1997). *Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie*. Frankfurt a.M.

Europäische Kommission (1997), *Mitteilung der Kommission über die Förderung der Rolle der Vereine und Stiftungen in Europa*. Luxemburg

Anthony Giddens (1991). *Modernity and Self-Identity. Self and Society in the Late Modern Age*. Cambridge.

Antonio Gramsci 1927-1935: 1948, 1991. *Lettere dal carcere*; dt. Gefängnishefte. Hamburg

Granovetter, Mark S. (1973): *The Strength of Weak Ties*. *American Journal of Sociology*, Volume 78, Issue 6 (May, 1973), 1360-1380.

Hartmut Häußermann, Dieter Läßle, Walter Siebel, Hg. (2008). *Stadtpolitik*. Frankfurt/Main.

Georg Wilhelm Friedrich Hegel 1809/1811: 1841 (1961), *Philosophische Propädeutik*. Stuttgart

Hartmut von Hentig (2006). *Bewährung. Von der nützlichen Erfahrung, nützlich zu sein*. München/Wien

Eva Maria Hinterhuber (2009). *Abrahamischer Dialog und Zivilgesellschaft. Eine Untersuchung zum sozialintegrativen Potenzial des Dialogs zwischen Juden, Christen und Muslimen*. Stuttgart.

Holtkamp, Lars / Bogumil, Jörg (2007): *Verbände auf kommunaler Ebene*. In: Winter, Thomas von /

Willems, Ulrich: *Interessenverbände in Deutschland*. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 539-562.

Niklas Luhmann (2008), *Arbeitsteilung und Moral: Durkheims Theorie 1992*; in: ders.: *Die Moral der Gesellschaft*. Frankfurt/Main

Niklas Luhmann, *Interaktion, Organisation, Gesellschaft 1975*; in: *Die Moral der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.

Maecenata Institut, Hg. (2005). *Organisationen der Zivilgesellschaft und ihre Besteuerung; Vorschlag für eine grundlegende Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts*. (Opusculum Nr. 19). Berlin

Gabriele Muschter und Rupert Graf Strachwitz, Hg. (2009). *Keine besonderen Vorkommnisse? Zeitzeugen berichten vom Mauerfall*. Berlin.

Ehrhart Neubert (2008). *Unsere Revolution, Die Geschichte der Jahre 1989/90*. München.

Claus Offe (2002), *Reproduktionsbedingungen des Sozialvermögens*; in: *Enquete-Kommission Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements, Deutscher Bundestag (Hrsg.), Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft*, Opladen.

Francois Perroux (1961), *Zwang, Tausch, Geschenk – Zur Kritik der Händlergesellschaft*. Deutsch: Stuttgart.

Karl Popper 1945; dt. 1957 (1992). *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*. Tübingen.

Robert Putnam (1994). *Making Democracy Work; Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton.

Putnam, Robert D./Goss, Kristin A. (2001): *Einleitung*, in: Putnam/Robert D. (Hrsg.): *Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich*, Verlag Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh.

Lester Salamon u.a., eds. (1999). *Global Civil Society, Dimensions of the Nonprofit Sector*. Baltimore.

Ernst Fritz Schumacher 1973 (1980). *Small is Beautiful*. London.

Swoboda, Karl-Heinz (1997): *Über ein halbes Jahrhundert Volkssolidarität – Mosaik einer humanistischen Bewegung*. Lüneburg: Jansen Verlag.

Rainer Sprengel, Hg. (2007). *Philanthropie und Zivilgesellschaft*. Frankfurt a.M.

Rainer Sprengel und Rupert Graf Strachwitz (2008), *Private Spenden für Kultur. Bestandsaufnahme, Analyse, Perspektiven*. Stuttgart: Lucius & Lucius

Rupert Graf Strachwitz (2009). *Plädoyer für eine Zivilgesellschaftspolitik*; in: Dirk Niebel, Hg., *Horizonte – Geschichte(n) der Zukunft*. Berlin.

Alexis de Tocqueville (Bd.1: 1835/ Bd.2: 1840): *Über die Demokratie in Amerika*. Hrsg. von Jacob P. Mayer, 1985. Stuttgart: Reclam.

Wolfgang Vorkamp (2008), *Integration durch Teilhabe – Das zivilgesellschaftliche Potential von Vereinen*. Frankfurt a.M./New York

Annette Zimmer und Eckhard Priller, Hg. (2000). *Der deutsche Nonprofit-Sektor im gesellschaftlichen Wandel; Zu ausgewählten Ergebnissen der deutschen Teilstudie des international vergleichenden Johns-Hopkins-Projekts*. Münster.

Annette Zimmer (2007). *Vereine – Zivilgesellschaft konkret*. Wiesbaden.

Annette Zimmer, *Der Verein in der Gesellschaft und Politik*. In: *Dritter Sektor - Dritte Kraft. Versuch einer Standortbeschreibung*. Hrsg. Rupert Graf Strachwitz, Raabe, Düsseldorf, 1998, S. 93-125.



## Beiträge zu den Arbeitsforen

**Freiwilligendienst in Dänemark** / Von Anne Marie Boile Nielsen, Präsidentin, Ecumenical Diaconal Year Network, Kopenhagen, Dänemark

In Dänemark gibt es eine Tradition nichtstaatlicher Organisationen. In der erster Hälfte der 80er Jahre haben viele NGOs durch alternative Programme auf sich aufmerksam gemacht: in der Entwicklungszusammenarbeit, im lokalen Feld, in Bereichen von Mitbestimmung und Lobbying. Es wurde hier deutlich, dass NGOs oft bessere Lösungen für soziale Probleme hatten. Der Staat hat zu dem Zeitpunkt diese neuen Ansätze von NGOs, insbesondere im sozialen Bereich, sehr anerkannt. 1985 wurde das »Gesetz über sozialen Dienste« verabschiedet, wonach Kommunen gezwungen waren, mit NGOs nach folgenden Grundsätzen zusammenzuarbeiten:

1. Man weiß selber am Besten, was hilft,
2. Förderung von lokaler und persönlicher Verantwortung für das eigene Leben, für Ideen, für Innovation.

Viele junge Menschen lernen die Grundregeln der Demokratie durch Freiwilligendienste in diesen Institutionen. Die Hochschulen haben hier immer eine große Rolle gespielt. Junge Leute mit unterschiedlichem Hintergrund und Ausbildung bekamen in einer Art Internat für 3-6 Monaten eine Einführung in Demokratie, Ethik und Literatur. Hier lernten sie Verantwortungsbewusstsein für ihr eigenes Leben, für die Entwicklung ihrer Region und für nationale Fragen.

Außerdem gibt es in Dänemark die Tradition der Genossenschaften, wodurch viele Aufgaben in der Gesellschaft durch Freiwillige verwaltet werden wie z.B. Schulen, Molkereien oder Schlachthäuser. Die Gesetze in Dänemark ermöglichen es, dass Aufgaben im Schul-, Sozial- und Gesundheitsbereich von freien Institutionen ausgeführt werden kann. Diese Tradition wurde aber in den letzten 50 Jahren teilweise beschränkt. Die Aufgaben der Diakonie wurden mehr und mehr professionalisiert, und immer weniger Freiwillige waren im öffentlichen Gesundheitswesen willkommen. Allein die Felder Armut, Obdachlosigkeit und Missbrauch wurden den Freiwilligenorganisationen überlassen. Die finanzielle Ausstattung von nichtstaatlichen Freiwilligenorganisationen ist sehr unsicher. Oft leben sie von staatlichen Mitteln, die nur für ein Jahr vergeben werden und für die Projekte eine große

Unsicherheit bedeuten. Sie versuchen daher auch lokale Mittel zu rekrutieren.


Wenn man den Anteil derjenigen messen möchte, die in der dänischen Gesellschaft als Freiwillige arbeiten, dann sind bisher nur die erfasst, die ehrenamtlich einige Stunden arbeiten. Dies sind aktuell ca. 35 % der Gesellschaft. Es ist z.B. üblich und respektiert, dass Jugendleiter in Sportsvereinen, bei den Pfadfindern oder bei der Roten Kreuz Jugend einige Stunden pro Woche mitarbeiten. Aber es ist kaum in Dänemark bekannt, dass es einen einjährigen Freiwilligendienst im Land selbst gibt.

Ein Grund ist sicher, dass Freiwilligendienst von der aktuellen Regierung nicht gewünscht wird, sondern sie die Jugendlichen möglichst umgehend in Ausbildungen bringen möchte. Vor 15 Jahren gab es hier unter veränderten politischen Vorzeichen noch eine ganz andere Tradition. Damals wurde eine »Freie Jugendausbildung« gefördert, die auch Freiwilligendienste als eine Art Ausbildung anerkannten. Dieses Programm war sehr erfolgreich, insbesondere auch für Jugendliche, die auf dem Arbeitsmarkt schwer zu vermitteln waren. Dieses Programm wurde aber sofort von der jetzigen Regierung abgeschafft, als sie vor neun Jahren an die Macht kam. Die Regierung sieht nicht, dass für Jugendliche Engagement, gute Vorbilder, offene Möglichkeiten, Mitbestimmung und Neues zu entdecken wichtig ist. Und sie sieht nicht, dass man auch durch Praxis ausgebildet werden kann. Leider wird es wahrscheinlich demnächst ein Gesetz geben, wonach Jugendliche, die ihre Ausbildung nicht in der vorgesehenen Zeit abschließen, für die letzten Jahre ihres Studiums kein Studiengeld bekommen. Wenn dieses geschieht, werden nur noch wenige Idealisten für Freiwilligenprogramme übrig bleiben.

So ist es nur eine ganz kleine Anzahl dänischer Jugendlicher, die an einem halb- oder ganzjährigen Freiwilligendienst teilnimmt. Von denen bleiben wenige in Dänemark oder Europa, ein größeres Interesse gibt es an Freiwilligendiensten in den Ländern des Südens. Bis jetzt ist es in Skandinavien meistens üblich vor dem Studium einen Freiwilligendienst zu machen, weil die gute Jobsituation nach dem Studium dies nicht

erforderlich macht. Ein größeres Interesse gibt es an kurzzeitigen Freiwilligendiensten. Ca. 35 % nehmen diese Angebote wahr, sehr gerne in exotischen Regionen.

In Dänemark sind die Freiwilligen daran gewöhnt, fachliche, philosophische und politische Grundlagen ihrer Aktivitäten und Dienste selber zu bestimmen. Es gibt eine Tradition, dass der Staat freie soziale Initiativen respektiert und sogar unterstützt, wie z.B. freie Kindergärten, freie Schulen, freie NGOs aller Art. Oft erlebt man, dass diese NGOs mit neuen Zielgruppen neue Methoden entwickeln. Umso engagierter

sind oft die Mitarbeiter in den Organisationen, die Freiwillige in ihren Projekten begleiten und beraten. Oft sind es die nichtstaatlichen Organisationen, die neue Aufgaben aufgreifen, neue Zielgruppen finden und innovative Methoden verwenden. Es kommt auch vor, dass sich eine staatliche Einrichtung an eine nichtstaatliche Organisation wendet und sich über neue Initiativen und Ansätze beraten lässt. Genau in diesen Projekten sind unsere jungen Freiwilligen untergebracht und sie lernen dort für das Leben. 

### **Zivilgesellschaft und Freiwilligentätigkeit in Polen** / Von Grzegorz Grzonka, Direktor, Stiftung Internationaler Bund Polska, Krakau, Polen

#### **»Freiwilligendienste in Europa – Zwischen Staat und Zivilgesellschaft«, Evangelische Akademie zu Berlin, 30.11.-1.12.2010**

Der Begriff »Zivilgesellschaft« ist heutzutage in Polen eine Selbstverständlichkeit. Man kann sich nicht mehr vorstellen, dass es eine Zeit gab, wo eine Zivilgesellschaft nicht möglich war. Ohne eine Reihe von Definitionen zur Zivilgesellschaft zu nennen, kann man auf das Grundelement der Zivilgesellschaft hinweisen, das bürgerschaftliche Engagement im Rahmen von unterschiedlichsten Initiativen von unten, Aktionen, wohlthätigen Spendensammlungen und Freiwilligentätigkeit.

Die Zivilgesellschaft beeinflusst zweifellos das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft durch gut organisierte, starke Nichtregierungsorganisationen, die oft ohne staatliche Hilfe imstande sind, diverse gesellschaftliche Probleme zu lösen, indem sie die Arbeit von Freiwilligen und gesellschaftliches Engagement nutzen. Das entscheidende Wesensmerkmal der Zivilgesellschaft ist das Beachten der Vereinigungsfreiheit. Vor 1989 war diese Freiheit in Polen, aber auch in anderen ostmitteleuropäischen Ländern stark eingeschränkt. Erst nach dem Umbruch durfte man in Polen Organisationen, Verbände und Vereine frei gründen, die dann ihre Interessen vertreten konnten. Die Freiheit hat das bürgerschaftliche Engagement gestärkt und zur Entstehung Tausender von Vereinen, Stiftungen, Verbände und Parteien beigetragen. Von 1989 bis 1994 wurden in Polen über 47000 Organisationen registriert. Mitte 2008 wurde im Vereinsregister 67000 Organisationen genannt.

Die intensive Entwicklung des Dritten Sektors in Polen wurde in den ersten Jahren nach der Wende von ebenso umfangreichem bürgerschaftlichem Engagement begleitet. Leider nahm aber in den folgenden Jahren die Zahl aktiver Mitglieder in Organisationen ab (1999 waren es 24 % und 2008 nur noch 20 % der Bevölkerung). Dies betrifft auch die Freiwilligentätigkeit, die ein wichtiger Faktor der Bürgergesellschaft sein sollte.

Obwohl schon 20 Jahre seit dem Umbruch in Polen vergangen sind, ist der Freiwilligensektor erst im Entstehen. Die Untersuchungen weisen auf die beunruhigende Tendenz hin, dass es leider heute weniger Freiwillige als noch vor einigen Jahren gibt. Bis 2005 nahm die Zahl der Freiwilligen in Polen zu und erreichte in jenem Jahr 23 % der Gesellschaft. Seit 2005 sank diese Zahl leider von Jahr zu Jahr (2007 - 13,2 %, 2008 nur noch 11,3 %).

Freiwilligentätigkeit resultiert in Polen nicht nur allein aus zivilgesellschaftlichem Engagement, sondern hat oft auch wirtschaftliche und strukturelle Gründe. So hat sich die Arbeitsmarktsituation in den Jahren 2005 bis 2008 verbessert und ca. 2 Millionen Polen sind seit Mitte 2004 immigriert. Dies spielt vor allem bei Jugendlichen eine wichtige Rolle. Freiwilligentätigkeit als Möglichkeit, Berufserfahrungen zu sammeln, war in dieser Zeit nicht mehr für die Integration in den Arbeitsmarkt notwendig.

Es werden aber auch andere Gründe für die zurückhaltende Beteiligung vieler Polen beim freiwilligen Engagement genannt: mangelnde Zeit, fehlende Information über Freiwilligendienste,

die Notwendigkeit, sich um die Nächsten zu kümmern und schließlich schlechte Assoziationen noch zur kommunistischen Zeit, wo sogenannte »Freiwilligendienste« oft nicht immer freiwillig waren.

Die Entwicklung des Freiwilligensektor im Jahre 2009 und 2010 lässt aber wieder etwas optimistischer in die Zukunft schauen: im November 2010 erreichte die Zahl der als Freiwillige aktiven Polen wieder 16 %.

Das Europäische Jahr der Freiwilligen 2011 soll die Werte von Freiwilligentätigkeit, ihre Mög-

lichkeiten und Vorteile bei Bürgern und Institutionen bekannter machen. Die Kampagnen, die anlässlich dieses Jahres viele Träger in Europa durchführen, sollen das Bewusstsein schärfen, dass jeder das Recht hat, Freiwilliger zu werden, unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität, politischer Einstellung und Glaube. Es sollten auch die Position der Träger, die im Freiwilligenbereich engagiert sind, gestärkt werden. Letztlich soll das Europäische Jahr der Freiwilligen auch eine gute Gelegenheit sein, um Netzwerke zwischen Trägerorganisationen zu bilden, die insgesamt das Bewusstsein für Freiwilligentätigkeit in Polen stärken. D

### ***Kompetenzerwerb und Kompetenzbilanzierung. Erfahrungen aus dem Programm »Freiwilligendienste machen kompetent« / Von Susanne Rindt, Koordinationsstelle Jugendfreiwilligendienste, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. Berlin\****

**\*(Auszugsweise Wiedergabe der Folien einer Powerpoint-Präsentation)**

#### **Programm »Freiwilligendienste machen kompetent«**

- Programmziele:
  - Erleichterung des Zugangs zum bürgerschaftlichen Engagement und zum informellen Lernen für benachteiligte Jugendliche
  - Verbesserung von Ausbildungs- und Berufschancen durch Kompetenzerwerb im praktischen Einsatz (»Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit«)
  - Neue, zielgruppenadäquate Einsatzformen und -felder
  - Öffnung der Infrastruktur in den FWD für neue Trägerverbände (MO!)
  - Förderung von Integration und Teilhabe
- Geeignete(s) Verfahren der Kompetenzbilanzierung entwickeln, um Kompetenzen sichtbar zu machen
- Zielgruppe: ‚bildungsbenachteiligte‘ Jugendliche: ohne oder mit niedrigem Schulabschluss, Jugendliche mit abgebrochener Ausbildung,

mit besonderem Förderbedarf, mit Migrationshintergrund

- 8 Projekte an 12 Standorten, 2007 bis 2010, [www.fwd-kompetent.de](http://www.fwd-kompetent.de)

\*\*\*\*\*

#### **Verfahrensentwicklung**

- Sondierung von Verfahren aus den Bereichen bürgerschaftliches Engagement und Jugendberufshilfe
- Entscheidung für Kompetenzbilanz aus Freiwilligen-Engagement des DJI
- Eignung der Kompetenzbilanz:
  - macht Stärken sichtbar, Subjektorientierung, keine Leistungsmessung und Anforderungsorientierung
  - Identifizierung und Beschreibung unterschiedlicher Lernorte und Lernerfahrungen (Einbeziehung aller Lebensbereiche)
  - erfordert und fördert aktive Beteiligung der Freiwilligen (Selbsteinschätzung, Dialog)
  - Transparenz
- Weiterentwicklung des Verfahrens für Zielgruppe und für Kontext FSJ/FÖJ: ISS-Projektbüro, Evaluation, Projekte;
- Praxisleitfaden

\*\*\*\*\*

## Verfahrensablauf(1)

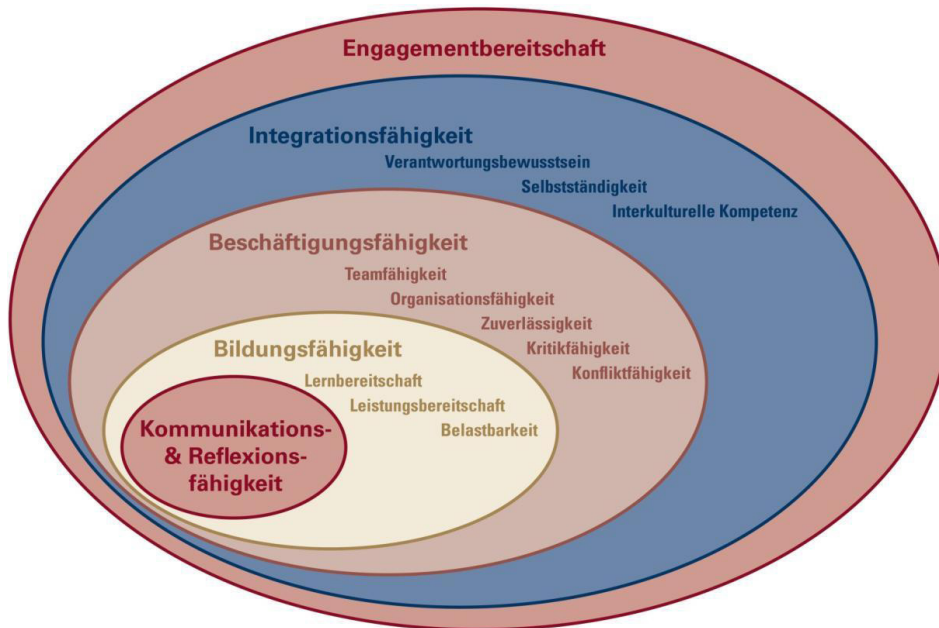
**Grundprinzip:** Abfolge wiederholter Selbst- und Fremdeinschätzungen (SE und FE) anhand von Fragebögen mit jeweils folgenden Bilanzierungsgesprächen

	Schritte und Ziele	Umsetzung
<b>Privater / informeller Bereich</b>	1. KENNENLERNEN UND INFORMIEREN – Was erwartet mich bei der Kompetenzbilanz?	Besprechen von Vorerfahrungen der/des Jugendlichen und Informieren über die Kompetenzbilanz
	2. KLÄREN – Was sind Kompetenzen?	Thematisieren von Kompetenzen im Seminar
	3. ERKENNEN UND BESCHREIBEN – Was habe ich gemacht?	Erkennen eigener Lebenssituationen als Lernorte (Familie, Freunde, Freizeit etc.) – dortige Lernerfahrungen beschreiben
	4. BEOBACHTEN UND EINSCHÄTZEN – Was kann ich?	Selbsteinschätzung (SE) und Fremdeinschätzung (FE) für den privaten Bereich, Auswertungsgespräch (FE durch den Pädagogen/ die Pädagogin bzw. andere Teilnehmende)

## Verfahrensablauf (2)

	Schritte und Ziele	Umsetzung
<b>Bereich der Arbeitswelt</b>	5. ERKENNEN UND BESCHREIBEN – Was brauche ich in der Arbeitswelt?	Thematisieren beruflicher Anforderungen im Seminar
	6. BEOBACHTEN UND EINSCHÄTZEN – Was kann ich im Einsatz?	Selbst- und Fremdeinschätzung bezogen auf den freiwilligen Einsatz, Auswertungsgespräch (FE durch den/die Anleiter/in oder eine andere Vertrauensperson in der Einsatzstelle)
	7. ORIENTIEREN – Was will ich verändern?	Ziele vereinbaren, Tätigkeiten darauf abstimmen
	8. EINSCHÄTZEN UND BILANZIEREN – Wo stehe ich am Ende des Freiwilligendienstes?	Wiederholte SE und FE bezogen auf den Einsatz, Endauswertung im Abschlussgespräch, gemeinsame Auswahl von Schlüsselkompetenzen für den Nachweis
	9. DOKUMENTIEREN – Der Kompetenznachweis	Erstellung des Kompetenznachweises

## Berücksichtigte Kompetenzdimensionen



## Fragebogen zur Selbsteinschätzung

Kompetenz	Was bedeutet das?	Einschätzung*			
		selten	manchmal	oft	meistens
1 Teamfähigkeit	<b>Gern im Team arbeiten</b> Ich arbeite gern mit anderen Menschen zusammen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	<b>Mit unterschiedlichen Menschen auskommen</b> Ich kann mich auf unterschiedliche Menschen einstellen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	<b>Gemeinsame Planungen machen</b> Ich kann etwas gemeinsam mit anderen planen und mich zur Verteilung der Aufgaben mit ihnen absprechen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	<b>Sich anpassen können</b> Ich füge mich leicht in eine Gruppe ein und nehme auf andere Rücksicht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	<b>Hilfsbereitschaft</b> Ich springe für andere ein und unterstütze sie bei Problemen oder beim Lösen ihrer Aufgaben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
2 Organisationsfähigkeit	<b>Aufgaben und Arbeitsabläufe planen</b> Bevor ich eine Arbeit beginne, denke ich über die Aufgabenstellung nach und unterteile sie in einzelne, überschaubare Schritte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	<b>Wichtiges erkennen und Prioritäten setzen</b> Ich erkenne, was das Wesentliche an einer Aufgabe ist und kann entscheiden, was als nächstes getan werden muss.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	<b>Flexibel sein</b> Wenn sich die Situation verändert oder ich neue Informationen bekomme, kann ich mich darauf einstellen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

\* Erläuterung zur Einschätzung: Setze ein Kreuz in dem Kästchen, das auf Dich am ehesten zutrifft.



Die Aussage trifft selten auf mich zu.



Die Aussage trifft manchmal auf mich zu.



Die Aussage trifft oft auf mich zu.



Die Aussage trifft meistens auf mich zu.



Einschätzung*			
selten	manchmal	oft	meistens

## Fragebogen zur Fremdeinschätzung

Ziel-dimension	Kompetenz	Was bedeutet das?	Einschätzung*			
			selten	manchmal	oft	meistens
Beschäftigungsfähigkeit	1 Teamfähigkeit	<b>Gern im Team arbeiten</b> Er/Sie arbeitet gern mit anderen Menschen zusammen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
		<b>Mit unterschiedlichen Menschen auskommen</b> Er/Sie kann sich auf unterschiedliche Menschen einstellen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
		<b>Gemeinsame Planungen machen</b> Er/Sie kann etwas gemeinsam mit anderen planen und sich zur Verteilung der Aufgaben mit ihnen absprechen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
		<b>Sich anpassen können</b> Er/Sie fügt sich leicht in eine Gruppe ein und nimmt auf andere Rücksicht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
		<b>Hilfsbereitschaft</b> Er/Sie springt für andere ein und unterstützt sie bei Problemen oder beim Lösen ihrer Aufgaben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	2 Organisationsfähigkeit	<b>Aufgaben und Arbeitsabläufe planen</b> Bevor er/sie eine Arbeit beginnt, denkt er/sie über die Aufgabenstellung nach und unterteilt sie in einzelne, überschaubare Schritte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
		<b>Wichtiges erkennen und Prioritäten setzen</b> Er/Sie erkennt, was das Wesentliche an einer Aufgabe ist und kann entscheiden, was als nächstes getan werden muss.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
		<b>Flexibel sein</b> Wenn sich die Situation verändert oder er/sie neue Informationen bekommt, kann er/sie sich darauf einstellen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

\* Erläuterung zur Einschätzung: Setzen Sie ein Kreuz in dem Kästchen, das auf den Freiwilligen/die Freiwillige am ehesten zutrifft.

<input type="checkbox"/> selten	Die Aussage trifft selten auf ihn/sie zu.	<input type="checkbox"/> oft	Die Aussage trifft oft auf ihn/sie zu.
<input type="checkbox"/> manchmal	Die Aussage trifft manchmal auf ihn/sie zu.	<input type="checkbox"/> meistens	Die Aussage trifft meistens auf ihn/sie zu.

Einschätzung*			
selten	manchmal	oft	meistens

**Bedeutung des Auswertungsgesprächs**

- Dialog als »Herzstück« des Verfahrens
- Grundlage der Reflexion
  
- Ziel: Vergleich der Einschätzungen der Selbst- und Fremdeinschätzung
  
- Wichtig:
  - Einschätzungen sind nicht objektive Bewertungen, sondern spiegeln subjektive Wahrnehmungen in einem bestimmtem Lebensabschnitt und in bestimmten Situationen wider
  - Keine Bewertung, Freiwillige müssen keine Erwartungen erfüllen > kein »Einigungs-zwang«
  - sensibles Vorgehen, damit die Jugendlichen zur Selbstreflexion angeregt werden
  - Begründung der Einschätzung anhand von Situationen und Beispielen
  - im Dialog Austausch über die unterschiedlichen Wahrnehmungen ermöglichen
  - Ausreichend Zeit, angenehme Atmosphäre, Wertschätzung

\*\*\*\*\*

**Der Kompetenznachweis – Elemente**

- Angaben zur Person
- Art und Dauer des Engagements
- Organisationsbeschreibung des Trägers und der Einsatzstelle
- Tätigkeitsbeschreibung
- Darstellung besonderer Schlüsselkompetenzen (3-4), mit Beispielen belegt
- Aufführung von Fortbildungen oder Qualifizierungen
- Hinweis auf Verzicht codierter Zeugnisprache
- Unterschrift von je einem Vertreter des Trägers und der Einsatzstelle

- Hinweis auf die Bedeutung des freiwilligen Engagements und auf die Beteiligung der Jugendlichen bei der Nachweiserstellung

\*\*\*\*\*

(..)

**Erstellungsprozess Kompetenznachweis**

- Grundlage: gesamter Bilanzierungsprozess während des Freiwilligenjahres
- Tätigkeitsbeschreibung durch die Einsatzstelle
- Gemeinsame Kompetenzauswahl – Beteiligung von Träger, Einsatzstelle und Freiwilliger/m
- Anhaltspunkte für die Auswahl der Kompetenzen:
  - 3 bis 4 Schlüsselkompetenzen, die besondere Stärken abbilden
  - möglichst aus unterschiedlichen Kompetenzbereichen (personale, soziale, methodische, fachliche Kompetenzen)
  - u.U. abgestimmt auf angestrebtes Nahziel (z.B. Ausbildung etc.)
  - ungeeignet: Basiskompetenzen, die im Berufsleben als selbstverständlich angesehen werden
  - plastische Darstellung durch Verwendung von Beispielen
- Endabstimmung zwischen Träger und Einsatzstelle

\*\*\*\*\*

**Qualitätsaspekte für den Kompetenznachweis**

- Persönliche Anerkennung
  - Feedback; Partizipation des/der Freiwilligen
  - Kein Standardtext
  - Sorgfältige, schöne Gestaltung
  - Übergabe in einem würdigen Rahmen

- Nutzen des Nachweises
  - anschauliche Tätigkeitsbeschreibung
  - Knappe und klare Form
  - Wohlwollend und positiv, aber realistisch
  - Sprechfähigkeit der/des Jugendlichen über den Nachweis
  - Erwartungen potenzieller Ausbilder und Arbeitgeber berücksichtigen > entsprechende Evaluation steht noch aus

\*\*\*\*\*

### **Einbindung der Einsatzstelle in Kompetenzbilanzierung**

- Kontext FSJ/FÖJ Inland!
- Zentrale Herausforderung
- Chancen für ESt: differenziertes Feedback, Einsatzplanung
- Wichtig: Einsatzstellen vorbereiten und im Prozess unterstützen
- Abstimmungsbedarf zwischen Träger und Einsatzstelle, z.B.
  - Fremdeinschätzung: wie häufig und zu welchen Zeitpunkten?
  - Gemeinsam Abschlussauswertung gegen Ende des FWD
  - Erstellung des Kompetenznachweises
- Worauf besonders achten?
  - zeitlicher Aufwand
  - Vertrauensperson
  - evtl. Überforderung (z.B. bei Anleiter/innen mit Migrationshintergrund)

### **Wozu Kompetenzen erfassen? (Zertifizierungsdebatte)**

- Kritik: Standardisierung, Formalisierung, Instrumentalisierung von offenen Bildungsprozessen und informellem Lernen; Ausrichtung an Erfordernissen des Arbeitsmarktes (Beschäftigungsfähigkeit)
- Grundanliegen der Kompetenzbilanz: Kompetenzen sichtbar machen, Prozesse der Persönlichkeitsentwicklung und Selbstreflexion unterstützen, Wertschätzung ausdrücken; keine starre Zertifizierung oder Leistungsbewertung
- Qualität entwickeln:
  - Pädagogische Prinzipien: Stärkenprinzip, Freiwilligkeit, Partizipation, Transparenz, Lebens- und Arbeitsweltbezug, Managing Diversity
  - Umsetzung und Prozess: Fokus auf Dialog und Reflexion, Feedback, Weg als Ziel betonen, geschultes Personal D

**Sieben Thesen zum Thema »Christliche Profile im Freiwilligendienst« / Von Oberkirchenrat Dr. Eberhard Martin Pausch, Kirchenamt der Ev. Kirche in Deutschland**

1. Nicht jeder Freiwilligendienst ist an sich selbst schon gut. Das Wort »Freiwilligendienst« bezeichnet nämlich bloß eine formale Struktur. Was einen solchen Dienst im ethisch-moralischen<sup>1</sup> Sinne »gut« macht, ist einerseits die **Motivation**, die ihn trägt, sind andererseits aber die **Inhalte**, für die er einsteht. Mit der Motivation meine ich nicht im Sinne Immanuel Kants den sog. »guten Willen«, also eine wiederum bloß formale Übereinstimmung mit einem allgemeinen Sittengesetz, sondern konkret den christlichen Glauben als den Motor und Impulsgeber für »gute Werke« der Christenmenschen, ganz im Sinne des Lutherischen »Sermon[s] von den guten Werken«. Bei den Inhalten, die einen (guten) Freiwilligendienst charakterisieren, kann man an die drei Dimensionen des »Konziliaren Prozess« denken. Das Engagement in diesen drei Dimensionen, also der **Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung** zusammen mit einer es ermöglichenden christlichen (speziell evangelischen) Gesinnung sind substantziell genau das, was einen evangelischen Freiwilligendienst »gut« macht.<sup>2</sup>

2. Evangelische Freiwilligendienste sollten grundsätzlich **kirchlich und gemeindlich** geerdet sein. D.h., sie brauchen in ihrer Praxis nach Möglichkeit einen klaren Gemeinde- und/oder Kirchenbezug. Sie sollten zum Beispiel auf Deutschen Evangelischen Kirchentagen (oder auch auf Ökumenischen Kirchentagen) oder anderen kirchlichen Foren öffentlichkeitswirksam präsent sein. Es sollte in Gemeinden Entsendungsgottesdienste, aber auch Aufnahmegottesdienste geben, die einen Freiwilligendienst liturgisch »rahmen«. Ferner ist eine seelsorgliche Begleitung durch die Kirche wünschenswert. Pfarrer und Pfarrerinnen, aber auch andere kirchliche Mitarbeitende sollten aufmerksam und offen sein für die seelsorglichen Bedarfe von evangelischen Freiwilligen. Insgesamt muss deutlich sein: Evangelische Freiwilligendienste dürfen keine »Sonderwelt« innerhalb der Kirche, keinen »Staat im Staate« bilden. Sie müssen vielmehr ein integraler, wichtiger, ja unverzichtbarer Bestandteil des kirchlichen Lebens sein. Sie sind in ihrem Wesen kontingente Ausdrucksformen der von Luther einst charakterisierten »Freiheit eines Christenmenschen«.

3. Es gibt im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) eine **natürliche Vielfalt**, nämlich historisch gewachsene und sachlich berechnete Pluralität evangelischer Freiwilligen-

dienste. Die Unterschiede der einzelnen Dienste sind dabei zu beachten. Die einen Freiwilligendienste wirken im Ausland, die anderen im Inland. Die einen setzen sich für die Bewahrung der Schöpfung, andere für ein soziales Miteinander und für Gerechtigkeit, wieder andere für Frieden und Versöhnung ein. Es gibt Dienste mit sozialem, mit missionarischem und mit friedensethischem Profil. Sie alle haben ihren Ort und ihr Recht im »Konzert« der Evangelischen Freiwilligendienste, und die meisten von Ihnen spielen vorzüglich darin mit. Trotz dieser Vielfalt und Pluralität gibt es allerdings doch mehr **sachliche Gemeinsamkeiten** evangelischer Freiwilligendienste, als dies auf den ersten Blick wirken mag. Vielleicht haben sie sogar **ein gemeinsames, christliches (evangelisches) Profil**. Es gibt jedenfalls viele gemeinsame Ziele, Bedarfe, Wünsche und Interessen. Und es lohnt sich, sich für diese einzusetzen. Betont werden sollten somit nicht so sehr die Unterschiede, sondern vielmehr die Gemeinsamkeiten der Dienste. Und es sollte es nach Möglichkeit keine Konkurrenz zwischen den Diensten geben. An die Stelle der Konkurrenz muss Kooperation treten. Doppelarbeit ist problematisch und durch gegenseitige Entlastung zu ersetzen.

4. Evangelische Freiwilligendienste sollten **möglichst wenig bürokratisch** strukturiert sein. Sie brauchen einfache, plausible, anschlussfähige Strukturen. Zu vermeiden sind nach Möglichkeit »**Verrechtlichungstendenzen**«<sup>3</sup>. Freiwilligendienste sollten nicht systemisch, sondern lebensweltlich organisiert sein, statt formaler Verrechtlichung und Fixierung brauchen sie »**Verliebung**« und **Flexibilisierung**. Je weniger Formulare und Genehmigungsinstanzen solche Dienste benötigen, desto besser und desto evangelischer sind sie. Je mehr persönliche Begleitung und Zuwendung stattfindet, desto besser und evangelischer sind sie.

5. Dem entspricht der Gedanke: In den evangelischen Freiwilligendiensten muss **Freiheit ein zentrales Moment** sein. Jede staatliche oder kirchliche Überreglementierung wäre gleichsam der »Tod im Topfe«. Wo Freiwilligendienst draufsteht, muss grundsätzlich Freiheit drin und auch täglich erfahrbar sein. Dies gilt für die Freiwilligen selbst, aber auch für die Träger und die Einsatzstellen. Es gilt aber auch für die evangelische Kirche (die sich gemäß dem Impulspapier von 2006 ja als »Kirche der Freiheit« versteht) und für

die gesellschaftliche Umwelt, in der die Dienste wirken und die vom Geist der Freiheit dieser Dienste heilsam angesteckt werden kann.

6. Evangelische Freiwilligendienste haben einen grundsätzlich **ökumenischen Charakter** und sind offen für **interreligiöse Zusammenarbeit**. Der ökumenische Charakter ergibt sich schon aus dem Bezug auf die drei Dimensionen des Konziliaren Prozesses; dieser war von seinen Anfängen her ja eine ökumenische Angelegenheit. Es ist aber nicht nur möglich, sondern auch sinnvoll und notwendig, eine Zusammenarbeit mit katholischen, freikirchlichen, orthodoxen Freiwilligendiensten anzustreben. Ebenso auch – wo diese vorhanden sind – mit jüdischen oder islamischen Freiwilligendiensten. Es ist wohl wahr, dass es relativ gesehen weniger jüdische und islamische Freiwilligendienste als Freiwilligendienste christlichen Ursprungs gibt. Aber einige sind ja vorhanden.<sup>4</sup> Mit diesen sollte man Kontakte pflegen. So ist es etwa denkbar, Holocaust-Gedenkstätten in der interreligiösen Kooperation von Freiwilligendiensten zu pflegen oder gemeinsam einen Friedenseinsatz zu planen und durchzuführen. Es könnte sein, dass in derartigen Kooperationen große Chancen liegen.

7. Viele evangelische Freiwilligendienste sind **tief in der Zivilgesellschaft verwurzelt** und halten deshalb Verbindung zu zivilgesellschaftlichen und säkularen Gruppen und Initiativen – sofern diese sich im ganz und gar irdischen Sinn für

Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einsetzen. Eine solche Zusammenarbeit, wie sie etwa im »Konsortium Ziviler Friedensdienst« seit mehr als zehn Jahren erfolgreich und kontinuierlich praktiziert wird, stellt eine große Bereicherung und Chance dar. Dabei ist allerdings damit zu rechnen, dass **in säkularen Kontexten andere Semantiken** verwendet werden. So wird dort vermutlich nicht so sehr von »Bewahrung der Schöpfung«, sondern eher von »Umwelt- und Klimaschutz« die Rede sein. Die inhaltlichen Ziele können dabei jedoch identisch sein. Deshalb ist grundsätzlich ein gemeinsames Handeln möglich. So kann das speziell christliche Profil der kirchlichen Freiwilligendienste in der Zivilgesellschaft deutlich werden.

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Nicht im qualitativen Sinne. Das ist noch einmal eine andere Perspektive. Allerdings kann man wohl sagen, dass evangelische Freiwilligendienste auch ein intrinsisches Verhältnis zur Qualität haben.

<sup>2</sup> Im Umkehrschluss muss man dann konzedieren, dass selbstverständlich Freiwilligendienste existieren können, die eben (im moralischen Sinne) »nicht gut« sind, etwa Räuberbanden oder Terroristengruppen. Denn rein formal gesehen kann man zum Beispiel Al Kaida als einen großen, modernen internationalen Freiwilligendienst verstehen. Es dürfte indes von selbst einleuchten, dass ein solcher »Freiwilligendienst« aus christlicher Perspektive nicht gut genannt werden kann.

<sup>3</sup> Der Terminus ist in dem Sinne gebraucht, in dem ihn Jürgen Habermas in »Die Theorie des kommunikativen Handelns« (1. Aufl. Frankfurt am Main 1981) eingeführt hatte.

<sup>4</sup> Vgl. etwa: <http://www.britolam.org>.



**Freiwilligendienste in europäischer Perspektive** / Von Patrick Roger Schnabel,  
Stellv. Leiter des EKD-Büros Brüssel

Ich bin gebeten worden, in einem kurzen Impuls darzustellen, wie unser heutiges Thema »in Brüssel« gesehen wird und wie die Kirche als »nicht-staatlicher Akteur« auf europäischem Parkett für unser Konzept von freiwilligem Engagement und konkret Freiwilligendienst wirbt. Ich will eine kurze Einführung in Art und Selbstverständnis unserer Arbeit vorwegschicken:

Das EKD-Büro Brüssel ist kein Lobbybüro. Es wurde vor 20 Jahren als Verbindungsstelle des Bevollmächtigten des Rates der EKD bei den EU-Institutionen gegründet und erfüllt heute vier wesentliche Aufgaben: Zunächst nimmt es auf europäischer Ebene den kirchlichen Öffentlichkeitsauftrag wahr, indem es die dortigen rechtlichen und politischen Entwicklungen unter den Gesichtspunkten insbesondere von »Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung« in den Blick nimmt und durch Stellungnahmen und Gespräche mit EU-Beamten und Parlamentariern versucht, Bewusstsein für die nicht ökonomischen und ökonomisierbaren Grundlagen menschlichen Seins und Zusammenlebens zu schaffen sowie Anregungen für deren konkrete Umsetzung in den Handlungsfeldern der EU zu geben. Dabei ist das Büro auch ein Frühwarnsystem für mögliche Beeinträchtigungen des deutschen Kirchen- und Staatskirchenrechts durch Legislativakte der Europäischen Union. Darüber hinaus nimmt das Büro eine repräsentative Funktion wahr. Das umfasst auch Ideen- und Kulturbotschafter des deutschen Protestantismus zu sein. Regelmäßige Veranstaltungen, wie vor kurzem zum Melanchthon-Jahr, gehören dazu; ein konkreter Bezug zu geplanten oder wünschenswerten Legislativakten ist dabei keine Voraussetzung. Und da das alles keine Einbahnstraße ist, trägt die Brüsseler Dienststelle des Bevollmächtigten schließlich auch Informationen und Einschätzungen über das, was in Brüssel und Straßburg passiert, in die EKD, ihre Gliedkirchen, Werke und Verbände hinein: durch regelmäßige interne Berichterstattung, durch einen dreimonatlich erscheinenden öffentlichen Newsletter und durch Vorträge wie diesen bei Akademien, in Kirchenkreisen, auf Konferenzen in Deutschland und gelegentlich in anderen EU-Staaten.

Dabei verstehen wir unsere Rolle in beiden Richtungen als die eines Werbenden: In Brüssel für die Inhalte kirchlicher Arbeit und die Bedingungen kirchlichen Handelns, in Deutschland für den manchmal zähen, aber doch alternativlosen Pro-

zess europäischer Integration, der »Europa zu seinem Glück vereint«, indem er Grenzen überwindet, Versöhnung ermöglicht und Völker verbindet, dadurch Frieden schafft und erhält, Wohlstand fördert, Solidarität abverlangt (und gibt!). Alternativlos nicht zuletzt aber auch, weil er dazu beiträgt, dass die Menschen in Europa in Zeiten der Globalisierung mit erstarkenden, konkurrierenden wirtschaftlichen und politischen Akteuren eine bleibend einflussreiche Vertretung ihrer Werte und Interessen behalten.

Wir tun das – natürlich – aus der Sicht der Evangelischen Kirche in Deutschland. Und erst auf dem europäischen Parkett merkt man wirklich, wie spezifisch diese Sicht sein kann. Und damit leite ich schon über zu der Frage, wie man denn in Europa für unser Verständnis von Freiwilligendiensten werben kann. Wenn ich von »unserem Verständnis« im Sinne dieser Tagung spreche, dann sind zwei Elemente dafür wichtig, die wir uns vielleicht selten im Wege der Selbstvergewisserung vor Augen führen: Zum einen geht es um das spezifisch evangelische Verständnis von freiwilligem Dienst – wir werden darüber gleich noch diskutieren, wenn wir unsere Thesen formulieren. Zum anderen geht es aber immer auch um ein »deutsches« Verständnis solchen Engagements, das ganz wesentlich von den gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik geprägt ist.

Für uns als »Vorposten« in Brüssel ist diese Selbstvergewisserung ein zentraler Bestandteil unserer Arbeit, weil wir – anders als sie hier zu Hause – ein Verständnis beider Wesensmerkmale unserer Dienste bei unseren Gesprächspartnern nicht voraussetzen können, oft nicht einmal eine Grundkenntnis darüber. Der Protestantismus ist in Europa eine Minderheitenreligion, der in der EU der 27 Mitgliedstaaten kaum über 10 Prozent der Bevölkerung angehören. Das Subsidiaritätsprinzip von dem fast alles freiwillige Engagement und auch die konkreten Freiwilligendienste leben, ist als gesellschaftlich-rechtliches Strukturprinzip in dieser Form außerhalb Deutschlands weitestgehend unbekannt. Zwar gibt es überall aktive Bürgergesellschaften, aber doch in sehr unterschiedlicher Form, geprägt durch die jeweiligen Rahmenbedingungen ihres Handelns. Wenn wir also für das »werben« wollen, von dessen Richtigkeit wir ja nicht nur zu Hause, sondern auch in Europa überzeugt sind, müssen wir zunächst einmal Übersetzungsarbeit leisten.

Zunächst müssen wir das, was die religiöse Prägung unserer Anliegen ausmacht, in die Sprache von Recht und Politik übersetzen – und zwar in einem Kontext, der stark säkular-laizistisch geprägt ist. Während der kirchliche Binnendiskurs gelegentlich Gefahr läuft, den Begriff des »Dienstes« theologisch zu überhöhen, läuft diese Übersetzungsarbeit gelegentlich Gefahr, ihn im Sinne der Dienstleistung der Selbstsäkularisierung preiszugeben. Beides schadet der Sache. Eine theologische Überhöhung nimmt die sozialen Realitäten nicht wahr, in denen junge Menschen ihren Freiwilligendienst leisten. Dabei geht es natürlich auch oft – und nicht illegitimer Weise – darum, nach der Schule einmal eine Auszeit zu nehmen, die Luft der großen, weiten Welt zu schnuppern, Sprachen und soft-skills zu erwerben sowie und einen attraktiven Eintrag im Lebenslauf aufweisen zu können. Eine Selbstsäkularisierung verkennt, dass die Motivation des Großteils der jungen Freiwilligen und ganz gewiss der entscheidenden und aufnehmenden Organisationen eben eine religiöse, eine christliche, ja eine evangelische ist. Erfreulicherweise gibt es Begriffe (wie der Zentralbegriff »Evangelium«) die man nicht übersetzen, sondern nur voraussetzen und erklären kann und die immer wieder an die eigene Grundlegung erinnern. Theologische Überhöhung und Selbstsäkularisierung: In diesem Spannungsfeld müssen wir also erklären, 1.) was solche Dienste der Gesellschaft bringen, 2.) was sie den jungen Menschen bringen, 3.) wo der europäische Mehrwert liegt, der eine Voraussetzung für die Förderung ist und 4.) wie die Ausgestaltung dieser Dienste aussehen sollte, um aus unserer Sicht gesellschaftsförderlich und persönlichkeitsfördernd zu sein.

Das »wie« der Erbringung solcher Dienste hängt in Deutschland am Subsidiaritätsprinzip, das in dieser Form europaweit wirklich seines Gleichen sucht. Denn das Prinzip ist bei uns ja nicht auf Freiwilligendienste beschränkt. Dass die »freien Träger«, christliche und weltliche Assoziationen der Zivilgesellschaft, bei uns Vorrang vor staatlichen Stellen haben, wenn es um die Erbringung von sozialen Diensten geht, ist etwa einem Franzosen nur sehr schwer verständlich zu machen. Denn in Staaten mit einem etatistischen Ansatz im Verhältnis von Staat und Gesellschaft, also einem Selbstverständnis, das ihm einen recht umfassenden und oft exklusiven Fürsorgeauftrag gegenüber dem Bürger zuspricht, erbringen die wenigen wirklich leistungsstarken zivilgesellschaftlichen Organisationen eben nicht die grundlegenden Dienste, sondern allenfalls ein Extra, indem sie sich etwa um diejenigen kümmern, die

durch das Netz öffentlicher Versorgung fallen. In anderen Staaten, etwa im angelsächsischen Raum, gibt es zwar starke Zivilgesellschaften mit entsprechenden Organisationen, aber hier wäre es – über Steuervergünstigungen für Gemeinnützigkeit hinaus – ziemlich undenkbar, dass der Staat über die Sozialversicherungen und über Steuermittel einen wesentlichen Anteil an ihrer Finanzierung übernimmt. Es ist ein – auch aus historischer Erfahrung gewachsenes – Kennzeichen der Bundesrepublik, dass sie sich als Sozialstaat in der Verantwortung für die Gewährleistung solcher Dienste weiß, aber eben nicht in der Verantwortung ihrer Erbringung steht, sondern durch die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen den Freiraum schafft, dass die Gesellschaft diese Dienste im Spiegel ihrer eigenen Pluralität vielgestaltig selbst erbringen kann. Das ist ein enormer Freiheitsgewinn, denn der Staat wird nicht zum Anbieter, sondern zum Ermöglicher. Er ist ein Staat, der bürgerliche Freiheiten nicht nur gewährt, sondern durch aktive Stützung bürgerlichen Handelns gewährleistet. Dass das bei uns so gut funktioniert, zeigt, dass die Bürger durchaus bereit sind, so frei gehaltene Räume durch ihr Engagement sinnvoll zu füllen. Es ist ein gutes System, für das man guten Gewissens werben kann, und das Modellcharakter hat. Aber es ist, das muss man sich vor Augen halten, auch unter demokratischen Rechtsstaaten eben nur ein mögliches System, das in dieser Form in der EU wenig Parallelen hat.

Wir sehen unsere Aufgabe daher weniger darin, für dieses System in dem Sinne zu werben, dass wir es exportieren wollen. Natürlich hoffen wir darauf, dass es im Sinne des peer-learning und des Austausches von best-practise auch neue Freunde findet. Aber unser primäres Ziel ist das der Bestandserhaltung. Denn vor dem Hintergrund, dass die EU – was wir sehr begrüßen – das Thema für sich entdeckt hat, wird sie auch selbst zu einem wichtigen Ansprechpartner. Ich denke dabei an den Europäischen Freiwilligendienst selbst, aber auch etwa an das Europäische Jahr 2011 als Jahr der Freiwilligentätigkeit im weiteren Sinn. Wenn wir von den EU-Institutionen sprechen, sprechen wir konkret von Beamten aus 27 Mitgliedstaaten, von denen die überragende Mehrheit nicht evangelisch und nicht deutsch ist. Denen gilt es zu erklären, warum unsere Werke und Verbände Träger – als Entsende- wie Aufnahmeorganisationen – sein wollen, warum sie gute Träger sind, und warum es für uns entscheidend ist, dass wir nicht nur die Logistik stellen, sondern auch die Inhalte wesentlich mitbestimmen. Da muss man erklären, dass es auch einer

säkularen hoheitlichen Gewalt wie der EU möglich ist, religiös geprägten Einrichtungen für diese Zwecke Mittel zur Verfügung zu stellen. Da muss man erklären, dass jede dieser Organisationen nicht nur einen Platz anbietet, sondern ausgehend von ihrem Menschenbild und ihrem Selbstverständnis mit den jungen Menschen arbeiten und die Erfahrungen und Erlebnisse reflektieren und für ihre Entwicklung – selbstbestimmt, aber begleitet – fruchtbar machen will.

Als EKD-Büro ist unsere Aufgabe dabei, die Grundlagen für das Verständnis der kirchlichen und verbandlichen Arbeit zu schaffen. Die Dienste haben ihren eigenen europäischen Vertretungen, um konkrete Projekte, Fördermaßnahmen etc. zu behandeln. Wir flankieren ihr Engagement mit unserer Arbeit und sind auch immer gern bereit, gemeinsam an der Bewusstseinsbildung für das spezifische unserer Freiwilligendienste zu werben, etwa durch gemeinsame Diskussionsveranstaltungen. Vielleicht ergibt sich dafür im Europäischen Jahr 2011 die eine oder andere Gelegenheit. Jedenfalls sind wir überzeugt, dass manchen Tendenzen, die sich ja im Übrigen nicht nur auf die EU-Institutionen beschränken, sondern auch in Deutschland zunehmen, gewehrt werden muss: Nimmt man Subsidiarität ernst, gilt eben nicht, dass wer zahlt, auch bestimmt. Wir brauchen, auch auf der EU-Ebene, einen ermöglichenden

den Staat, der Freiheitsräume für Bürger offen hält, die diese füllen können. Staatliche Gelder sind eben öffentliche Gelder, Mittel der Bürger, die der Staat diesen aufgrund gesellschaftlichen Konsenses zweckgebunden zurück gibt. Und nimmt man Pluralität ernst, kann und soll dieser Freiheitsraum sehr unterschiedlich gefüllt werden. Als evangelische Kirchen haben wir den Willen und die Kraft, einen wahrnehmbaren Beitrag dazu zu leisten.

Ich will mit einem positiven Ausblick schließen. Ich bin überzeugt, dass die Europäische Union auch bereit ist, diesen Beitrag in seiner Spezifität anzunehmen und zu fördern. Heute genau vor einem Jahr trat der Vertrag von Lissabon in Kraft, der erstmals einen »offen, transparenten und regelmäßigen Dialog« mit den Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften rechtsverbindlich vorsieht (Art. 17 III AEUV). Dieser Dialog wurde schon zwanzig Jahre lang informell geführt – das EKD-Büro war und ist daran intensiv beteiligt. Wir werden den Dialog auch weiterhin nutzen, für die Bedingungen zu werben, die wir für richtig und notwendig halten, damit Europa das Engagement bekommt, dass es verdient und die Bürger das Europa bekommen, das sie verdienen.

Vielen Dank!



### ***Paradigmenwechsel: Neue Interessen an und mit Freiwilligendiensten / Von Jan Gildemeister, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)***

Die Landschaft **internationaler Freiwilligendienste** hat sich in den letzten 15 Jahren radikal verändert. Bis dahin gab es etliche zivilgesellschaftliche Träger, die unter schwierigen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen kleine profilierte Programme für relativ wenige vorwiegend junge Menschen durchführten.

Mitte der 1990er Jahre gaben Träger wesentliche Impulse für den Europäischen Freiwilligendienst. 2008 floss ihr Knowhow in das Förderprogramm »weltwärts« für den entwicklungspolitischen Freiwilligendienst ein. Ein Jahr später folgte »kulturweit« vom Auswärtigen Amt, das sich von Expert/innen von Trägern beraten ließ und zudem die inhaltlich verantwortlichen Mitarbeitenden »aus der Szene einkaufte«. In diesem Jahr schließlich wird das neue Förderprogramm »Internationaler Jugendfreiwilligendienst« des Bun-

desfamilienministeriums aufgebaut. Dies geschieht bisher in enger Abstimmung mit Vertreter/innen von Trägern und ihren Verbänden.

Innerhalb weniger Jahre haben also staatliche Institutionen Internationale Freiwilligendienste »entdeckt«, stellen Fördermittel zur Verfügung. Die Zahl der Freiwilligen hat sich vervielfacht. Auch neue Träger sind auf den Markt gekommen, wie der staatliche Deutsche Entwicklungsdienst.

In die Landschaft nationaler Freiwilligendienste kam ab 2001 neue Bewegung, als unter der rot-grünen Bundesregierung erstmals ernsthaft über die Aussetzung der Wehrpflicht nachgedacht wurde. Die vom Bundestag eingerichtete Enquete-Kommission regte das erste Modellprogramm für generationsoffene Freiwilligendienste an, es folgte die Zusammenführung von FSJ und FÖJ im



Jugendfreiwilligendienstegesetz, das Bundesfamilienministerium fördert relativ neu ein FSJ mit gleichzeitiger Berufsausbildung. Und ab 2011 soll nun die Bundesförderung des FSJ erheblich ausgeweitet und ein Bundesfreiwilligendienst aufgebaut werden.


Unser Eindruck ist, dass die verstärkte Förderung durch EU und Bundesregierung mit dem Bestreben einher geht, durch die Freiwilligendienste vermehrt und direkter politische Ziele umzusetzen wie beispielsweise

- die Akzeptanz europäischer Institutionen bei jungen Menschen zu erhöhen,
- Nachwuchs für die entwicklungspolitische Szene zu rekrutieren und größeres Interesse an Entwicklungspolitik zu wecken,
- die Sozialsysteme abzusichern,
- benachteiligte junge Menschen besser beruflich und sozial zu integrieren.

Gleichzeitig wird ein Freiwilligendienst für viele junge Menschen unter Karriere Gesichtspunkten (noch) interessanter.

Vor diesem Hintergrund wollen wir in dem Workshop u.a. folgenden Fragen nachgehen:

- Droht eine »Verzweckung« von Freiwilligendiensten?
- Ergänzen sich die Interessen der verschiedenen Akteure Träger und ggf. ihre internationalen Partner, Einsatzstellen, Freiwillige und öffentliche Fördergeber oder ergeben sich Spannungen und Konkurrenzen?
- Wie hat sich das Verhältnis zwischen staatlichen Zuschussgebern und zivilgesellschaftlichen Trägern entwickelt und welche Tendenzen gibt es?

Ich wünsche uns nun fruchtbare Diskussionen und freue mich auf die folgenden Impulsreferate. 

### ***Pardigmenwechsel: Neue Interessen an und mit Freiwilligendiensten / Von Alexander Pollhans, v. Bodelschwingsche Stiftung Bethel, Bielefeld***

Mir sind fünf Minuten gegeben, auf eine besondere Funktion von Freiwilligendiensten hinzuweisen, die spätestens seit dem Heft 04/2010 der Diakonie Texte mit dem Titel »Das freiwillige Soziale Jahr und sein Beitrag zur Personengewinnung« salonfähig ist.

Wenn wir von Freiwilligendiensten reden, dann reden wir zu Recht von Bildungsjahr, von Zeit für persönliche Entwicklung, von Orientierung. Gerade in einer Zeit, da jungen Menschen für ihre Entwicklung weniger Zeit zugestanden wird – frühere Einschulung, Abitur nach 12 Schuljahren, Studium in drei Jahren, um nur einige Eckpunkte zu nennen. Wir heben den Status der Freiwilligkeit hervor und betonen, dass Freiwillige keine Mitarbeitenden sind, obgleich sie mitarbeiten. All das ist wichtig und richtig. Und gleichzeitig zeigt uns ein Blick in aktuelle Entwicklungen, dass wir den Aspekt der Mitarbeitengewinnung unter Menschen, die keine Mitarbeitenden sind, verstärken müssen. Dazu ein paar ausgewählte Bruchstücke gesellschaftlicher Entwicklung, die ich u.a. einem Vortrag von Prof. Dr. Sauer, Rektor Fachhochschule der Diakonie, entnommen habe:

*Soziographische Entwicklung:* In Westdeutschland wird die Zahl der Schulabgänger ihren Höhepunkt im Jahr 2013 erreichen – allerdings nur wegen der doppelten Abschlussjahrgänge in Folge der Verkürzung der Schulzeit; danach sinkt sie steil.<sup>1</sup> In Ostdeutschland hat sich die Zahl der Schulgänger gegenüber den Vorjahren bis zum Jahr 2011 fast halbiert und damit ihren Tiefpunkt erreicht; sie stabilisiert sich danach auf niedrigem Niveau.<sup>2</sup> Im Jahr 2050 wird es 40% weniger 16- bis 20-Jährige geben als im Jahr 2005.<sup>3</sup> (*Kurzes Aufstehen dazu, was das heißt*) Dem gegenüber verdoppelt sich bis 2050 der Anteil der Menschen, die über 65 Jahre alt sind.<sup>4</sup> Und die Altersgruppe der 80-Jährigen und Älteren verdreifacht sich.

*Mitarbeitendenschaft:* Eine Umfrage des DW EKD ergab 2006/2007, dass in den sozialen und pflegerischen Berufen die Mitarbeitenden im Alter zwischen 40 und 49 Jahren mit 33% die deutlich größte Gruppe stellen.<sup>5</sup> Etwa ab dem Jahr 2015 wird es überall – unter damit auch untereinander konkurrierend – im Sozial- und Gesundheitswesen einen erhöhten Ersatzbedarf geben.

*Attraktivität des Berufsfeldes:* Ein Rückgang der Zahl der Auszubildenden ist schon seit einigen Jahren zu beobachten: In den Jahren 2000 bis 2008 sank die Zahl der Auszubildenden in der Krankenpflege um knapp 10%. Zudem führt bei frisch ausgebildeten die Kombination von ‚Teilzeit‘ und die Veränderung in den Vergütungssystemen (z.B. AVR-DW neu) mit der für die Umstellungszeit vorgesehenen Absenkung der Tarife zu unattraktiven Vergütungen – oder, um es deutlicher zu sagen, zu Einkommen, von denen man kaum leben kann.

*In Kurzform:* Der Bedarf an Mitarbeitenden im pflegerischen Bereich wird in den nächsten Jahren erheblich steigen. Leider wird das Berufsfeld »Pflege« vielfach als nicht attraktiv angesehen und das öffentliche Image der Pflegeberufe läßt nicht dazu ein, sich diesen Beruf auszusuchen. Gleichzeitig ist aber der Fachkräftemangel auch in der Wirtschaft angekommen. Hier gibt es bereits verschiedene wirksame Programme, Nachwuchs für sich zu gewinnen. Um weiterhin interessierte, motivierte, gut ausgebildete Mitarbeitende zu haben, müssen wir unter schlechteren Rahmenbedingungen mit Programmen der Wirtschaft konkurrieren – neben der Konkurrenz untereinander. Freiwilligendienste bieten die Möglichkeit eines ersten Kontaktes in einer Lebensphase, in der es um berufliche Orientierung aber auch um gelebte Normen und Werte geht.

Für mich heißt das dreierlei:

1. Freiwilligendienste müssen attraktiv sein für den Charakter der Freiwilligkeit bewahren. Mehr denn je ist darauf zu achten, dass Freiwilligendienste im pflegerischen Bereich »gute Werbung« für den Pflegebereich sind. Es muss gelingen, ein Feuer in Freiwilligen zu entzünden, ohne sie in ihrem Dienst auszubrennen.

2. Freiwilligendienste sind für viele junge Menschen ein erster Kontakt mit sinnstiftender Erwerbsarbeit; gleichwohl es für sie keine Erwerbsarbeit ist. Der Sinn der Tätigkeit muss entsprechend deutlich erkennbar sein. Für mich heißt das, dass allein schon aus Gründen der Personalgewinnung – ich weiß, es gibt weit bessere Gründe – eine Rückbesinnung auf gelebte (!) Mit-Menschlichkeit wichtig, vielleicht sogar notwendig ist!
3. Freiwilligendienste leben vom persönlichen Kontakt, von Begegnungen. Werden die Bezugspersonen der Freiwilligen in ihrer für die Gesellschaft wichtigen Aufgabe als authentisch wahrgenommen, werden sie zu Vorbildern, die über die Zeit des Freiwilligendienstes hinausreichen. Ich bringe das gerne auf folgende einfache Formel: Wer einen persönlich gewinnbringenden Freiwilligendienst in einer Einrichtung der Behindertenhilfe abgeleistet hat, studiert mit anderen Augen BWL. Vielleicht eine gesellschaftsverändernde Wohltat.

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Bereinigt um die Effekte der verkürzten Schulzeit sinkt die Zahl der Schulabgänger bereits seit 2008.

<sup>2</sup> vgl. A. Uhly u.a., *Schaubilder zur Berufsbildung, Ausgabe 2008, Bundesinstitut für berufliche Bildung, Schaubild 1.3 und 1.4; im Internet: www.bibb.de*

<sup>3</sup> Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Berlin 2006, S. 20*

<sup>4</sup> Statistisches Bundesamt, *Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2006, S. 22*

<sup>5</sup> unveröffentlichte Zahlen



## Thesen zu Freiwilligendienst und staatlichem Handeln

*Thesen der Konferenzteilnehmer als Ergebnis der Arbeitsforen*

### »Freiwilligendienste in Europa – Zwischen Staat und Zivilgesellschaft«, Evangelische Akademie zu Berlin, 30.11.-1.12.2010

1. Der Staat soll weltanschaulich neutral sein, was aber als Basis für eine Gesellschaft nicht ausreicht. Deshalb muss er weltanschauliche Pluralität fördern.
2. Der Staat hat eine Gemeinwohlverantwortung, der er alleine nicht gerecht werden kann. Deshalb muss er ein offener partizipatorischer Staat sein.
  - a. Subsidiarität
  - b. Solidarität
3. Deshalb ist ein Dialog mit der Zivilgesellschaft auch im Bereich FW-Dienste essenziell, der auf Vertrauen beruht, dass die FW-Dienste einen unverzichtbaren Beitrag zur Gemeinwohlverantwortung leisten. (Anders in anderen europäischen Ländern) Gleichwohl soll staatliches Handeln auch Kriterien zur Qualität dieser Verantwortungsübernahme sichern.
4. Sicherung von Ergebniserreichung und Qualität soll durch Anreize für und Verantwortungsübergabe an die Träger geleistet werden und nicht durch paternalistische Steuerung von oben. Das bezieht sich auch auf inhaltliche Ziele der Arbeit wie Zielgruppenerweiterung, bei denen gemeinsame Interessen von Staat und Zivilgesellschaft vorhanden sind.
5. Freiwilligendienst ist eine zentrale und nachhaltige Bildungs- und Lebenserfahrung, die Selbstreflexion und Persönlichkeitsbildung fördert.

Er dient de facto einer beruflichen Qualifizierung im Sinne einer Aneignung von Softskills. Damit wird er zu einem Instrument als Antwort für spezifische gesellschaftliche Problem-


lagen. Er ist damit eine Mischung aus gesellschaftlicher Orientierung, persönlichem Eigensinn und sinnvollem Eigennutz.

Die gesellschaftliche Orientierung realisiert sich auch in einem Interesse und Einstehen für eine Veränderung von gesellschaftlichen Verhältnissen, die sich an den Zielen der Träger und/oder Einsatzstellen orientiert.

Deshalb ist die Vielfalt an Trägern und damit inhaltlichen Profilen vital für diese Wahrnehmung von Gemeinwohlverantwortung, die sich auch in Gegensatz zu staatlichem Handeln artikulieren kann.

6. Diese Vielfalt muss im Sinne der Förderung von Pluralität staatlicherseits unterstützt und nicht gegeneinander ausgespielt werden.
7. Das bedeutet für die zivilgesellschaftlichen Träger, dass sie vorhandene Interessengegenstände offen thematisieren und konstruktiv bearbeiten sollen, sowie konfliktfähig einen offenen Dialog praktizieren müssen.
8. Christlicher Freiwilligendienst setzt ein Dienstverständnis voraus, das in einer spezifischen Weise Freiheit und Verbindlichkeit verbindet. Der Sinnbezug als notwendige Ergänzung der Tätigkeit ist konstitutiv. Dabei ist darauf zu achten, dass nicht endloser Dienst sondern auch Feier und Muße in den Blick kommen.

Er lebt in Teilen von einer Kombination von Zeugnishaftigkeit / Mission und Lernen, die die Nachhaltigkeit des Dienstes ermöglicht / verstärkt.

Programmatisch werden gesellschaftlich notwendige Auseinandersetzungen um Grundbegriffe von Lebenserfahrungen wie Tod, Leid, Schmerz, Schuld, Hoffnung, Angewiesensein auf andere, Wert des Lebens, Reflexion von Lebensfreude, eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen als Geschenktes bearbeitet. 

**»Thesen zu Freiwilligendienst und staatlichem Handeln« /  
Kommentierende Anmerkungen von Jan-Thilo Klimisch, EIRENE e.V.**

EIRENE Internationaler Christlicher Friedensdienst e.V. unterstützt die bei der Tagung der Ev. Akademie Berlin am 1.12.2010 formulierten Thesen nachdrücklich. Staatliche Programme zur Förderung von Freiwilligendiensten sollten in erster Linie einen breiten Rahmen vorgeben, der Raum für unterschiedliche Ansätze und eine große Trägervielfalt lässt. Unerlässlich ist allerdings, dass einheitliche Qualitätsstandards gesetzt und gemeinsam überwacht werden.

Klar muss aber auch sein: Zivilgesellschaftliche Träger sind keine Ausführungsorgane für staatliche Programme. Freiwilligendienste erbringen nicht nur einen persönliche Mehrwert für die Freiwilligen, sondern ebenso für die Gesellschaft. Um ihr Potenzial zu gesellschaftlichen Innovationen auszuschöpfen, dürfen sie nicht durch ein staatliches Korsett erdrückt werden.

Freiwilligendienste – gerade die Auslandsdienste der christlichen Friedensdienste – befördern ganz

konkret gelebte Begegnung und Verständigung. Auf zivilgesellschaftlicher Ebene tragen sie so unmittelbar zum Zusammenwachsen Europas und einem friedlichen Miteinander bei. Ein Friedensdienst ist gelebter Glaube, ist persönlicher Beitrag zu mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Zudem kann er in besonderer Weise interreligiöse Begegnung ermöglichen, wie in den EIRENE-Projekten in Belgien, Frankreich und Marokko.

Besondere Aufmerksamkeit sollte darüber hinaus denjenigen Einsatzländern und -regionen geschenkt werden, in denen Freiwilligenarbeit nach wie vor nur wenig bekannt ist und Trägerstrukturen schwach ausgebildet sind. Staatliche Förderprogramme für Freiwilligendienste sollten derartige regionale Besonderheiten besser berücksichtigen, z. B. durch finanzielle Förderung lokaler Träger, von Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen sowie bessere Ausstattung der Freiwilligen. D

**»Thesen zu Freiwilligendienst und staatlichem Handeln« /  
Kommentierende Anmerkungen von Von Patrick Roger Schnabel, Stellv. Leiter  
des EKD-Büros Brüssel**

Die Thesen heben in gelungener Weise die Hauptanliegen hervor, die sich für die Evangelische Kirche mit dem Thema der Freiwilligendienste, aber auch der Freiwilligenarbeit im weiteren Sinne verbinden.

Sie zeigen, wie das Staatsverständnis und das Selbstverständnis der Träger korrelieren müssen, um der Gesellschaft den bestmöglichen Nutzen zu bringen: Der Staat soll, dafür stehen Pluralität und Subsidiarität, ein ermöglichender Staat sein, der Freiheitsräume für bürgerschaftliches Engagement freihält und füllen hilft. Staat und Gesellschaft stehen in einer gemeinsamen Gemeinwohlverantwortung, die sie nur gemeinsam wahrnehmen können.

Um Gerechtigkeit und Qualität zu sichern, bedarf es staatlich gesetzter Rahmenbedingungen und Finanzierung, um die Nähe zum Menschen zu sichern und Engagement zu wecken, bedarf es der verantwortlichen Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Kräfte.

Religiös motivierte Akteure bringen einen Mehrwert ein, weil sie ein ganzheitliches Verständnis vom Menschen mitbringen und ihre Angebote vom einem in Gottes Gnade wurzelnden Menschenwürdebegriff her entwickeln. Der weltanschaulich neutrale Staat findet in solchem Engagement eine unverzichtbare Ergänzung seiner Angebote der Erziehung, Bildung und Daseinsvorsorge. D

## »Frei-willig? Perspektiven der Freiwilligendienste in Europa«

*Podiumsdiskussion mit Anke Plättner, Präses Nikolaus Schneider, Pascal Lejeune, Staatssekretär Josef Hecken, Ute Giesecke-Tapp*

### »Freiwilligendienste in Europa – Zwischen Staat und Zivilgesellschaft«, Evangelische Akademie zu Berlin, 30.11.-1.12.2010

**Moderatorin Anke Plättner:** Nun kommen wir zur letzten Runde dieser Tagung und – hoffen wir – zu abschließenden Erkenntnissen. Ich darf Ihnen die Teilnehmer vorstellen. Wir haben es so geplant, dass jeder kurz etwas zu den Perspektiven von Freiwilligendiensten in Europa sagen wird, und dass wir dann gemeinsam in die Diskussion einsteigen und Sie mitdiskutieren können.

Ich darf Ihnen unseren am weitesten gereisten Gast als ersten vorstellen – **Pascal Lejeune**. Er ist Leiter von »Jugend in Aktion« aus der Generaldirektion für Bildung und Kultur der Europäischen Kommission. Sie sind aus Brüssel gekommen – herzlich willkommen, Herr Lejeune. Schön, dass Sie da sind.

Hausherr dieses Hauses ist **Präses Nikolaus Schneider**. Schön, dass Sie da sind.

Und ich begrüße **Josef Hecken**, Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Sie kommen gerade aus dem Haushaltsausschuss und haben gesagt, »die 300 Millionen habe ich im Sack für die Freiwilligendienste«. Herzlich willkommen!

Schließlich **Ute Giesecke-Tapp**, Konferenz Evangelischer Freiwilligendienste Hannover. Auch sehr schön, dass Sie hier sind. Sie sind für Martin Schulze, der krank ist, eingesprungen. Es ist im richtigen Leben wie im Fußball – die besten Spieler kommen immer von der Bank. Schön, dass Sie da sind.

Wenn Ihnen das recht ist, Herr Schneider, beginnen wir mit Ihnen. Ich würde Sie bitten, dass Sie einige Thesen zu skizzieren, wo Ihrer Meinung nach die Reise mit den Freiwilligendiensten hingehen soll. Sie haben das Wort!

**Präses Nikolaus Schneider:** Danke schön. Ich glaube, am Freiwilligendienst kann man exemplarisch einiges verdeutlichen, was für Europa und für unser Land gilt: und zwar im Hinblick auf das Zusammenspiel von Staat, Gesellschaft und dem

Einzelnen. Es geht mir um die Grundvoraussetzungen: Was erwarten wir von staatlichem Handeln, was erwarten wir von zivilgesellschaftlichem Handeln und wie sehen wir den einzelnen Menschen? Das ist jetzt für den europäischen Einigungsprozess, aber natürlich auch für unser Land sehr wichtig. Hier mache ich ein paar kurze Anmerkungen, die sich meiner kirchlichen Verankerung verdanken.

Ich sehe die Freiwilligendienste als ein Instrument, in dem Menschen sich entwickeln können, sich bilden, gebildet werden im weitesten Sinne; Bildung hier vor allen Dingen auch im Sinne von Persönlichkeitsentwicklung, Persönlichkeitsbildung. Im Grunde geht es mir um die berühmte Böckenfördesche These: Der Staat lebt von einer Voraussetzung, die er selber nicht herstellen kann. Ein funktionierendes Gemeinwesen braucht Menschen, die selbstbewusst sind, eigenverantwortlich denken und bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Und das hat etwas mit Persönlichkeit zu tun, mit Selbstbildung, mit Selbstbewusstsein, mit einer persönlichen Verankerung in einem Werteboden, aus dem man dann für sich die nötigen Kräfte ziehen kann. Deshalb ist es mir auch wichtig, dass die Kirchen als Anbieter von Freiwilligendiensten dabei sind, dass Glauben eine Rolle spielt, weil wir einen solchen Werteboden anbieten und bereithalten.

So sind die Freiwilligendienste ein Instrument, in dem Menschen sich entfalten und bilden können. Die Zivilgesellschaft soll eine plurale Gesellschaft sein. Wir stehen als evangelische Kirche zur Pluralität, wir halten sie für etwas Positives, nicht für etwas Negatives. Denn wir sind der Meinung, es gibt Wahrheit für uns Menschen nur in einer Vielzahl von Perspektiven. Theologisch gesprochen gibt es natürlich nur die eine Wahrheit, die bei Gott selber ist. Aber wir Menschen können über diese Wahrheit nicht verfügen, sondern sich ihr mit Gottes Hilfe immer nur annähern. Deshalb brauchen wir verschiedene Auslegungen dieser einen Wahrheit, die sich gegenseitig konstruktiv ergänzen und nicht destruktiv bekämpfen sollen. Sie sollen an der Wohlfahrt des einzelnen Menschen und an der Vision eines guten Zusammenlebens in Frieden und Gerechtigkeit orientiert sein. Und das nicht nur im einzelnen Land, sondern auch darüber hinausgehend. Das ist mein Grundverständnis von Gesellschaft, von der Stär-

ke einer pluralen Gesellschaft. Und in dieser pluralen Gesellschaft sollen verschiedene gesellschaftliche Gruppen eine Rolle spielen, natürlich auch die Kirche, so wie andere gesellschaftliche Gruppen auch.

Welche Aufgabe hat der Staat in diesem Zusammenhang? Der Staat soll Rahmenbedingungen setzen und der Staat soll fördern. Und er soll sich aus den Inhalten möglichst heraushalten. Das war eine Erfahrung, die nach der Nazizeit in der alten Bundesrepublik gar nicht groß erklärt werden musste. Die Erfahrung eines totalitären Staates, der bis in die Seelen des einzelnen Menschen hineinregieren wollte, war derart massiv in unserem Land, dass der Staat sich selber zurücknahm und sagte: das wollen wir nicht. Wir fördern, finanzieren, schaffen rechtliche Rahmenbedingungen – aber die Inhalte machen die gesellschaftlichen Akteure.

Im Augenblick erlebe ich aber einen Transformationsprozess, in dem man merkt, dass solche historischen Erfahrungen verblassen. Die Generationen, die nachwachsen, wissen von diesen Zusammenhängen wenig oder mindestens mit abnehmender Tendenz.

Bei jüngeren Bundesbeamten müssen Sie Subsidiarität und das Verhältnis Staat und Kirche häufig erklären, weil deren Entstehungszusammenhang nicht mehr bewusst ist. Die Jüngeren haben normalerweise den Anspruch: Wer zahlt, bestimmt. Wir zahlen, also sagen wir euch, was ihr zu tun habt. Das bedeutet dann, die Zivilgesellschaft, die zivilgesellschaftlichen Gruppen, die staatlich gefördert sind, als verlängerten Arm staatlicher Aktivitäten zu begreifen. Und das ist ein völliges Missverständnis. Das ist mit Subsidiarität nicht gemeint.

Ein ähnliches Denken begegnet mir auch auf der europäischen Bühne, also in Brüssel. Das kenne ich etwa aus den Aktivitäten des Evangelischen Entwicklungsdienstes. Brüssel wollte in ganz ungewohnter Weise dem EED vorschreiben, wie er manche Dinge zu machen hat. Wir waren aus unserer deutschen Erfahrung heraus sehr irritiert. Wir kannten es nicht, dass der Staat uns gegenüber so antrat und sagte: »Ihr seid mein verlängerter Arm.« – Dass wir Rechenschaft geben müssen, dass die Gelder verantwortlich ausgegeben werden, dass wir uns an die Gesetze halten, ist völlig klar. Aber die Inhalte sollten doch von uns bestimmt und uns nicht von außen vorgeschrieben werden!

Hier erlebe ich Transformationsprozesse, bei denen wir sehr aufpassen müssen, dass unsere Gesellschaft und unser Staat sich nicht in die falschen Richtungen entwickeln. Das gilt auch für die europäische Ebene, wo besondere deutsche Erfahrungen sinnvoll einzubringen sind, denn die französischen Erfahrungen sind natürlich andere. Der Laizismus hat in Frankreich eine ganz andere Begründung. Die Trennung von Staat und Kirche war die Befreiung des Staates, auch der Protestanten, von katholischer Oberherrschaft. Das ist eine ganz andere Tradition. Das bedeutet, dass wir uns hier europäisch verständigen müssen, was der Hintergrund unseres Zugangs zum Verhältnis Staat – Gesellschaft ist.

Jetzt ein Letztes zu unserer bundesdeutschen Situation: Wir haben mittlerweile staatliche Freiwilligenprogramme. Da habe ich ganz offen gesprochen zwei Herzen in meiner Brust. Einerseits ist es sehr gut, dass der Staat Freiwilligenprogramme stützt. Aber »Weltwärts« wie auch jetzt die Pläne, aus dem Zivildienst einen staatlichen Freiwilligendienst zu machen, könnten auch in die falsche Richtung gehen.

Das darf keine Konkurrenz zu den Diensten werden, die sich bisher gesellschaftlich entwickelt haben. Auch hier muss der Grundsatz bleiben, dass staatliches Handeln sozusagen einen Rahmen bereitstellt und die Ausgaben der Mittel überprüft, aber nicht in die Inhalte reinregiert. Der Staat sollte die zivilgesellschaftlichen Akteure stützen und unterstützen und bei der Entwicklung der Programme einbeziehen. Wir haben eigentlich eine Kultur, wo wir frühzeitig miteinander reden, auch dann schon, wenn solche Programme entwickelt werden. Wir sollten bitte auf diesem Niveau bleiben und es darf nicht einfach von oben nach unten durchgestellt werden nach dem Motto: »Das haben wir uns jetzt überlegt, und so müsst Ihr das jetzt machen!« Es ist wichtig, dass wir diese Kultur des Umgangs beibehalten, dass wir miteinander reden, die Dinge gemeinsam entwickeln und Staat und Zivilgesellschaft so verabreden weiter ihre Rollen spielen, denn diese Form der Zusammenarbeit hat sich sehr bewährt. Ich glaube, die Bundesrepublik würde anders aussehen, wenn wir diese Entwicklung in der Nachkriegszeit nicht gehabt hätten, dass wir wirklich den einzelnen Menschen in seiner Würde geachtet haben. Wir haben spezifische bundesrepublikanische Diskussionen, die es in anderen Ländern nicht gibt. Der Lebensschutz zum Beispiel wird bei uns in einer Weise diskutiert, die woanders kaum denkbar ist und mit unserem historischen Lernprozess zu tun hat. Die

Freiwilligendienste als ein Instrument zu sehen, das nicht direkt verwertet wird, aber die Voraussetzung dafür liefert, dass gesellschaftliches Zusammenleben eben gelingen kann: So eine Perspektive würde ich mir wünschen.

**Moderatorin:** Danke schön. Das mit der Nützlichkeit ist - eben von den Kirchen - ein schöner Punkt gerade in Zeiten von Wirtschafts- und Finanzkrise, wo alles ökonomisiert ist. Nun würde ich Herrn Lejeune gern das Wort geben. Herr Schneider hat klar Position bezogen, dass der Staat sich aus bestimmten Sachen bitte raushalten möge. Er hat uns seine Erfahrungen in Brüssel geschildert. Ich würde Sie gerne bitten, Ihre Thesen vorzulegen.

**Pascal Lejeune:** Danke. Ich bin in Lothringen geboren. Aber - wie Sie bereits sagten - verrete ich die Generaldirektion Bildung und Kultur und deshalb möchte ich vorschlagen, dass wir den europäischen Grundsätzen des Multikulturalismus und der Mehrsprachigkeit Respekt zollen...: ich werde auf Englisch fortfahren! Und ich entschuldige mich dafür.

Ich möchte mit Ihnen einige Gedanken in Bezug auf Freiwilligentätigkeit aus europäischer Perspektive teilen. Man könnte die Frage stellen, was Europa in diesem Bereich überhaupt tut, wenn es doch das Subsidiaritätsprinzip gibt. Warum engagiert sich Europa in diesem Bereich? Ich möchte Ihnen dazu einige Überlegungen anbieten und diese im Bereich der Jugendarbeit konkretisieren.

Laut einer Studie, die vor einigen Monaten von der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben wurde, behaupten 23 Prozent der europäischen Bevölkerung, dass sie sich freiwillig engagieren: Freiwilligentätigkeit ist ein ganz klares charakteristisches Merkmal der Gesellschaft in allen europäischen Ländern. Dies entspricht auch unserer Vision auf europäischer Ebene: eine Vision von einer Bevölkerung, die involviert und engagiert ist, eine Vision von Bürgern, die sich in ihrer eigenen Gesellschaft und auch auf europäischer Ebene engagieren - durch diese Aktivitäten im Bereich Freiwilligendienst kann Europa selbst wahrgenommen werden und von dem Engagement der Zivilgesellschaft in den unterschiedlichen Mitgliedstaaten profitieren. Dies ist auch ein Bereich, wo bewährte Praktiken und Erfahrungen unter verschiedenen europäischen Ländern ausgetauscht werden können: es ist ein durchaus zulässiger Weg, um die Programme auf nationaler, regionaler und zivilgesellschaftlicher Ebene

zu verbessern, dank solchen Austauschs auf europäischer Ebene.

Europa besteht nicht nur aus dem Binnenmarkt. Europa ist auch eine Gemeinschaft von Staaten, die bereit sind, sich über Themen auszutauschen, die ihre Bürger betreffen. Nicht zuletzt haben wir die Erfahrung gemacht, dass wir durch die Erweiterung der Freiwilligendienste - durch die Dimension der internationalen Mobilität - den Wert der Freiwilligentätigkeit erhöhen können. Es ist nichts Obligatorisches oder Notwendiges, aber wenn man - und nehmen wir hier das Beispiel aus dem Bereich der Jugendarbeit - die transnationale Mobilität erhöht, dann ergeben sich daraus auch mehr Vorteile für die Freiwilligen selbst. Und wenn es eben um diese Dimension der Mobilität geht, dann kann Europa im Bereich der praktischen Umsetzung sehr viel beitragen.

Ich möchte unsere Vision einer stärkeren bürgerschaftlichen Beteiligung an den Freiwilligendiensten im Bereich der Jugendarbeit veranschaulichen. Die Jugendarbeit ist der Bereich, in dem sich der Freiwilligendienst auf europäischer Ebene am besten entwickelt hat: im nächsten Jahr feiert der Europäische Freiwilligendienst (EFD) sein 15-jähriges Bestehen. Am Anfang, d.h. seit 1989, hatten wir in diesem Bereich ein Jugendaustauschprogramm, das wir weiterhin als ein Teil des Programms »Jugend in Aktion« anbieten. Im Jahre 1996 wurde ein Vorschlag unterbreitet, der Jugendlichen mehr Engagement bot als das bis dahin bestehende Programm, nämlich die Möglichkeit, im Ausland als Freiwilliger tätig zu sein. Die Kommission unterbreitete den Vorschlag, das Parlament und der Rat haben ihn angenommen und verabschiedeten den Beschluss über die Gründung des Europäischen Freiwilligendienstes. Die Bezeichnung »Europäischer Freiwilligendienst« ist bereits eine starke und positive Botschaft in Bezug auf die Vision, die Europa der Jugend bereit hält, und das Angebot, das sie Jugendlichen bietet.

Für diese Initiative gibt es drei wesentliche inhaltliche Gründe: nicht-formale Bildung, bürgerschaftliches Engagement und natürlich die europäische Dimension.

Wir sind der Meinung, dass freiwilliges Engagement den Jugendlichen eine wahre Lernmöglichkeit bietet, nämlich die der nicht-formalen Bildung. Der Freiwilligendienst, in dessen Rahmen man für bis zu einem Jahr in ein anderes Land geht, dessen Sprache man bei der Ankunft nicht oder nur wenig spricht, wo man Aufgaben im

Sinne des Gemeinwohls übernimmt, verändert das Leben eines Menschen, vor allem, wenn er 20 oder 22 ist. Ich meine, dies ist »Erasmus plus«! Die Auswertungen unserer Umfragen ergeben, dass dieser Freiwilligendienst eine sehr tiefgreifende Lernerfahrung darstellt.

Die Bürgerschaftsaspekte sind ebenfalls wichtig: die Dimension der Bürgerschaft, aber auch die Dimension der Solidarität. Eine aktuelle Umfrage, die wir am Anfang des Jahres durchgeführt haben, brachte überraschende Ergebnisse. Wir waren erstaunt, wie sehr der EFD von den Gemeinden geschätzt wird, in denen Freiwillige geholfen haben. Somit geht es also nicht nur um den Nutzen, den die Freiwillige oder der Freiwillige aus dem Dienst zieht, sondern auch um die hohe Wirkung auf die Aufnahmegemeinde. Es geht um die Dimension der Offenheit. Somit bietet dieses Programm schlechthin die ideale Schnittstelle von nicht-formalem Lernen und bürgerschaftlichem Engagement.

Es besteht ein großer Bedarf seitens der Zivilgesellschaft, aber auch auf nationaler Ebene. Wir denken, dass wir auf europäischer Ebene auch hier Hilfe bei der Unterstützung der nationalen Programme leisten können. Wenn es zum Beispiel um transnationale Mobilität bei Freiwilligenprogrammen geht, dann kann es für Mitgliedsländer oder für regionale Behörden schwierig sein, ideale Zustände zu sichern, damit die Freiwilligentätigkeit in einer bereichernden Umgebung stattfinden kann. Daher akkreditieren wir die Einrichtungen, in denen Freiwillige tätig werden, und auch die Organisationen, die Freiwillige entsenden. Dies auf nationaler oder regionaler Ebene zu organisieren ist schwieriger (es gibt natürlich auch große Projektträger im Bereich der Freiwilligendienste, für die es einfacher ist, aber dies ist oft nicht der Fall). Wir haben ebenfalls auf europäischer Ebene überlegt, wie man die Vorteile und Effekte von Freiwilligendiensten anerkennen kann, damit die gesammelten Erfahrungen in den Lebensläufen der Freiwilligen eine langfristige Auswirkung haben.

Aufgrund dessen kamen wir auf die Idee, dass wir jenseits der Programme und der von uns angebotenen konkreten finanziellen Unterstützung des EFD eine viel politischere Vision der Freiwilligentätigkeit entwickeln könnten. Wir unterbreiteten den Mitgliedsstaaten den Vorschlag, dass Freiwilligendienste ein Ziel ihrer Aktivitäten im Bereich der Jugendarbeit werden sollte. Als wir 2001 darüber nachdachten, eine Art politisches Programm (unter der sogenannten »offenen Ko-

ordinierungsmethode«) für Jugendarbeit zu entwickeln, wählten wir vier Themen aus, an denen wir gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten arbeiten wollten; diese waren: Informationszugang für Jugendliche, Partizipation von Jugendlichen, Verbesserung der Kenntnisse zum Thema Jugend und... der Freiwilligendienst.

Der Freiwilligendienst wurde dann zu einer der Prioritäten, die unserer Meinung nach stärker auf einer politischen Ebene unter den Mitgliedsstaaten behandelt werden sollte. Später (im Jahre 2008) wurde zum ersten Mal auf europäischer Ebene im Bereich der Jugendarbeit eine Empfehlung angenommen: sie betraf den Freiwilligendienst im Ausland. In anderen Worten: am Anfang stand die Erkenntnis, dass Freiwilligentätigkeit etwas Gutes ist, und Freiwilligendienste haben sich auf nationaler Ebene weiterentwickelt; als sich dann die nationalen und regionalen Freiwilligenprogramme und zivilgesellschaftlichen Initiativen allmählich öffneten und ausweiteten, wollten wir eine neue Dimension hinzufügen und den Freiwilligen die Möglichkeit eines Dienstes im Ausland bieten.

Nun würde ich gerne von meiner Reise aus der Welt der Jugend zu der Gesamtbevölkerung zurückkehren und über das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit sprechen. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um eine Aktion zur Bewusstseinserschärfung. Aber wir möchten auf diesem Wege auch unsere Anerkennung aller Freiwilligen in Europa zum Ausdruck bringen. Und natürlich möchten wir die Freiwilligentätigkeit fördern und allen zeigen, dass die Freiwilligentätigkeit nützlich ist, weil sie einerseits Beteiligung an der Gesellschaft bedeutet und andererseits auch einen Lernprozess darstellt. Dies erhoffen wir uns vom Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit, das am 1. Januar 2011 beginnt.

**Moderatorin:** Danke schön Herr Lejeune. Eine klare Unterstützung für das Projekt Freiwilligendienst und ein Einstehen dafür, dass es eine sinnvolle Arbeit im europäischen Sinne ist. Herr Hecken, jetzt haben wir in Deutschland ein ganz anderes Problem. Jetzt wollen wir die Wehrpflicht aussetzen und haben aber viele Zivildienstleistende. Und die, die weder Wehrpflicht noch Zivildienst leisten wollen, die gehen am Wochenende gern zum Technischen Hilfswerk (THW). Das heißt, da muss jetzt ganz viel neu geordnet und sortiert werden. Und wenn ich Herrn Schneider richtig verstanden habe, dann gerne auf Augenhöhe mit all den Trägern, die sich darum kümmern. Was heißt das im Moment?



Da ist ja ganz viel im Schwung - wie gehen Sie damit um?

**Staatssekretär Josef Hecken:** Wie gehe ich damit um? Mit einem vernünftigen Dialog mit denjenigen, die in der Vergangenheit Freiwilligendienste klassischer Art in den Ländern und in den einzelnen Verbänden organisiert haben, die aus der Tradition entstanden sind, die Präses Schneider beschrieben hat. In zahlreichen Gesprächen versuche ich seit Monaten deutlich zu machen, dass es auch mein Anliegen ist, mit dem Bundesfreiwilligendienst keinen staatlichen Freiwilligendienst zu schaffen. Also keinen Freiwilligendienst, der bestimmten Mechanismen folgt, die weit jenseits dessen liegen, was als zivilgesellschaftliches Engagement definiert wird. Deshalb will ich zunächst zwei, drei Obersätze definieren, die für mich bei der Ausgestaltung des Bundesfreiwilligendienstes leitend sind, bevor ich etwas zu Finanzfragen sage. Für mich ist es ganz wichtig, dass es die klassische Polis mit einer Einheit von Staat und Bürgergesellschaft, die es im altgriechischen Staatswesen noch gab, nicht mehr gibt. In einer modernen, komplexen Industriegesellschaft kann es diese Einheit auch nicht mehr geben. Wir haben eine Trennung von Staat und Bürgergesellschaft, manchmal sogar ein Gegenüber von Staat und Bürgergesellschaft, das aber manchmal für den Staat und in vielen Fällen auch für die Politik sehr hilfreich sein kann. Wir müssen von einem Nebeneinander von Staat und Bürgergesellschaft ausgehen, wenn wir versuchen zu definieren, welche Aufgaben bürgerschaftliches Engagement im Vergleich zum staatlichen Engagement hat. Deshalb ist als Obersatz für den künftigen Bundesfreiwilligendienst festzuhalten, wer bürgerschaftliches Engagement nach dem Kriterium der ökonomischen Nützlichkeit definiert, egal, ob Freiwilligendienste des Bundes oder der Länder, verkennt, was wir damit wollen. Und derjenige verkennt auch, was Aufgabe der Bürgergesellschaft ist. Denn die Bürgergesellschaft und das bürgerschaftliche Engagement dürfen nicht regelmäßig zum Ausfallbürgen für Aufgaben des Staates werden, die dieser aus welchen Gründen auch immer, nicht leisten kann. Bürgerschaftliches Engagement und die Freiwilligendienste finden ihre Legitimation und ihre Nützlichkeit exakt in dem Bereich, den Präses Schneider definiert hat, indem sie Menschen die Möglichkeit geben, Bildung im umfassenden Sinne zu gewinnen. D.h. Bildung im Sinne eines modernen, ganzheitlichen Bildungsbegriffes, der klassische Elemente verknüpft mit der Fähigkeit zur Kritik, mit der Fähigkeit, Gefühle zu empfinden, Gefühle zu erlernen, mit der Fähigkeit, ande-

re Menschen anzunehmen und davon abgeleitet auch die Fähigkeit zur Toleranz, zur Mitmenschlichkeit, die vielleicht bei einzelnen Menschen die Hilfsbereitschaft weckt. Für mich ist dies gerade mit Blick auf die vielfältigen Diskussionen im Anschluss an die PISA-Studien besonders wichtig. Denn in diesem Zusammenhang wird sichtbar, dass vielen jungen Menschen im Schulsystem zwar vielfältigste Kompetenzen, Fähigkeiten und Fertigkeiten technischer Art vermittelt werden, die dann auch nach definierten Kriterien gemessen und europaweit geclustert werden, dass aber in vielen Fällen das, was ich mit sozialer, mit ganzheitlicher Bildung und damit mit Persönlichkeitsbildung umschreibe, zu kurz kommt.

Hier sehe ich die Aufgabe der Freiwilligendienste, die in einem Rahmen, der nicht am Ziel der ökonomischen Nützlichkeit gemessen ist, jungen Menschen diese Kompetenzen und Fähigkeiten vermitteln können. Ich möchte ein Beispiel nennen, obwohl die Freiwilligendienste nicht mit dem Zivildienst gleichgesetzt werden können: Wir haben geradezu phänomenale Veränderungen bei Menschen erlebt, die verpflichtet den Zivildienst abgeleistet haben, die mit Widerstand in den Zivildienst gegangen sind, weil sie mussten. Diese jungen Männer wurden am Ende ihres Zivildienstes befragt und viele von ihnen haben geäußert, dass der Zivildienst die kostbarste Zeit in ihrem Leben war, weil sie dort Horizonte eröffnet bekommen haben, Dinge erlernt und Gefühle gelernt haben, denen sie ansonsten niemals begegnet wären. In diesen Gelegenheiten sehe ich den großen Wert der Freiwilligendienste. Deshalb bin ich mit meinen Vorrednern einig, dass wir, wenn wir die Nützlichkeit von Freiwilligendiensten oder bürgerschaftlichem Engagement definieren, dies nicht ökonomisch tun dürfen. Wir müssen fragen, was das Engagement den einzelnen Menschen und damit mittelbar auch der Gesellschaft bringt. Denn jeder, der die Bereitschaft zur Solidarität erlernt, jeder, der lernt, dass Toleranz wichtig ist, hat damit etwas Nützliches gelernt, was der Gesellschaft insgesamt zugute kommt.

Ein anderer Punkt hat sowohl bei der Diskussion um die klassischen Freiwilligendienste FSJ/FÖJ als auch um den neuen Bundesfreiwilligendienst viele Ängste ausgelöst: Was ist in diesem Zusammenhang die Rolle des Staates? Der Staat hat die Aufgabe, bürgerschaftliches Engagement zu ermöglichen. Nicht mehr und nicht weniger. Der Staat hat nicht die Aufgabe und er wird seine Aufgabe auch im neuen Bundesfreiwilligendienst nicht so definieren, Inhalte und bestimmte Kriterien vorzugeben, die Freiwilligkeit letztlich in ein

Korsett presst, das dann doch wieder an Kriterien irgendwelcher ökonomischer, pflegerischer und sonstiger Nützlichkeit orientiert ist. Deshalb war es aus meiner Sicht sehr wichtig, dass wir in Hinblick auf den Bundesfreiwilligendienst die fundamentale Entscheidung getroffen haben, ihn für andere Felder zu öffnen, die der Zivildienst bislang nicht einbezogen hat. Dabei denke ich beispielsweise an die Bereiche des Sports und der Kultur, in denen ebenfalls Kreativitätspotenziale eröffnet werden können, die ansonsten nicht erschlossen würden.

Die zweite wichtige Entscheidung war, dass wir die Freiwilligendienste für alle Generationen öffnen müssen. Denn nicht nur die klassischen Jugendfreiwilligendienste sind ein Fundament bürgerschaftlicher Arbeit und einer Bürgergesellschaft, sondern auch ein intergenerativer und generationenübergreifender Dialog sowie ein Zusammenwirken aller Generationen.

Damit bin ich dann auch bei der Frage, wie das Verhältnis zwischen den klassischen Freiwilligendiensten FSJ/FÖJ und dem Bundesfreiwilligendienst organisiert werden kann. Zunächst ist in diesem Kontext zu verdeutlichen, dass das BMFSFJ den Bundesfreiwilligendienst nicht geschaffen hat, weil das Ministerium gerne Herrscher über einen Bundesfreiwilligendienst und über 35.000 Freiwillige werden wollte, sondern wir haben den Bundesfreiwilligendienst geschaffen, weil es nur auf diesem Wege möglich war, 300 Millionen Euro Bundesmittel zur Förderung der Freiwilligentätigkeit in das System zu bringen. Denn nur über einen Bundesfreiwilligendienst hat der Bund in unserem verfassungsrechtlichen Gefüge eine Finanzierungskompetenz in diesem Bereich. Vorrangiges Ziel war es also, dem ermöglichenden Staat und damit der Bürgergesellschaft 300 Millionen zur Engagementförderung zur Verfügung zu stellen. Das ist die Ursache für dieses Nebeneinander, das wir in der Bundesrepublik Deutschland in Zukunft haben werden.

Weiter möchte ich noch einmal hervorheben, dass wir uns bei den Strukturen des Bundesfreiwilligendienstes an den Strukturen der bestehenden Jugendfreiwilligendienste FSJ/FÖJ orientieren werden. Wir werden identische Träger haben. Wir werden die Caritas, die Diakonie und die vielfältige Trägerlandschaft, die bisher das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) angeboten haben, auch zu Trägern des Bundesfreiwilligendienstes machen. Wir werden ermöglichen, dass die Träger in den bestehenden Strukturen selbstbestimmt die

Kräfte einsetzen können. Wir werden uns als Staat auf die Vorgabe von Mindeststandards beschränken, die gewährleisten, dass die Freiwilligen sozialversichert sind und im Monat mit 500 oder 600 Euro gefördert werden. Darüber hinaus werden wir ein Minimum an politischer Bildung vorgeben, weil wir es für außerordentlich wichtig halten, dass wir bei den Freiwilligen auch ein Verständnis für unser demokratisches Gemeinwesen wecken.

Für uns als Ministerium ist es wichtig, dass parallel hierzu auch nachhaltig die Strukturen gestärkt werden, die wir bislang schon haben. Herr Präses Schneider hat beschrieben, wie die Dinge nach dem Krieg aus den Aktivitäten der evangelischen und der katholischen Jugend entstanden sind. Deshalb werden wir die Fördersätze in den Jugendfreiwilligendiensten FSJ/FÖJ parallel zu dem, was wir im Bundesfreiwilligendienst tun, auf 200 Euro pro Platz anheben. Dieser Fördersatz liegt heute bei 72 bzw. 153 Euro. Sie haben ja in der Vergangenheit immer beklagt, Sie hätten mehr Freiwillige als Plätze zur Verfügung. Künftig wird es keine Deckelung der Anzahl der Plätze mehr geben. Damit bin ich jetzt bei einigen Aussagen von Herrn Lejeune. Im Zusammenhang mit diesen politischen Entscheidungen war es mir ein besonderes Anliegen, sowohl im Bundesfreiwilligendienst als auch in den klassischen Jugendfreiwilligendiensten Möglichkeiten der zusätzlichen Förderung für die Einbeziehung von benachteiligten Jugendlichen zu schaffen, für Jugendliche mit Migrationshintergrund, für Jugendliche ohne Schulabschluss, für Jugendliche aus problembelasteten Sozialräumen. Denn wir haben festgestellt, dass in vielen Fällen die klassischen Freiwilligendienste teilweise zu »Höheren-Töchter-Veranstaltungen« geworden sind. An dieser Stelle erzähle ich immer folgendes Beispiel, auch wenn ich damit meine Tochter beleidige. Meine Tochter ist nach dem Abitur zu mir gekommen und hat gesagt: Vater, ich möchte Tiermedizin studieren und Ponys retten, bevor ich das tue, will ich aber noch ein Jahr im Altersheim arbeiten, ich möchte ein FSJ machen. Wenn meine Tochter das macht, finde ich das toll. Weniger toll finde ich jedoch, wenn ihre beste Freundin, die wegen pubertärer Schwierigkeiten kein Abitur gemacht hat, sich gleichzeitig mit ihr bewirbt und der gleiche katholische Träger mit einer fadenscheinigen Begründung sagt, dich nehmen wir nicht. Und dabei im Hinterkopf hat, die könnte uns Probleme bereiten. Der Ausbau der Freiwilligendienste und des bürgerschaftlichen Engagements setzt auch voraus, dass die Träger bereit sind, sich der Mühseligen und Beladenen anzu-

nehmen und auch diesen eine Chance verschaffen, bestimmte Kernkompetenzen im Rahmen eines Freiwilligendienstes zu erwerben.

In der Vergangenheit hat man mir immer gesagt, das können wir nicht bezahlen, da ist der Betreuungsschlüssel viel zu groß – jetzt erhalten Sie das Geld, damit die Tür geöffnet wird für die Menschen, die eine solche Integration mehr brauchen als Abiturienten. Mit Blick auf die europäische Dimension, die Herr Lejeune angesprochen hat, ist sehr wichtig, dass es uns gelingt, einige benachteiligte Jugendliche zur Beteiligung an grenzüberschreitenden Projekten zu motivieren, weil wir gerade hier sehr häufig Vorurteile antreffen. Im Deutsch-Polnischen Jugendwerk, dessen Vorsitzender ich bin, haben wir gute Erfahrungen damit gemacht, dass wir es riskiert haben, nicht nur die wohlbestallten und wohl gebildeten Abiturienten zu einem Projekt nach Auschwitz zu bringen, sondern auch diejenigen, die vorher rumgelästert haben und deren Geschichtsbewusstsein nicht sehr ausgeprägt war. Diesen Jugendlichen konnten Eindrücke und Kompetenzen vermittelt werden, die Anlass waren, das eigene Geschichtsbewusstsein zu reflektieren. Die Aktion Sühnezeichen macht ähnliche Erfahrungen mit Projekten, die so ausgerichtet sind.

Ich bin der Überzeugung, dass wir mit dem Bundesfreiwilligendienst und den 300 Millionen ein schönes Paket geschnürt haben. Diese Gelder werden mehr oder weniger frei von den bisherigen Trägern im Rahmen der bestehenden Strukturen verwaltet. Wir schaffen keine eigene Struktur. Das Bundesamt für den Zivildienst verteilt am Ende das Geld und bezahlt die Sozialversicherungsbeträge. Hinzu kommt eine Erhöhung der Mittel für die Jugendfreiwilligendienste FSJ/FÖJ. Nur um die Entwicklung zu verdeutlichen: Für die Freiwilligendienste haben wir im Jahr 2010 20.225 Millionen Euro im Haushalt. Im kommenden Jahr stehen für die Freiwilligendienste insgesamt ca. 350 Millionen im Haushalt zur Verfügung. Auf der Grundlage dieser Zahlen können wir überlegen, ob das ein Schritt in die richtige Richtung ist. Über die Kleinigkeiten können wir uns im laufenden Gesetzgebungsverfahren noch streiten. Entscheidend ist, dass wir die Mittel, die in diesen Bereich fließen, mehr als verzehnfacht haben. Wir sind stolz darauf, dass wir diese Mittel für die Einrichtung eines Bundesfreiwilligendienstes und den Ausbau der Förderung bürgerschaftlichen Engagements sichern konnten.

**Moderatorin:** Genau. Nicht kleckern, sondern klotzen, Herr Hecken. Vielen Dank. Das ist sozu-

sagen schon das wunderbare Advents- und Weihnachtsgeschenk und alles wird gut.

Frau Giesecke-Tapp, oder sagen Sie eher, die Worte hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube, dass das dann auch wirklich so umgesetzt wird? Wo sind Ihre Forderungen?

**Ute Giesecke-Tapp:** Ich spreche für die Konferenz evangelischer Freiwilligendienste, die ein Zusammenschluss von Akteuren evangelischer Freiwilligendienste im Inland und Ausland ist. Ich bin jetzt als Ersatzspielerin hier, und ich spiele eher auf der Position der nationalen Freiwilligendienste. Ja, wir freuen uns über die breite Unterstützung seitens der EKD. Es gab zwei Synodenbeschlüsse, wo Jugendfreiwilligendienste ausdrücklich thematisiert und Trägerpluralität und Subsidiarität eingefordert wurden. Ihr Bildungsbegriff deckt sich wahrlich mit unserem. Danke schön dafür.

In Richtung des Ministeriums: Ja, wir freuen uns auch sehr, dass dieses Geld aus dem Zivildienst für Freiwilligendienste, freiwilliges Engagement gerettet werden konnte. Dafür auch unser Dank. Das ist sicher ein Kraftakt auch mit Blick auf die Haushaltslage. Wir begrüßen diesen Übertrag der Mittel. Das wird uns sehr unterstützen, insbesondere die Freiwilligendienste für junge Menschen, die in den letzten Jahren chronisch unterfinanziert waren. Wir begrüßen aber auch, dass es weitere Mittel für den internationalen Jugendfreiwilligendienst geben wird, einen Ausbau der Plätze und eine deutlich angehobene Förderung.

Die Öffnung für andere Altersgruppen sehen wir ebenfalls als einen positiven Schritt. Nichtsdestotrotz sehen wir von der biografischen Passung her weiterhin die jungen Menschen am ehesten als diejenigen, die sich wirklich für einen Freiwilligendienst im Sinne des neuen Gesetzes verpflichten werden mit einer Mindeststundenzahl von 20 Wochenstunden. Eine Vermischung mit ehrenamtlichen Diensten oder anderen Formen bürgerschaftlichen Engagements haben wir in der Vergangenheit als schwierig erlebt. Das vermischt Profile und schwächt Freiwilligendienste als längerfristige Bildungs- und Orientierungsangebote. Hier haben wir ein Stück Klarheit gefunden, die wir uns schon lange erhofft haben. Die Festlegung auf diesen Mindestumfang bei der Wochenstundenzahl kann auch das klassische ehrenamtliche Engagement vor einer Monetarisierung schützen. Wir erwarten ein Freiwilligendienste-Status-Gesetz, das nicht zu Benachteiligungen führen, sondern die Dienste insgesamt stärken sollte. Probleme

entstehen am ehesten bei der Entsendung junger Menschen, wo es unterschiedliche Programmformate gibt. Hier sollten alle Freiwilligen den gleichen Status haben und Anspruch auf staatliche Leistungen wie das Kindergeld.

Der EFD hat seit 1996 maßgeblich dazu beigetragen, internationale Freiwilligendienste voranzubringen - gerade auch in Deutschland - und hier ein gesellschaftliches Bewusstsein dafür auszubauen. Letztlich wurden die Entsendungen aus und nach Deutschland damit maßgeblich befördert. Wichtig wäre es uns auch hier, die Subsidiarität im Blick zu behalten und die zivilgesellschaftlichen Akteure zu stärken.

Ein Wunsch ist, das Programm »Jugend« nicht so zentral zu steuern, sondern eben auch länderspezifische Lösungen zu ermöglichen. Die Situation von Jugendarbeit-Trägern und Zivilgesellschaft ist in den unterschiedlichen Ländern sehr verschieden. Hier sollten jeweils angemessene Rahmenbedingungen greifen. Ein Beispiel ist die Seminararbeit in Deutschland. Das wurde im Rahmen dieser Tagung schon angesprochen. Es gibt viele Träger, auch hier im Raum, die sehr professionell, sehr verantwortungsbewusst und qualitätsgesichert, zum Teil mit Zertifizierung, arbeiten. Eine zentralisierte Durchführung der Seminare schwächt das Trägerprinzip und wird der Wahlfreiheit junger Menschen nicht gerecht. Träger haben, wenn sie Mittel in Programme hineingeben, auch ein Interesse daran, ihr Profil deutlich zu machen und jungen Menschen etwas mitzugeben. Daher sollte es die Möglichkeit geben, Seminare auch durch Träger durchzuführen, ohne dass es zu einer unnötigen Ausweitung der Seminare und Doppelungen kommt, was auch im Interesse der jungen Menschen ist.

Wir würden uns wünschen, dass der Begriff des informellen und non-formalen Lernens noch stärker Berücksichtigung in den Jugendprogrammen der EU findet, und dass der jugendpolitische Ansatz erhalten und verstärkt wird. Aber da habe ich Hinweise bei Ihnen auch gerne vernommen.

Grundsätzlich möchte ich sagen, dass wir kein »Höhere-Töchter-Programm« mehr haben, zumindest kann ich das für das nationale Programm ausdrücklich sagen. Ich werfe gerne einen kleinen Blick auf die Zahlen des FSJ in evangelischer Trägerschaft. Wir haben knapp 7000 Freiwillige zurzeit im Einsatz. Davon sind knapp 50 % Abiturienten, die eingeschlossen, die die Fachhochschulreife erworben haben. 35 % haben einen mittleren Bildungsabschluss, dieser Anteil ist seit

Jahren konstant. Und wir haben 12 % bis 15 % Hauptschüler bzw. ohne Schulabschluss. Unser Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund liegt zurzeit bei ungefähr 18 % bis 19 %, da hat es bedeutende Veränderungen gegeben. Und »Höhere-Töchter-Programm« auch schon deshalb nicht mehr, da der Männeranteil heute bei 30 % liegt. Als ich vor 17 Jahren in die Arbeit eingestiegen bin, da lagen der Abiturientenanteil bei 95 % und der Männeranteil ungefähr bei 5 %. Damals hatte man Glück, wenn man einen Mann in der Seminargruppe hatte oder Pech, je nachdem...

**Moderatorin:** Wodurch hat sich das so verändert?

**Ute Giesecke-Tapp:** Eine maßgebliche Einflussgröße ist sicher der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in den letzten Jahren für junge Menschen. Wenn man die Statistiken zurückverfolgt - gerade in den 70er-Jahren gab es auch mal eine schlechte berufliche Phase für junge Menschen - kann man sehen, dass auch damals der Anteil junger Männer in den nationalen Freiwilligendiensten sehr stark zugenommen hat. Weiterhin ist es so, dass das Freiwillige Soziale Jahr stärker in den Fokus des Arbeitsmarktes, der Arbeitsagenturen gerückt und dadurch der Anteil niedrigerer Schulabschlüsse stärker präsentiert ist. Außerdem haben sich die Träger auf den Weg gemacht, diese Zielgruppen stärker zu erschließen.

**Staatssekretär Josef Hecken:** Ein kurze Anmerkung möchte ich hier machen. Wenn ich höhere Töchter gesagt habe, sollte das gegendert natürlich auch höhere Söhne beinhalten. Die evangelischen Träger sind auf einem guten Weg. Fakt ist jedoch, dass wir bundesweit in den klassischen Freiwilligendiensten immer noch einen Anteil von 51 % Abiturienten haben. Damit ist ihr Anteil zwar deutlich geringer, als er noch vor 10 Jahren war, nur der Anteil der Abiturienten an der Kohorte der Schulabgänger liegt bundesweit bei 30 %. Aus diesen Zahlen ist leicht ersichtlich, dass Jugendliche mit Abitur bei den Freiwilligen im FSJ und FÖJ deutlich überrepräsentiert sind. Allerdings möchte ich nicht verschweigen, dass in den vergangenen Jahren viele Anstrengungen unternommen worden sind, um den Anteil der Nicht-Abiturienten zu erhöhen. So wird z. B. im FSJ-Plus das Freiwillige Soziale Jahr mit der Möglichkeit verknüpft, Schulabschlüsse nachzuholen. An dieser Stelle hat auch die Bundesagentur für Arbeit diese Bemühungen unterstützt.

Die Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit soll auch zukünftig verstärkt werden. Es

sollte jedoch darauf geachtet werden, dass die Jugendlichen sich auch künftig freiwillig an den Programmen beteiligen und die Bundesagentur die Freiwilligendienste nicht als eine Art Zwangsinstrument nutzt. Über Anreize (FSJ-Plus) werden wir es schaffen, einen entscheidenden Schritt weiter zu kommen.

**Ute Giesecke-Tapp:** Das Integrationspotential des FSJ ist noch lange nicht ausgeschöpft. Ich glaube, dass dies in den Regelprogrammen als inklusiver Ansatz umgesetzt werden muss. Modellprojekte nützen nur bedingt den Bemühungen um eine stärkere Teilhabe. Eine erhöhte Förderung kann da etliches bewegen. Die Träger haben diesen Auftrag erkannt und werden dies umsetzen. Es gibt ein Beispiel einer gelungenen Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium und den Akteuren der Zivilgesellschaft im internationalen Bereich in der vergangen Zeit. Es wurde die Richtlinie für den neuen internationalen Jugendfreiwilligendienst gemeinsam erarbeitet. Der Richtlinienentwurf liegt noch zur Abstimmung im Finanzministerium, aber wir sind frohen Mutes, dass es wirklich praxistaugliche Rahmenbedingungen für diesen Freiwilligendienst sein werden. Herzlichen Dank für dieses Zusammenwirken.

**Moderatorin:** Herr Schneider, nun haben Sie gehört, dass es mehr Geld gibt und der Staat sich eigentlich beim Freiwilligendienst auch nicht einmischen soll – glauben Sie, dass das so funktionieren kann? Oder kann es eben doch nicht funktionieren, dass gerade der Staat bürgerschaftliches Engagement fördert? In einer der Thesen, die Christian Staffa vorgestellt hat, ging es auch darum, was wir denn machen, wenn sich Freiwillige in der Protestbewegung engagieren?

**Präses Nikolaus Schneider:** Wir haben in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, dass der Staat gefördert und damit keine Konformität erwartet hat. Das muss man wirklich fairerweise feststellen. In unsere Richtung muss man aber auch sagen, dass es sicher Grenzen des Engagements gibt. Natürlich würden die Kirchen kein Engagement fördern, das etwa an den Grundfesten unseres Staates knabbert und unser staatliches Zusammenleben zerstört. Das kann und darf nicht sein. Protestbewegung muss aber möglich sein. Sich in den Weg stellen oder in den Weg setzen, das muss möglich sein. Aber beim Auto anzünden oder Steine werfen ist für mich die Grenze überschritten.

Wir sind am gelingenden Zusammenleben interessiert und können sehr wohl unterscheiden,

welche Formen wir stärken wollen, und wo es auch inhaltliche Auseinandersetzungen geben muss. Und natürlich muss es die geben. Denn wenn ich zu einem pluralen Staat stehe, stehe ich dazu, dass es hier auch immer Streit um den richtigen Weg geben muss, aber einen zivilen und zivilisierten Streit, also einen, der sich konstruktiv auswirkt. Dass es immer mal da oder dort ausfranst, das kann passieren, aber es darf nicht systemisch angelegt sein. Wir müssen hier wirklich an einem Strang ziehen. Und ich meine, was Herr Hecken eben vorgetragen hat, ist in der Linie dessen, was wir an Philosophie des Umgangs miteinander haben. Wenn das auch noch verstärkt wird, kann ich das nur begrüßen.

**Staatssekretär Josef Hecken:** Wir haben heute schon eine Form des partnerschaftlichen Dialogs. Insofern kann ich manche Ängste nicht verstehen. Ich möchte das an einem Beispiel verdeutlichen: Es gibt das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) und im Rahmen des FÖJ fördern wir z.B. Personalstellen beim Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und an anderer Stelle. Diese Leute, deren Stellen vom BMFSFJ finanziert werden, engagieren sich in Gorbien oder demonstrieren wo auch immer. Dadurch steht die Förderung nicht in Frage, solange sie nicht anfangen, zu schottern oder ähnliches zu tun. Das war in der Vergangenheit niemals ein Problem. Oder in vielen FSJ-Projekten ist Kritik an der Situation in der Pflege geäußert worden. Als ehemaliger Gesundheitsminister habe ich mich furchtbar darüber aufgeregt, wenn Leute, die aus Mitteln des Gesundheitsministeriums bezahlt wurden, besonders scharf formulierte Protestnoten abgegeben haben. Oder Sie manchmal relativ rotzige Bewertungen zu Gesetzentwürfen geäußert haben, aber dadurch ist doch die Förderung nicht in Frage gestellt. Soviel Staatsverständnis und Staatsvertrauen muss man haben.

Einen wichtigen Punkt wollte ich noch erwähnen, weil Sie da sehr aufpassen müssen. Sie haben eben zu Recht gesagt, dass wir darauf achten müssen, dass wir in den Freiwilligendiensten, sowohl im FSJ/FÖJ als auch im Bundesfreiwilligendienst, mit den wöchentlich zu leistenden Stundenzahlen nicht zu weit runtergehen, damit wir eben das, was in der Vergangenheit Ehrenamt war und nicht Freiwilligendienst ist, nicht vermengen. In diesem Zusammenhang kommt gegenwärtig eine große Bewegung auf uns zu, gegen die wir uns schützen müssen. Das Innenministerium hat festgestellt, dass in den vergangenen Jahren sich ca. 50.000 Leute beim THW oder bei der Freiwilligen Feuerwehr engagiert haben.

Diese haben sich für 10 Jahre bei der Feuerwehr oder beim THW verpflichtet, um nicht zur Bundeswehr gehen zu müssen. Mit dem Wegfall der Wehrpflicht entfällt diese Motivation und das THW und die Feuerwehr fürchten um ihren Nachwuchs. Angesichts dieser Entwicklung kommen nun manche auf die Idee, das Engagement beim THW oder der Feuerwehr in die Freiwilligendienste zu integrieren und zu alimentieren. Für mich ist an dieser Stelle eine klare Trennlinie erreicht. Dies ist für mich ein normales ehrenamtliches Engagement, das mit einem Bildungsauftrag, den auch die Freiwilligendienste wahrzunehmen haben, nichts zu tun hat. Denn Persönlichkeitsbildung setzt ein gewisses zeitliches Engagement innerhalb einer Woche voraus. Deshalb muss es uns ein gemeinsames Anliegen sein, zu verhindern, dass die Idee des Freiwilligendienstes ausgehöhlt wird. Sollten sich die Ideen in Verbindung mit dem THW und der Feuerwehr durchsetzen, stehen wir spätestens innerhalb von zwei Jahren vor einem Trümmerhaufen. Der Staat würde dann seinen ermöglichenden Charakter verlieren und stattdessen versuchen, sich eine Ressource zu schaffen, mit der staatliche Aufgaben auf dem Rücken des bürgerschaftlichen Engagements erfüllt werden.

**Präses Nikolaus Schneider:** Ein weiterer Druck wird durch die Knappheit an jungen Leuten kommen, wenn es um Lehrstellen geht und der Wirtschaft weiter Facharbeiterinnen und Facharbeiter fehlen. Offensichtlich hat es in Dänemark ja genau so etwas gegeben, dass gesagt wurde, weg mit dem Freiwilligendienst, sofort Ausbildung oder Lehre, wir brauchen die jungen Menschen im Produktionsprozess, wir müssen an unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit denken. Dieser Druck wird entstehen – neben den Knappheiten auch im staatlichen oder im kommunalen Bereich, die dann gerne auch auf diese Ressourcen mit allen möglichen Tricks zurückgreifen wollen. Ich finde es toll, dass Herr Hecken das so klar benennt, und dass wir hier also ein Bündnis miteinander verabreden können, damit dieses nicht passiert.

**Moderatorin:** Herr Lejeune, können Sie das unterstreichen? Sehen Sie auch eine Gefahr, dass es eine Vermischung gibt und es so zu einer Schwächung des Freiwilligendienstes kommt?

**Pascal Lejeune:** Dies bezieht sich vielleicht auf eine speziell deutsche Situation, daher erkenne ich nicht ganz die darin liegenden Risiken.

Ich habe das Wort ergriffen, weil ich darauf reagieren wollte, was Herr Schneider über die formale und nicht-formale Bildung gesagt hat. Wir führten mit mehr als 4 000 Teilnehmern des Europäischen Programms »Jugend in Aktion« eine Studie durch, die etwas Unerwartetes brachte: wir erfuhren, wie nicht-formales Lernen, zum Beispiel die Freiwilligentätigkeit, Brücken zur formalen Bildung schlägt. In einer alternden Gesellschaft wo es, wie Sie es vorhin auch erwähnten, notwendig ist, dass mehr Jugendliche den normalen Bildungsweg einschlagen, kann das nicht-formale Lernen dazu beitragen, dass die Jugendlichen eine bessere Vision über ihre möglichen Bildungswege entwickeln, und somit zur formalen Bildung zurückgeführt werden.

Somit teile ich Herr Heckens Meinung in Bezug auf die sogenannten immateriellen Ergebnisse des Freiwilligendienstes, so zum Beispiel die Stärkung der Selbstachtung oder des Selbstbewusstseins. Dies sind auch Ergebnisse von Erfahrungen, die mit einer eher beruflichen Dimension nicht in direktem Zusammenhang stehen.

**Moderatorin:** Frau Giesecke, Sie wollten zu dem deutschen Problem - diese Vermischung aus Ehrenamt und Freiwilligendiensten - noch etwas sagen.

**Ute Giesecke-Tapp:** Es ging mir darum, dass Jugendliche knapper werden und dass wir überlegen müssen, wie erreichen wir sie, wie können wir sie überhaupt noch für einen Einsatz in einem Freiwilligendienst motivieren. Die Konkurrenzen nehmen zu, nicht nur unter uns, sondern auch eben aus anderen Richtungen. Es ist wichtig, dass Jugendliche erleben, dass ihnen ein Freiwilligendienst, freiwilliges Engagement was bringt. Das sollten natürlich auch Ältere erleben. Das ist die Botschaft, die trägt und zu einer breiten Basis für freiwilliges Engagement führt. Wir brauchen dafür eine stärkere Einbeziehung der Trägerstrukturen in das neue Gesetz. Die tauchen dort bisher kaum auf. Das klassische Dreieck zwischen Einsatzstelle – Träger – Freiwilligen ist nicht ausreichend abgebildet. Das finden wir im Jugendfreiwilligendienstegesetz in seiner bewährten Form stärker berücksichtigt. Das Trägerprinzip unterstützt und schützt die Jugendlichen, die jünger werden – Schulabschlüsse, G8 und die Folgen. Ich glaube, da werden wir unsere Anwaltsfunktion noch stärker wahrnehmen müssen.

**Moderatorin:** Ich würde das Podium gerne öffnen. Wenn es Fragen oder Anmerkungen aus

dem Publikum gibt, dann warten Sie aufs Mikro und stellen sich kurz vor.

**Hartmut Brombacher:** Hartmut Brombacher, Referent für Freiwilligendienste beim Internationalen Bund und Sprecher des Bundesarbeitskreises FSJ gemeinsam mit Martin Schulze. Ich möchte an das anknüpfen, was Frau Giesecke-Tapp und auch an das, was Sie, Herr Hecken, gesagt haben.

Es findet wirklich seit einigen Monaten ein produktiver Prozess des Austausches mit den Trägern statt, das ist überhaupt nicht zu bestreiten. Ich war allerdings etwas geschockt, als ich den Entwurf des Gesetzes gelesen habe. Wenn ich diesen Gesetzentwurf für den Bundesfreiwilligendienst wörtlich nehme, kann dieser Bundesfreiwilligendienst ohne die bisherigen Träger oder auch neue Träger der Jugendfreiwilligendienste stattfinden. Das halte ich für ein ganz gravierendes Problem. Ich unterstelle Ihnen nicht, dass Sie das so initialisieren wollen. Aber ich sehe darin mittelfristig ein Problem. Sie sprechen auch im Zusammenhang von Trägern und Zentralstellen immer nur von den Trägern der Einsatzstellen, nie von den Trägern der Freiwilligendienste. Da ist ein struktureller Interessenkonflikt angelegt. Eine Einsatzstelle möchte naturgemäß – ich will hier niemandem was Falsches unterstellen – natürlich möglichst viel Nutzen ziehen. Das ist für mich nicht negativ belegt. Aber: Die bisherigen Träger der Jugendfreiwilligendienste haben eine Anwaltsfunktion gehabt. Sie haben sich auf Qualitätsstandards geeinigt. Und wir möchten auch niemanden – das wird leider teilweise von interessierter Seite unterstellt – ausschalten, wir möchten auch keine kleinen Träger außen vor halten, aber es ist unbedingt notwendig, dass die freien Träger der Jugendfreiwilligendienste auch explizit in einem Gesetz genannt werden. Vielen Dank.

**Staatssekretär Josef Hecken:** Die Systematik des Gesetzes ist richtig beschrieben. Wir könnten im Worst Case das Programm ohne die Träger durchführen, wenn es das Koppelungsmodell nicht gäbe. Das Koppelungsmodell besagt jedoch, dass es Plätze im Bundesfreiwilligendienst nur dort geben kann und geben soll, wo auch FSJ- und FÖJ-Plätze angeboten werden. Und da haben wir die Träger ja mittelbar im Spiel. Denn wenn jemand kein Träger ist und solche Plätze nicht anbietet, kann er nach dem Gesetz eben auch nicht Anbieter von Plätzen im Bundesfreiwilligendienst sein. Vor diesem Hintergrund, glaube ich, ist diese Sorge unbegründet.

Notwendig ist vielleicht aber eine interne Klärung bei denjenigen, die sich jetzt als Träger der zivilgesellschaftlichen Freiwilligendienste definieren. Ich sage das mit einer gewissen Süffisanz, weil es immer auf die Ebene ankommt, mit der man spricht. Ich habe mit der Bundesebene gesprochen – nicht, weil ich mit den Menschen in der Fläche nicht spreche, sondern weil das eben meine Ansprechpartner sind –, und da wurde der Wunsch geäußert, die Kompetenz der Verteilung der Stellen bei den Dachverbänden anzusiedeln. Um die Kräfte flexibel einsetzen zu können und das Koppelungsmodell umzusetzen, sollte ein möglichst großer organisatorischer Zusammenhang gewählt werden. Das bedeutet, dass das Ministerium nicht jeden einzelnen Träger betrachtet, sondern der Präses mir Ende des Jahres einen Zettel schickt, auf dem draufsteht, wir haben folgende FSJ- und FÖJ-Plätze und dann erhält er ebenso viele Plätze des Bundesfreiwilligendienstes und kann dann entscheiden, welche Einsatzstelle wie viele bekommt.

Das war das Anliegen der Dachverbände. Die Prälaten, die Bischöfe, die Exzellenzen und Eminalenzen waren glücklich, als wir sagten, das machen wir. Dann ist das Ganze auf der Ebene der FSJ-Referenten diskutiert und im Kontext der jeweiligen Trägerstrukturen betrachtet worden. Dann haben die Träger gesagt, das finden wir nicht gut, wenn jetzt auf einmal der Präses oder irgendein Oberkirchenrat beim Präses bestimmt, wer wie viele Plätze bekommt. Ursprünglich hatten wir geplant, mit jedem einzelnen Träger zu verhandeln. Doch hierbei besteht die Gefahr, dass einzelne Träger nicht in der Lage sind, ihre Potenziale auszuschöpfen und FSJ- oder FÖJ-Plätze verschenkt werden, die die Evangelische Kirche in Deutschland und das Diakonische Werk brauchen könnten. Aus meiner Sicht kann man über alle Möglichkeiten sprechen.

**Ute Giesecke-Tapp:** Wir begrüßen natürlich die Koppelungs-Lösung auf Zentralstellenebene. Das wäre in unserem Fall die Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Jugend (AEJ). Dort gibt es bewährte Strukturen der Verteilung und Steuerungsmöglichkeiten, um auch regionale Unterschiede auszugleichen. Ich nenne als Beispiel Ost/West. Das ist aber noch nicht ausdiskutiert. Es geht eher um die Fragen, wo die Koppelungen an den bewährten Zentralstellen vorbeilaufen, welche Strukturen da entstehen und um Einsatzstellen, die direkt auf die neue Zentralstelle zugehen und ob dort die Koppelung auch stringent durchgesetzt wird. Das ist die Anfrage, ob dort nicht ein Billigmarkt

vorbei an bewährten Programmen zu Lasten der Jugendlichen entsteht.

**Staatssekretär Josef Hecken:** Einen Billigfreiwilligendienst wird es nicht geben. Das sind so Worte, die höre ich auch im Raum der Kirchen nicht gerne, obwohl da die Vergebung ja raumimmanent ist. An dieser Stelle möchte ich nur dazu sagen, dass wir wollen, dass die Bildungsanteile im Bundesfreiwilligendienst wie bereits in den Jugendfreiwilligendiensten FSJ/FÖJ festgeschrieben werden, damit es keine Billig-Lösungen gibt. Vor diesem Hintergrund sehe ich keine Gefahr, dass über den Bundesfreiwilligendienst irgendwelche Billigheimer zu Lasten der Jugendlichen finanziert werden.

Mir ist auch ganz wichtig, dass das Ministerium strikt auf das Kriterium der Arbeitsmarktneutralität achten wird. Wir können nicht zulassen, dass Freiwillige hier sozusagen zu Arbeitssklaven zweiter Klasse degeneriert werden.

**Moderatorin:** Heute haben wir das erste Türchen geöffnet. Ich würde gerne am Schluss Sie fragen: Herr Lejeune, wenn Sie noch mal 20 wären und dürften ein Freiwilliges Soziales Jahr machen – hinter welches Türchen würden Sie gern schauen?

**Pascal Lejeune:** Möchten Sie, dass ich antworte: Nach Deutschland gehen, um meine Deutschkenntnisse zu verbessern?

**Moderatorin:** Zum Beispiel? Sie wären herzlich willkommen.

**Pascal Lejeune:** Als ich in dem Alter war, in dem man heutzutage einen Freiwilligendienst leistet, wurde uns in Frankreich eine Möglichkeit angeboten, die ich aber nicht gewählt habe (vielleicht war ich im Geiste nicht offen genug dafür): man durfte als Freiwilliger in einem Entwicklungsland arbeiten und das galt als Ersatz für den Wehrdienst. Ich glaube, dass ich heutzutage einen Freiwilligendienst in einem Entwicklungsland wählen würde.

**Moderatorin:** Frau Giesecke-Tapp, wo würden Sie denn gerne hingehen?

**Ute Giesecke-Tapp:** Da ich zwei Ausbildungen im sozialen Bereich gemacht habe, würde ich auf


jeden Fall etwas anderes machen wollen. Ich würde in den Umwelt- oder Naturschutz gehen und dann auch gerne in ein anderes Land, weil das eine Erfahrung ist, die mir fehlt.

**Moderatorin:** Und Herr Hecken?

**Staatssekretär Josef Hecken:** Ich würde gern ein Freiwilliges Kulturelles Jahr machen. Die tollste Veranstaltung, die ich in den letzten drei Monaten erleben durfte, war auch hier in Berlin. Kinder haben Kunststücke und Theaterstücke vorgeführt, die von ihnen mit Leuten im FSJ Kultur eingeübt wurden. Und diese Kinder haben in dieser Arbeit mit den Freiwilligen gelernt, dass sie, obwohl sie in der Schule nach klassischen Kriterien versagt haben, auch etwas können. Der eine konnte jonglieren, der andere singen, der dritte konnte balancieren und der vierte eben wunderbar turnen. Die Kinder hatten Erfolgserlebnisse und haben dadurch Mut gewonnen. Besonders beeindruckt hat mich, dass die jungen Freiwilligen mit den Kindern mit viel Geduld gearbeitet und ihnen diese Form der Erfüllung gegeben und somit Lebensperspektiven eröffnet haben. Das fand ich wirklich herausragend, weil das Kids waren, die im normalen Leben kaum eine Schnitte machen und die dann so stolz und so toll waren. Bei dieser Gelegenheit die Preise zu verleihen, hat richtig Spaß gemacht.

**Moderatorin:** Präses Schneider, wenn Sie noch einmal ein oder anderthalb Jahre irgendwohin gehen könnten?


**Präses Nikolaus Schneider:** Freiwilliges Engagement hat in meinem Leben eigentlich immer eine Rolle gespielt. Es war eben immer im Bereich des Christlichen, christlich geprägter Gesellschaften. Wenn es möglich wäre, würde ich ganz gern mal in eine islamisch geprägte Gesellschaft gehen, um da eine unmittelbare Erfahrung aus dieser Gesellschaft heraus zu machen, aber auch, um wirklich einen Dienst an dieser Gesellschaft zu leisten.

**Moderatorin:** Vielen Dank, Ihnen hier allen. Wir beenden diese Diskussion und diese Tagung. Und Präses Schneider wird uns jetzt noch den Reise Segen geben, und dazu, denke ich, stehen wir alle auf. 



## Reisesegen

**Präses Nikolaus Schneider:** Eine solche Tagung hat sehr grundsätzliche Themen zum Gegenstand, und zu diesen grundsätzlichen Themen gehört ja auch immer, wie wir uns selbst verstehen. Und dazu gehört, dass wir unser Verhältnis zu Gott klären. Das bedeutet, dass wir damit unser Verhältnis zu uns selber und zueinander klären. Und eine der wesentlichen Dimensionen ist, dass wir Gott als den Schöpfer allen Lebens begreifen, der Wille, dass wir in Frieden und gerecht zusammenleben, der uns dazu Hinweise gibt, aber vor allen Dingen die Ermutigung, auch aus dem Glauben heraus. Und darum lasst uns beten.

Du unser Gott, wir bitten Dich, bleibe bei uns auf dem Wege. Lass zum Segen werden, was wir denken und was wir voranbringen. Da, wo wir in die Irre laufen und da, wo wir auch Unsinn treiben, da bringe Du uns zurecht. Weck Du unsere Bereitschaft, uns zu korrigieren und auf den Anderen mit Liebe zu blicken. Da wo wir nichts verändern können, sondern vieles erdulden müssen, gib uns einen langen Atem. Miteinander hilf uns, dass wir auf dem Wege bleiben, damit Leben sich in dieser Welt entfalten kann, dass es bewahrt wird, und dass es zu guten Zielen geführt wird. So segne und behüte uns, lass Dein Angesicht leuchten über uns und sei und gnädig. Wende Du uns Dein Angesicht zu und schenk uns Frieden. – Amen. 

**Anhang:****■ Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 / Selbstdarstellung****Quelle:** <http://ejf.bagfw.de/index.php?id=2380>

Freiwillig. Etwas bewegen! - Unter diesem Motto findet 2011 das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft (EJF 2011) statt. Koordiniert wird das Jahr durch das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Unterstützt wird die nationale Koordinierungsstelle durch eine Geschäftsstelle, die bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege e.V. (BAGFW) angesiedelt ist.

**Ziele des EJF 2011 sind:**

- Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement in der EU
- Stärkung des Potenzials der Organisatoren von Freiwilligentätigkeiten zur Verbesserung der Qualität von freiwilligem Engagement
- Anerkennung von Freiwilligentätigkeit
- Sensibilisierung für den Wert und die Bedeutung von freiwilligem Engagement als Ausdruck einer aktiven Bürgerbeteiligung

**In Deutschland wurden folgende Prioritäten für das EJF 2011 gesetzt:**

- Stärkung der Aufmerksamkeit und Anerkennung für Freiwillige und bürgerschaftliches Engagement in der Gesellschaft
- besonderer Fokus: generationenübergreifende Aktivitäten
- gezielte Ansprache von Frauen, jungen Menschen, Älteren, Migrantinnen und Migranten
- Intensivierung des Austauschs mit Verbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft zur Verbesserung des Umfelds für Freiwillige und bürgerschaftliches Engagement

- Unterstützung einer besseren Vernetzung und Kooperation der Akteure und der Informationsangebote über bürgerschaftliches Engagement in Deutschland und Europa
- Initiierung eines regelmäßigen Dialogs zum bürgerschaftlichen Engagement auf EU-Ebene

Umgesetzt werden sollen die Ziele des Europäischen Jahres durch den wechselseitigen Austausch von Erfahrungen, der durch mehrere Regionalkonferenzen gegeben werden soll. Aus zahlreichen Projektvorschlägen wurden acht Projekte ausgesucht, für die bei der Europäischen Kommission ein Antrag auf Förderung gestellt worden ist. Gerahmt werden die Regionalkonferenzen durch eine Auftaktveranstaltung zu Beginn und eine Abschlussveranstaltung zum Ende des Jahres.

**Programm unter:**

[http://www.bagfw.de/uploads/media/ejf2011\\_nationales\\_programm.pdf](http://www.bagfw.de/uploads/media/ejf2011_nationales_programm.pdf)

\*\*\*\*\*

**Hinweise:**

■ Die Auftaktveranstaltung des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011 (EJF 2011) in Deutschland findet am 21.2.2011 in Berlin statt.

**■ Internet:**

- [www.eyv2011.eu/](http://www.eyv2011.eu/)
- [www.ejf2011.de](http://www.ejf2011.de)
- <http://www.ejf2011.engagiert-in-deutschland.de>



## ■ Das EU-Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 – (Hintergrund)

Berlin/Brüssel (epd). Seit 1983 legt die Europäische Union jährlich einen Themenschwerpunkt fest, um die Bürger sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene für bestimmte Anliegen zu sensibilisieren. Durch Aktionen, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit sollen diese Jahresthemen stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden. 2010 lief das »EU-Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung«.

»Freiwillig. Etwas bewegen!« So lautet das Motto des »Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011«. Auftakt für die Aktivitäten in Deutschland ist am 21. Februar in Berlin.

Die Entscheidung für das Jahresthema 2011 fiel in Brüssel bereits

im Sommer 2008, als der Rat dem Wunsch der EYV Alliance 2011 (European Year of Volunteering) folgte. Das Bündnis aus 28 europäischen Verbänden und Netzwerken hatte sich beharrlich dafür eingesetzt, 2011 der aktiven Bürgerschaft zu widmen.

Für die Kampagnen stellt Brüssel selten ein größeres Budget zur Verfügung, so dass die Mitgliedsstaaten selbst Fördergelder zuschießen müssen. So auch 2011, wenn die EU insgesamt acht Millionen Euro bereitstellt. Davon entfallen auf Deutschland 420.000 Euro. Das Bundesfamilienministerium stockt den Betrag um etwa 590.000 Euro auf.

Aus dem Fördertopf werden unter anderem acht ausgewählte Projekte und Tagungen finanziert

sowie die Auftaktveranstaltung in Berlin. Betreut werden die hiesigen Aktivitäten durch eine Geschäftsstelle, die im Juli 2010 bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege eingerichtet wurde. Sie soll bis zum 31. Mai 2012 arbeiten.

Deutschland will im mit seiner Kampagne vor allem erreichen, dass sich die öffentliche Aufmerksamkeit für bürgerschaftliches Engagement erhöht. »Darüber hinaus soll bei Menschen, die sich noch nicht engagieren, die Bereitschaft und das Interesse für ehrenamtliche Betätigung gestärkt werden«, heißt es im Ministerium. Ein besonderer Fokus liege dabei auf Frauen, jungen Menschen, älteren Bürgern sowie auf Migranten.

(epd-Basisdienst, 7.1.2011) **D**

---

## Jahrgang 2010

3/10 – »**Ethisch währt am längsten**« – Fundraising-Forum Hessen und Nassau 2009 – 40 Seiten / 4,10 €

4/10 – **Die europäische Bedeutung Philipp Melanchthons** – 60 Seiten / 5,10 €

5/10 – Themen: »**Im Alter neu werden können**« – »**Kirche und Bildung**« (Orientierungshilfen des EKD-Rates) – Afghanistan »**Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen**« (Ein evangelisches Wort zu Krieg und Frieden in Afghanistan) – 36 Seiten / 4,10 €

6/10 – **Diakonie zwischen Wirtschaftlichkeit, spirituellem Profil und sozialer Anwaltschaft** - (Fachtagung) – 28 Seiten / 3,40 €

7/10 – **100 Jahre epd** (Festveranstaltung am 3.2.2010, epd-Geschichte, Stimmen zum epd) – 28 Seiten / 3,40 €

8/10 – **Geld und Kultur in internationalen Partnerbeziehungen** (Texte einer Tagung des Nordelbischen Zentrums für Weltmission und Kirchlichen Weltendienst) – 24 Seiten / 3,40 €

9/10 – Themen: »**Rücktritt der EKD-Ratsvorsitzenden Käßmann**« (Erklärungen, Berichte)– »**Sexuelle Missbrauchsfälle**« (Erklärungen der Deutschen Bischofskonferenz) –»**Armut in ländlichen Räumen**« (Studie des EKD-SI) – 32 Seiten / 4,10 €

10/10 – **Seelsorge – Muttersprache der Kirche** (Texte eines Workshops der Evangelischen Kirche in Deutschland) – 60 Seiten / 5,10 €

11/10 – **Kerzen – Kirche – Kontroversen. Die Rolle der evangelischen Kirche 1989/90 in der Zeitschichtsschreibung** (Tagung der Evangelischen Akademie Thüringen) – 36 Seiten / 4,10 €

12/10 – **Luthertourismus in der Lutherdekade**. Zwischen Bildung, Spiritualität und Erlebnis (Workshop in Erfurt) – 44 Seiten / 4,60 €

13-14/10 – **Imamausbildung in Deutschland** (Tagung in Osnabrück, Empfehlungen des Wissenschaftsrates) – 56 Seiten / 5,10 €

15/10 – **Entwicklungspolitische Kriterien im ethischen Investment** – Geldanlagen entwicklungspolitisch und nachhaltig wirksam machen (Brot für die Welt, Südwind-Institut) – 28 Seiten / 3,40 €

16-17/10 – »**Ehre sei Gott und Friede auf Erden**« – **Herausforderungen durch die Internationale Ökumenische Friedenskonvokation** (Tagung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Freising) – 88 Seiten / 6,40 €

18/10 – **450. Todestag von Philipp Melancthon** (Ausgewählte Beiträge vom Festwochenende in Wittenberg) – 20 Seiten / 2,60 €

19/10 – **Sexueller Missbrauch in kirchlichen Einrichtungen** (Berichte, Interviews, Stellungnahmen und Leitlinien aus den beiden großen Kirchen sowie vom Runden Tisch Missbrauch) – 68 Seiten / 5,40 €

20/10 – **2. Ökumenischer Kirchentag (1)**: Aktuelle Beiträge zum Stand der Ökumene (Interviews, Berichte und Hintergrundartikel) – 52 Seiten / 5,10 €

21/10 – **2. Ökumenischer Kirchentag (2)**: Eröffnung, Schlussgottesdienst, Bilanz – 64 Seiten / 5,40 €

22/10 – **Weiterentwicklung von Theologien und religionsbezogenen Wissenschaften an deutschen Hochschulen** (Stellungnahmen aus der evangelischen Kirche) – 20 Seiten / 2,60 €

23-24/10 – **2. Ökumenischer Kirchentag (3)**: Vorträge aus den vier Themenbereichen – 76 Seiten / 5,90 €

25/10 – **Württemberg, Thüringen, Europa. Kirchliche Partnerschaften auf dem Weg** (Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll und der Evangelischen Akademie Thüringen) – 56 Seiten / 5,10 €

26/10 – **Perspektiven der Arbeitsgesellschaft und die Zukunft der Arbeit** (Tagung der Evangelischen Akademie im Rheinland) – 44 Seiten / 4,60 €

27-28/10 – »**Wer sind die Taliban? Afghanistan und Pakistan im Regionalkonflikt**« (Tagung der Evangelischen Akademie im Rheinland) – 116 Seiten / 7,90 €

29/10 – **Kirche findet Stadt. Zur Öffnung und Verantwortung von Kirche als Diakonie für das Gemeinwesen** (Evangelische Akademie Hofgeismar) – 60 Seiten / 5,10 €

30/10 – Themen: **Öffentliche Theologie und Wirtschaftsleben** (Bedford-Strohm) – **Religion braucht Kultur** (Präses Schneider) – **Wie lernen Gesellschaften?** (Präses Schneider) – 24 Seiten / 3,40 €

31/10 – **Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen** (Vereinigende Generalversammlung) – **Gemeinsam für eine andere Welt** (Globalisierungs-Erklärung der Ev.-ref. Kirche und der Uniting Reformed Church in Southern Afrika) – 40 Seiten / 4,10 € 32/10 – »**In guter Gesellschaft**« – Fundraising-Forum Hessen und Nassau 2010 – 52 Seiten / 5,10 €

33/10 – »**Heimat im 21. Jahrhundert – Moderne, Mobilität, Missbrauch und Utopie**« (Evangelische Akademie zu Berlin) – 52 Seiten / 5,10 €

34/10 – »**Unser tägliches Brot gib uns heute**« (11. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes) – 60 Seiten / 5,10 €

35/10 – »**Theologische Ausbildung im Horizont der weltweiten Christenheit**« (MissionEineWelt Neuedtelsau) – 60 Seiten / 5,10 €

Gemeinschaftswerk der  
Evangelischen Publizistik gGmbH  
Verlag/Vertrieb  
Postfach 50 05 50  
60394 Frankfurt am Main

---

## Jahrgang 2010

- 36/10 – **Sexueller Missbrauch: Neue Leitlinien der katholischen Kirche** (Deutsche Bischofskonferenz) – 20 Seiten / 2,60 €
- 37/10 – **»Quo vadis, Dialog? Stand und Entwicklungen im Gespräch zwischen Judentum, Islam und Christentum«** (Evangelische Akademie Baden und Forum Religionen und Weltverantwortung) – 40 Seiten / 4,10 €
- 38/10 – **»Den eigenen Glauben kennen – den fremden Glauben verstehen«** (50 Jahre Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen) – 28 Seiten / 3,40 €
- 39/10 – Themen: **25 Jahre Abendmahlsgemeinschaft von VELKD und Alt-Katholiken – Wirtschaftsethik** (Beiträge von Dr. Volker Jung und Dr. Markus Dröge – 20 Seiten / 2,60 €
- 40/10 – **Evangelische Kirche im Rheinland: Außerordentliche Synode: »400 Jahre 1. Reformierte Generalsynode«** (Vorträge, Predigt, Grußworte) 44 Seiten / 4,60 €
- 41/10 – **»mehr-wert: Mission in der Region«** (Tagung der Evangelischen Kirche in Deutschland) – 44 Seiten / 4,60 €
- 42/10 – **»Menschenrechte und Internationale Gerechtigkeit. Zur Bedeutung von wirtschaftlichen und sozialen Rechten für eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit«** (Evangelische Akademie Thüringen) – 52 Seiten / 5,10 €
- 43/10 – **Ökumenischer Lagebericht 2010** – 24 Seiten / 3,40 €
- 44/10 – **Empirische Studie zur Perikopenordnung** (Ordnung der gottesdienstlichen Lesungen und Predigttexte – Abschlussbericht von Prof. Dr. Wolfgang Ratzmann und Prof. Dr. Gert Pickel, Universität Leipzig) – 68 Seiten / 5,40 €
- 45/10 – **Kirche in der Fläche** (EKD-Konsultation der Landespastoren – Kirche im Aufbruch) – 36 Seiten / 4,10 €
- 46/10 – **Musik in der Mission – Theologische, kulturelle und soziologische Einsichten aus der Weltökumene** (Evangelisches Zentrum für Gottesdienst und Kirchenmu-

- sik, Evangelisches Missionswerk in Deutschland) – 60 Seiten / 5,10 €
- 47/10 – **Synodentagung in Hannover (1)** (u.a. Bericht des Leitenden Bischofs der **VELKD**, Präsidiumsbericht der **UEK**, Bericht des Rates der **Evangelischen Kirche in Deutschland**, epd-Berichterstattung) – 76 Seiten / 5,90 €
- 48/10 – **Synodentagung in Hannover (2)** (EKD-Synode 2010: u.a. Beschlüsse; Berichte des Präsidiums; Berichte zum Haushalt) – 80 Seiten / 5,90 €
- 49/10 – **Synodentagung in Hannover (3)** (Schwerpunktthema der EKD-Synode: »Niemand darf verloren gehen!«) – 28 Seiten / 3,40 €
- 50-51/10 – **Die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa als Gemeinschaft von Kirchen** (Konsultation der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau mit der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa) – 116 Seiten / 7,40 €
- 52/10 – Themen: **Religion im säkularen Staat** (Dr. Thomas de Maizière) – **Was bedeutet mir Europa?** (Präses Nikolaus Schneider) – **»Das Sozialstaatsgebot ist die Brandwand unserer Gesellschaft«** (Rede von Johannes Stockmeier vor seiner Wahl zum Präsidenten des Diakonischen Werks der EKD) – 28 Seiten / 3,40 €

## Jahrgang 2011

- 1-2/11 – Abschlussbericht des Runden Tisches **»Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren«** – 80 Seiten / 5,90 €
- 3/11 – **Israel-Palästina: Die Stunde der Wahrheit. Sozial-psychologische Dimensionen eines Dauerkonflikts** (Evangelische Akademie im Rheinland) – 68 Seiten/5,40 €
- 4/11 – **Freiwilligendienste in Europa – Zwischen Staat und Zivilgesellschaft** (Tagung in der Evangelischen Akademie zu Berlin) – 60 Seiten/ 5,10 €

---

Der Informationsdienst **epd**-Dokumentation (ISSN 1619-5809) kann im Abonnement oder einzeln bezogen werden. Pro Jahr erscheinen mindestens 50 Ausgaben.

Bestellungen und Anfragen an: GEP-Vertrieb  
Postfach 50 05 50,  
60394 Frankfurt,  
Tel.: (069) 58 098-191.  
Fax: (069) 58 098-226.  
E-Mail: [vertrieb@gep.de](mailto:vertrieb@gep.de)  
Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet monatlich 25 € inkl. Versand (mit Zugang zum digitalen Archiv: 29 €). E-Mail-Bezug im PDF-Format 23,50 €. Die Preise für Einzelbestellungen sind nach Umfang der Ausgabe und nach Anzahl der Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den Preis eines Einzelexemplars; dazu kommt pro Auftrag eine Versandkostenpauschale (inkl. Porto) von 2,30 €.

**epd**-Dokumentation wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.